

# Grosser Gemeinderat Winterthur

## Protokoll der **16. und 17. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2016/2017 vom 23. Januar 2017

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz:	Ch. Leupi (SVP)
Protokoll:	A. Fatzer
Entschuldigt:	Stadtrat M. Gfeller (DTB, verspätet), Stadtrat N. Galladé (DSO, Nachmittagsitzung), M. Steiner (SP), Z. Dähler (EDU), M. Trieb (SVP)

### Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 10./11. Sitzung	
2.*	16.73 (DKD)	Befristete Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem sich in Gründung befindenden Verein «House of Winterthur» / Abgestufter Kredit	<b>S. Büchi</b>
3.*	16.114 (DB)	Kommunale Nutzungsplanung: - Festsetzung der Umzonung / Flächenarrondierung Kälin-Areal und Anpassung des Ergänzungsplans Empfindlichkeitsstufen nach LSV; - Zustimmung zum Privaten Gestaltungsplan «Areal Kälin & Co.»	<b>Ch. Meier</b>
4.*	16.90 (DFI)	Begründung des Postulats A. Steiner (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. Gebührenreduktion dank Effizienzsteigerung	
5.*	16.38 (DTB)	Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP/PP), R. Diener (Grüne) und B. Konyo (SP) betr. Massnahmenüberprüfung bezüglich Biodiversität in Winterthur	
6.*	14.8 (DSU)	Antrag und Bericht zum Postulat K. Bopp (SP), M. Wäckerlin (PP), Ch. Magnusson (FDP), N. Gugger (EVP) und D. Berger (AL) betr. einfaches Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen	
7.*	16.92 (DSU)	Begründung des Postulats M. Baumberger (CVP/EDU) und D. Oswald (SVP) betr. massive Beeinträchtigung der Einkaufsattraktivität der Altstadt durch Aktionsstände	

- 8.\* 16.82 (DSU) Begründung des Postulats D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften
- 9.\* 16.83 (DSU) Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL) und F. Landolt (SP) betr. Förderungsbeiträge für PV-Anlagen
10. 16.101 (DSU) Begründung des Postulats K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL), B. Helbling (SP) und B. Huizinga (EVP/BDP) betr. Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei
11. 13.90 (DSU) Ergänzungsbericht zu Antrag und Bericht zum Postulat F. Landolt (SP), A. Steiner (GLP), B. Günthard Fitze (EVP) und Ch. Griesser (Grüne) betr. Parkierungsregime Wartstrasse / Eulachhallen und weiteres Umfeld
12. 16.60 (DKD) Begründung der Motion M. Zehnder (GLP/PP), G. Gisler-Burri (SVP und Ch. Magnusson (FDP) betr. Produktgruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten
13. 16.93 (DKD) Begründung des Postulats M. Zeuglin (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur
14. 16.58 (DKD) Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP/BDP), G. Stritt (SP), A. Steiner (GLP) und F. Helg (FDP) betr. Steig – ein Winterthurer Problemquartier?
15. 16.121 (DKD) Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rüttsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling
16. 16.88 (DKD) Beantwortung der Interpellation M. Baumberger (CVP) betr. christliche Symbole in Friedhofskapelle Rosenberg
17. 16.86 (DKD) Beantwortung der Interpellation M. Baumberger (CVP) betr. Bedeutung von Vereinen

(\* An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

## Bürgerrechtsgeschäfte

- 1.\* B16/093 EKLU Yao Adjewoda, geb. 1972, mit Kind Anita Schela, geb. 2008, togoische Staatsangehörige
- 2.\* B16/095 KNAUER-POHL geb. KNAUER Eva-Maria, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige
- 3.\* B16/098 SPROEDT Julia, geb. 1970, deutsche Staatsangehörige
- 4.\* B16/099 WEIER Cliffin Clive, geb. 1962, simbabwischer Staatsangehöriger

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Ich begrüsse zur 16. und 17. Sitzung im Amtsjahr 2016/2017. Ich hoffe, Ihr hattet alle einen guten Start im neuen Jahr.

Die Standortförderung wird Fotos machen, das habe ich bewilligt. Entschuldigungen habe ich für beide Sitzungen: Katharina Lang ist krank, an ihrer Stelle führt Andrea Fatzer das Protokoll. Sie macht das Protokoll in der BBK und ist schon langjährig Protokollführerin in diversen Kommissionen. Vielen Dank. Als weitere Entschuldigungen haben wir Zeno Dähler, Marcel Trieb und Markus Steiner. Bei der ersten Sitzung fehlt Nicolas Galladé und verspätet kommt noch Matthias Gfeller.

Verabschiedet wird heute Matthias Gfeller. Er wird zu Beginn der 2. Sitzung eine persönliche Erklärung abgeben und ich werde dann noch kurz etwas sagen zu seinem Ausscheiden aus dem Stadtrat.

## Mitteilungen

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Eine Mitteilung kommt aus der BBK.

**F. Landolt (SP):** Ich möchte etwas sagen als Vertreter der BBK. Es geht um den Kredit 20658 Marktauftritt 2015 – 2018 (*zeigt die Folie von Budget 2017, Teil A*). Dort hat es ein # (d.h. es wird eine Weisung fällig), ein Teil davon ist aber verknüpft mit dem Marktauftritt im Internet. Diesen Internetauftritt der Stadt hat der Stadtrat als gebunden erklärt. Deshalb ist Stadträtin B. Günthard-Maier als Vorsteherin von Stadtwerk ad interim zur BBK gekommen und hat uns gebeten, ob wir das anschauen könnten und ebenfalls das Einverständnis geben könnten, dass man das gebunden erklärt, also nur den Teil vom Internetauftritt. Es wäre der Antrag der BBK an den Grossen Gemeinderat, dass man dem zustimmt.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Gibt es andere Anträge oder möchte sich die Stadträtin dazu noch äussern?

**Stadträtin Günthard-Maier:** Das wurde so vorbesprochen. Es geht nur um den Teil für den Internetauftritt, der gekoppelt ist an denjenigen der Stadt, nicht um den ganzen Betrag, dass man dort Stadtwerk gleich behandelt wie die anderen Bereiche.

**M. Wäckerlin (GLP/PP):** Wie gross ist dieser Anteil?

**F. Landolt (SP):** Im Gesamten werden 900'000 Fr. beansprucht, 250'000 Fr. davon für diesen Internetteil.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Gibt es jetzt noch weitere Einwendungen? – Nein. Man kann dem zustimmen.

## Fraktionserklärungen

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Es wurden 3 Fraktionserklärungen angemeldet. Zuerst S. Büchi.

**S. Büchi (SVP):** Es ist für die SVP absolut okay, wenn der Stadtrat keine Parole zur Unternehmenssteuerreform beschliesst. Man muss nicht alles kommentieren, was man nicht beeinflussen kann. Ein bisschen mehr irritiert hat uns, dass der Stadtrat seinen Mitgliedern frei lässt, ihre Meinung kund zu tun und offensichtlich wurde das v.a. für ein Mitglied gemacht. Zumindest nehme ich das so wahr, dass Y. Beutler auf allen Kanälen gegen diese Unternehmenssteuerreform weibelt. Im Dezember trat sie zwar noch als Teil von dem pragmatischen SP-Flügel auf, aber offensichtlich sind jetzt wieder die ideologischen Zeiten vom Kapitalismus überwinden angesagt. Es gibt andere SP-Exekutiven in diesem Land, die wissen, wie wichtig ihr Standort ist und für ein Ja einstehen. Man hat auch unseren Stadtpräsidenten, der sich geäussert hat, der nicht idealisiert, sondern seine Sicht sagt, auch als Standortverantwortlicher, was es heisst, wenn Unternehmen Bedenken haben. Das kann man natürlich machen, dass jeder seine Meinung äussert oder eben Parteiparolen herausposaunt. Es steht dem Stadtrat generell nicht gut an, wenn er verschiedene Meinungen vertritt, auch wenn er eine andere Meinung vertritt als die des Kantons, des Regierungsrates. Nicht zuletzt deshalb, weil man in absehbarer Zeit vom Kanton noch Gelder will vom Sozillastenausgleich. C'est le ton qui fait la musique, liebe Yvonne. Mit dem Ton, den Du anschlägst, glaube ich, dass die Musik vom Sozillastenausgleich zum Erklingen kommen wird.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich teile diese Meinung, es ist nicht optimal, dass der Stadtrat unterschiedliche Meinungen vertritt, aber der Stadtrat hat die ganze Thematik diskutiert. Es gab unterschiedliche Meinungen im Stadtrat und es gab auch schon Engagement im Stadtrat. Der Stadtrat sagte in diesen Diskussionen, dass man eine Stimmfreigabe macht, dann können sich die äussern, die für Nein sind, es können sich aber auch die äussern, die für Ja sind. Diese Situation hat man auch in anderen Städten. Nochmals: Optimal ist es nicht, das Ziel des Stadtrates ist es, mit einer Meinung aufzutreten. Wenn das nicht gelingt, ist man tendenziell eher ruhig. In dem Fall, das zeigt auch, wie gross die Diskussionen um die USR laufen, sagte der Stadtrat aber, er macht eine Stimmfreigabe und so ist man jetzt unterwegs.

**Stadträtin Y. Beutler:** Ich glaube, es ist nach wie vor pragmatisch, wenn man einfach über die offiziellen Zahlen informiert. Es ist eine Tatsache, dass die Kantone, wobei immer wieder betont wird, dass alle Kantone für die USR sind, die bisherigen Ausfälle auf 3 Mrd. Fr. beziffern (es sind 13 von 26 Kantonen, die das so sagen). Das sind die Zahlen, die sie begründet. Wir haben das Resultat vom Kanton Zürich, der sagt 34 Mio. Fr. Ausfälle abzüglich dem, was man an zusätzlichem Finanzausgleich bekommt. Das erwähne ich auch entsprechend. Dann ist man immer noch bei Ausfällen von 16 Mio. Fr. Ich glaube, das ist eine enorme Summe und da darf man laut darüber nachdenken. Ich glaube, es ist auch gerechtfertigt, dass man da unterschiedliche Haltungen vertreten kann. Ich für mich selber nehme in Anspruch, dass ich zwar markant argumentiere, aber sehr pragmatisch und auf den Fakten basierend (soweit das überhaupt auf Fakten basieren kann und sie uns zur Verfügung stehen).

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Besten Dank. Als nächstes K. Cometta bitte.

**K. Cometta (GLP/PP):** Das Jahr 2017 ist noch jung. Aus der Sicht Gleichstellung von Mann und Frau ist aber schon sehr viel Bemerkenswertes gelaufen. Das erste Highlight war, dass der Stadtrat die Charta für Lohngleichheit im öffentlichen Sektor unterzeichnet hat. Dabei geht es darum, dass die öffentlichen Verwaltungen ihre Verantwortung beim Thema Lohngleichheit anerkennen. Dass sie selber als Arbeitgeber die Lohngleichheit überprüfen und dass sie auch im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens darauf achten. In der letzten Fragestunde hat der Stadtpräsident M. Künzle geantwortet, dass die Stadt am Prüfen sei, ob sie unterschreiben wolle. Dass diese Prüfung nun positiv ausgefallen ist, freut uns sehr. Wir möchten dem Stadtrat ganz herzlich danken, dass er das Thema ernst nimmt. Die zweite gute Nachricht war die Antwort auf unser Postulat zur Betreuung der jüngsten Schulpflichtigen. Der Stadtrat und die Zentralschulpflegen beantragen, dass an den Winterthurer Schulen neu ein Morgentisch ab 7 Uhr eingeführt wird, so dass die Kinder dort frühstücken können. Für erwerbstätige Eltern wird das eine gewaltige Erleichterung sein, wenn sie nicht mehr erst um 8 Uhr zum Haus herauskönnen. Selbstverständlich begrüssen wir auch die anderen Massnahmen dieser Postulatsantwort, aber das werden wir erst an der Behandlung im Grossen Gemeinderat entsprechend würdigen. Trotzdem möchte ich schon hier und jetzt ein grosses Merci an den Stadtrat schicken. Ein gutes Angebot von familienergänzender Kinderbetreuung ist eine wichtige Voraussetzung, dass Familie und Beruf vereinbart werden können. Vereinbarkeit funktioniert natürlich nur, wenn die Eltern, insbesondere auch die Väter, die Möglichkeit haben, Teilzeit zu arbeiten. Darum freut es mich, dass wir heute auf der Traktandenliste auch den Vorstoss haben, dass es auch unseren uniformierten Polizisten bei der Sicherheitspolizei endlich möglich sein soll, Teilzeit zu arbeiten. Ich bin froh, dass die zuständige Stadträtin bereits eine grosse Offenheit gegenüber diesem Vorstoss signalisiert hat. Wir sind sehr zufrieden und danken. Wir sind wirklich froh, dass so viel läuft bezüglich der Gleichstellungsthemen. Es gibt aber auch noch ein Gleichstellungsthema, von dem ich glaube, dass es nicht so gut von selbst läuft, deshalb wollen wir dort noch einen kleinen Anstoss geben. Es arbeiten immer noch verhältnismässig wenig Frauen im Kader der Stadtverwaltung. Deshalb reichen wir heute zusammen mit der SP, den Grünen und der EVP eine Motion ein, die die Zielvorgaben für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader und in Schlüsselpositionen der Stadtverwaltung fordert. Wir möchten damit keine starre Frauenquote, sondern wir möchten den Ansatz «comply or explain», d.h. wir möchten eine Begründungspflicht und wir

wollen differenzierte und realistische Ziele von den Departementen, die den Anteil von Frauen im Kader auch mit dem Anteil von Frauen in der Belegschaft in Relation setzen. Wir hoffen, dass wir mit diesem Anstoss auch beim Thema Karrierechancen einen gewaltigen Schritt weiterkommen. Ich danke Euch jetzt schon, liebe Kollegen und Kolleginnen, für Eure Unterstützung. In dem Sinne hoffen wir, dass es auch im Rest des Jahres 2017 viele weitere Schritte gibt Richtung mehr Gleichstellung – und natürlich auch in den folgenden Jahren. Ich denke, es gibt schon noch viel zu tun. Dem Stadtrat wünschen wir auf diesem Weg viel Offenheit, Mut und Tatkraft.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Möchte sich der Stadtrat dazu noch äussern? – Nein. Die letzte Fraktionsmeldung kommt von S. Stierli.

**S. Stierli (SP):** Unsere beiden FDP-Stadträte waren letzte Woche in den Medien mit ihren Departementen (Stadtpolizei und Olympia). Ich erlaube mir zwei Bemerkungen zu diesen zwei Themen. Bei der Stadtpolizei war ich etwas erstaunt, als ich das Inserat gelesen habe von der Headhunter-Firma von der Bahnhofstrasse, dass man einen Stellvertreter sucht für den Kommandanten. Im Landboten stand dann auf eine etwas kritische Antwort hin von der Stadtpolizei, das sei ja vom Parlament bewilligt worden. Das stimmt eigentlich auch. Was hat denn B. Günthard eigentlich beantragt mit dem Budget? «Eine Stelle Kommandounterstützung 125'000 Fr.» Es kam wohl keiner auf die Idee, dass das eine Stellvertretungsstelle im obersten Kader sein könnte. Ich habe dann auch das Protokoll gelesen von der Kommission. Da ging es wirklich um Stärkung des Back-office oder Kommandounterstützung. Als man gefragt hatte, ob man diese Stelle nicht befristen oder aus dem Pool für die 10 Stellen, die das Volk bewilligt hat, nehmen könnte, hat man nicht Klartext gesprochen, um was es eigentlich geht. Man dachte, es wäre eine gute Idee, dass der Kommandant eine Unterstützung bekommen sollte, vielleicht eine Assistenz (125'000 Fr. kostet ein Streifenpolizist) – aber dass es eine Stelle im obersten Kader, in der höchsten Lohnklasse, gibt, das hätte man vertieft diskutieren müssen, da hätte man Klartext reden müssen. Eine solche Trickserei tut dem Vertrauen vom Parlament zum Departement nicht gut.

Erstaunt hat mich dann auch, dass St. Fritschi bereits Werbung macht für Olympia 2026 in den Medien. Die FDP hat in letzter Zeit viele gute Ideen, das finde ich total sympathisch, aber am Schluss, wenn man dann die Rechnung bezahlen müsste, hapert es jeweils ein wenig. St. Fritschi musste im Sportamt extrem sparen, Sport für die Bevölkerung. Er hat die Sauna geschlossen im Hallenbad Geiselweid, kürzere Schliessungszeiten, 330'000 Fr. muss das Sportamt sparen mit Balance. Das Hallenbad selber platzt aus allen Nähten, es hat zu wenig Platz für die Schwimmer, er setzt sich da nicht gross ein, dass dieser Zustand sich ändern würde. Jetzt müsste man wieder einmal in die Sportarten investieren, die der Bevölkerung im Winterthur dienen, an denen diese Leute Freude haben, statt dass man dieser Vision nachläuft und die Vision schürt für etwas, das wirklich ein finanzielles Abenteuer ist. Die Stadt Zürich hat Nein gesagt zu diesem Abenteuer, die SP Graubünden sagt auch klar Nein, weil es einfach ein zu grosses Risiko ist. Ich fordere Dich auf, wirklich für Winterthur zu sorgen und hier konkrete Politik zu machen – nicht solche, wenn auch sympathische, Blasen aufzupumpen.

Gefreut hat mich aber Stadtpräsident Künzle letzte Woche, im Gegensatz dazu hat er Klartext gesprochen. Zur USR III sagte er ganz klar, dass die Gefahr besteht, wenn diese Ausfälle nicht vom Kanton kompensiert werden können, dass dann eine Steuererhöhung droht von 5.5 Steuerprozenten. Er spricht Klartext und ist offenbar auch bereit, das zu bezahlen, was man bestellt mit der USR III, nämlich die Steuergeschenkserleichterungen für diese grossen Firmen, wenn diese Ausfälle nicht kompensiert werden – und das ist halt dann eine Steuererhöhung. Ich möchte ihm danken, dass er da Klartext gesprochen hat.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Ich bedanke mich bei S. Stierli, dass Du mir die Gelegenheit gibst, diesen Artikel im Landboten und die Stellenanzeige noch zu erläutern. Grundsätzlich kann ich nachvollziehen, dass ein solches Stelleninserat allenfalls ein wenig Irritation ausgelöst hat. Ich bin mir aber grundsätzlich schon gewohnt, dass die Fraktionen zuerst bei denen nachfragen, die in den Kommissionen sitzen und die eigentlich die Hintergrundinformationen

haben. Die Hintergrundinformationen haben wir in der Kommission geliefert. In diesem öffentlichen Umfeld hier möchte ich nicht allzu sehr in die Tiefe gehen. Ich sagte aber in der Kommission ganz klar, dass wir in der Stadtpolizei ein operatives Geschäft haben. Die Sicherheitsdienstleistungen funktionieren sehr, sehr gut, aber gleichzeitig haben wir ein Kader bei der Stadtpolizei, das massiv unter Druck ist. Ich möchte hier keine genaueren Zahlen nennen, aber ich kann die Grössenordnung angeben. Ich habe rund ½ Dutzend Leute, die aufgrund der Arbeitssituation, wegen der Belastungssituation, die man in der Stadtpolizei hat (Sparprogramm, gestiegene Anforderungen erfüllen können mit den Leuten), krankheitshalber ausfielen. Aufgrund dessen haben wir Roadmap 20, das ist ein Reo-Projekt, organisiert bzw. sind es am Anlaufen lassen. Es hat drei verschiedene Stossrichtungen: Prävention (Arbeit auf der Strasse erweitert zu vertiefen, wieder zu stärken); die strategische Ziellinie, die Leute auf die neuen Herausforderungen einstellen zu können; und wir haben die strategische Linie, die interne Organisation optimieren zu können. Ein Teil dieser Roadmap sind Sofortmassnahmen, bei denen wir schauen müssen, dass das Kader Unterstützung bekommt, dass das Kader weiter funktioniert – und ein Teil ist diese Stelle, die in diesem Budget war. Die 125'000 Fr. wurden als Platzhalter einmal eingestellt. Zum Zeitpunkt, zu dem wir in der Kommission waren (und das ist mir wichtig, S. Stierli), wusste man noch nicht, wie diese Stelle genau ausgestaltet werden wird – es war keine Trickserei. Wir haben unterdessen weitergearbeitet, weil das drängt. Ein halbes Dutzend Kaderleute, die ausfallen, sind viele Leute. Wir haben weitergearbeitet, haben die Stelle konkretisiert und jetzt ausgeschrieben. Ich denke, die Kommissionsmitglieder können Dir diese Hintergrundinformationen, die Du vielleicht gerne noch zusätzlich haben möchtest, gerne geben. Das Ziel ist, dass wir jetzt mit Sofortmassnahmen die Situation stabilisieren können und mit dieser Reorganisation mittel- und langfristig auch die Situation vom Kader optimieren können – immer mit dem Ziel, die Mitarbeiter, die auf der Strasse sind, die die Sicherheitsdienstleistungen erbringen, zu unterstützen. Ich denke, in dieser Situation, in der man jetzt ist, kann man nicht mehr einfach die Augen schliessen, kann man sich nicht mehr einfach zurücklehnen, vor sich hingrinsen und sagen, das geht mich nichts an. Da braucht es jetzt Lösungen und da ist man dran. Das ist meine Verantwortung als Departementsvorsteherin – und vielleicht ist da auch der WoV-Gedanke nicht ganz fremd, der sagt, dass grundsätzlich die Bereichsleitungen schauen müssen von der Kompetenz her, wer wie eingestellt wird. Es folgen übrigens weitere Informationen in den richtigen Gefässen.

**Stadtrat St. Fritschi:** Die Gefahr ist gross, wenn S. Stierli fast alle Stadträte in globo anspricht, dass auch jeder sich meldet. Mit S. Stierli haben wir einen richtigen Zeitungsleser entdeckt. Es stimmt, ich sagte, Winterthur ist offen für die olympische Kandidatur. Das alleine kostet noch keinen Rappen, sondern das zeigt die Offenheit für Visionen und Ideen. Im Gegensatz zu Zürich sind wir auch darauf angewiesen, dass wir Interessenten haben, die in unsere Stadt kommen wollen. Damit wollen wir auch zeigen, dass wir nicht zuerst einmal nur die Hürden und alle die Hindernisse sehen, die es sicher noch gibt bei einem so grossen Event, bei einer so grossen Veranstaltung. Wir sind offen für Ideen und prüfen diese dann ganz normal, wie es sich gehört. Übrigens, Sauna ist auch 2026 noch keine winterolympische Disziplin, und es ist auch keine sommerolympische Disziplin – das zeigt, dass Sauna, bzw. Saunieren, kein Sport ist. Das war ja auch der Grund, weshalb wir diese Sauna geschlossen haben, weil wir ganz klar der Meinung sind, dass Gesundheitsförderung nicht die Kernaufgabe der Stadt Winterthur ist, sondern Bewegungsförderung. Wir verbieten Sauna nicht und wir sind auch sehr glücklich, dass es auch viele private Genossenschaften gibt, die Saunen haben und pflegen und auch erweitern, aber die Stadt Winterthur hat keine Sauna mehr in eigener Regie. Als letztes möchte ich noch sagen: Bei den Öffnungszeiten vom Hallenbad bist Du wohl falsch informiert. In dieser Zeit, seit ich für das Departement Schule und Sport zuständig bin, haben wir im Gegenteil die Öffnungszeiten erweitern können. Als ich anfang, hatten wir einen Morgen, an dem Frühschwimmen war. Inzwischen sind es drei Morgen Frühschwimmen und vielleicht erlebst Du noch vor 2026, dass es sogar noch einen vierten Morgen Frühschwimmen geben wird. Vielleicht merkst Du dann, dass dort auch meine Handschrift dahinter ist. Vielleicht hast Du auch noch in Erinnerung, dass wir im Stadtrat wirklich auch geschaut haben, dass wir mit der Cabriodach-Lösung eine Erweiterung der Hallenbad-

Wasserfläche erreichen können. Es ist halt so, dass auch wir uns an das Gesetz halten müssen. Vielleicht hast Du da eine andere Ethik, aber wir halten uns an das Gesetz. Bei der Initiative, die wir haben wegen der Überdachung mit der Traglufthalle, müssen wir uns an die gesetzlichen Voraussetzungen halten. Vielleicht hast Du da andere Grundsätze, aber wir halten uns an die Gesetze.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Es ist verdächtig, wenn S. Stierli mich im Zusammenhang mit der USR III lobt. Du hast nicht das ganze Votum diesbezüglich wiedergegeben. Es hat mich gefreut, dass Du den einen Teil genannt hast. Ich möchte einfach betonen, das Risiko für Steuererhöhungen besteht auch bei einem Nein und dort besteht auch das Risiko vom Verlust von Arbeitsplätzen. Das ist vielleicht ein ganz wichtiger Faktor.

**S. Stierli (SP):** Zu St. Fritschi: Zu den Verringerungen der Öffnungszeiten: Das war ein Balance-Ziel und es freut mich, heute zu hören, dass Du das zurückgenommen hast. Ich bin gespannt, wie Du es denn sonst umsetzen wirst. Das zweite wäre: Ich habe vorhin nicht von der Hallenbadinitiative gesprochen, auch nicht von irgendwelchen Gesetzen oder so, sondern ich habe gesagt, dass Du Dich nicht einsetzt, um diese Fläche zu vergrössern. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten als diese Initiative, das weisst Du auch.

**Stadtrat St. Fritschi:** Ich warte auf neue.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Noch eine kurze Anmerkung zu der Traktandenliste: Bei Traktandum 2 haben wir irrtümlicherweise S. Büchi als Referent aufgeführt gehabt, es wäre eigentlich Regula Keller.

## 1. Traktandum

### Protokoll der 10./11. Sitzung

---

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Das Protokoll ist in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Ich stelle den Antrag, das Protokoll abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit ist das Protokoll abgenommen mit bestem Dank an die Verfasserin des Protokolls.

## 2. Traktandum

**GGR-Nr. 2016.073: Befristete Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem sich in Gründung befindenden Verein «House of Winterthur» / Abgestufter Kredit (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)**

---

**R. Keller (SP):** Der Grosse Gemeinderat von Winterthur hat am 19.9.2016 über die Leistungsvereinbarung und den Kredit für das «House of Winterthur» als Verein, der in der Gründung begriffen ist, debattiert. Die meisten erinnern sich, dass es nach einer ziemlich intensiven Diskussion mit einer Rückweisung dieses Geschäftes mit 31:22 Stimmen gemündet hat. Das Geschäft liegt jetzt in einer überarbeiteten Form vor. Sie haben das in der AK angeschaut und diskutiert und dem Geschäft mit 9:2 Stimmen zugestimmt. Ich verzichte darauf, das Geschäft nochmals mit allen Details vorzustellen, denn ich gehe davon aus, dass Ihr es noch in Erinnerung habt. Ich gehe v.a. auf die Veränderungen ein. Trotzdem noch ganz kurz zur Erinnerung: Es handelt sich bei diesem Zusammenschluss um den Zusammenschluss der Standortförderung und Winterthur Tourismus zu diesem «House of Winterthur». Die zwei Organisationen, die sich da zusammenschliessen, gibt es schon lange (seit 1994 bzw. ca. 2003) und beide Organisationen erhalten Geld von der Stadt. Die Stadt Winterthur ist auch

bei bei beiden Organisationen dabei, neben Gemeinden, gemeinschaftlichen Institutionen etc. Vom Zusammenschluss dieser beiden Organisationen erhofft man sich eine Effizienzsteigerung und Synergien im Bereich vom Tourismus und im Bereich der Wirtschaft. Der Standort Winterthur soll durch den Zusammenschluss gezielter und auch besser positioniert werden. Das letzte Wort über das Geschäft hat das Volk. In einer Volksabstimmung wird die stimmberechtigte Bevölkerung von Winterthur darüber abstimmen. Die Gründung dieses Vereins ist abhängig von dieser Volksabstimmung. Wenn die Volksabstimmung diese Vorlage ablehnen wird, werden die beiden Organisationen nicht zusammengeschlossen. Die bestehenden Subventionsverträge für die beiden Vereine laufen so weiter, wie sie jetzt sind. Ich sage gerne etwas zu dem, das kritisiert wurde am 19.9. oder was in der Debatte diskutiert wurde. Es gab grundsätzliche Vorbehalte, die den Nutzen einer Fusion in Frage stellten, daneben gab es einzelne Punkte, wo gesagt wurde, dass das noch keine optimale Lösung ist. Der eine Punkt ist die Höhe des Kredites. Man hat von 2017 – 2019 einen Kredit von 960'000 Fr. besprochen wollen und ab 2020 einen Kredit von 860'000 Fr. In der neuen Vorlage ändert sich an diesem Betrag nichts, das bleibt gleich. Es wurde kritisiert, dass die Leistungsvereinbarung zeitlich unbefristet abgeschlossen werden soll. Da hat man eine Änderung vorgenommen, neu ist eine Befristung auf 4 Jahre vorgesehen. Die Stadt unterstützt «House of Winterthur» in den nächsten drei Jahren mit 960'000 Fr. und im Folgejahr mit 860'000 Fr. Die Erneuerung der Leistungsvereinbarung liegt in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates. Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat alle dem Programm entsprechenden Vorlagen und die Stadt hat neben den Kosten von 960'000 Fr. bzw. 860'000 Fr. keine weiteren Kosten. Kritisiert wurde auch die mangelnde Einflussnahme des Grossen Gemeinderates. Da ist neu in dieser Vorlage drin, dass neben dem Stadtpräsidenten zwei Vertreter des Grossen Gemeinderates Sitz im Vorstand von «House of Winterthur» nehmen. Eine längere Debatte gab es zu den Äusserungen von der Standortförderung zu den politischen Geschäften. Man wollte wissen, ob die Neuorganisation sich auch politisch äussern darf. Neu steht in den Statuten, dass dieser Verein parteipolitisch neutral ist. Wir wollten in der AK wissen, was «parteipolitisch neutral» heisst. M. Künzle und der Vertreter von «House of Winterthur» sagten, es werden keine Abstimmungsempfehlungen und keine Empfehlungen bei Wahlen gemacht und es werden keine Abstimmungskämpfe irgendwelcher Art geführt in dieser neuen Organisation. Im September wurde auch gefragt, ob der eine oder andere, also Winterthur Tourismus oder Standortförderung, beeinträchtigt würde durch diesen Zusammenschluss. Man hat jetzt in der neuen Vorlage vorgesehen, dass es eine regelmässige Berichterstattung gibt und die Möglichkeit einer Beitragsreduktion oder einer Kündigung dieser Vereinbarung, wenn das «House of Winterthur» seine Leistungen nicht ordnungsgemäss erbringt, d.h. wenn es im einen oder anderen Teil oder überhaupt insgesamt seine Leistungen nicht so erbringt, wie es vereinbart ist, hat die Stadt die Möglichkeit, die Vereinbarung vorzeitig zu kündigen, also vor Ablauf dieser 4 Jahre. Der letzte Punkt, der noch diskutiert wurde, sind die strategischen Zielsetzungen. Neu ist vorgesehen, dass die Standortstrategie dem Träger (also dem Finanzgeber) präsentiert wird und Anregungen angemessen aufgenommen werden. Die Fraktionen werden in diesem Prozess der Strategieentwicklung und Erneuerung miteinbezogen. Das sind die wesentlichen Punkte, die sich geändert haben.

**M. Wäckerlin (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Anpassungen, die man vorgenommen hat. Wir sind der Meinung, sie sind eigentlich durchwegs gut und nutzen dieser Vorlage. Es war wichtig, dass man diese Runde eingelegt und sich nochmals die Zeit genommen hat. Es ist zwar keine 1:1-Umsetzung unserer Forderungen, aber im Geiste sind sie doch weitgehend erhalten und zu einem grossen Teil wurden sie auch umgesetzt. Es wurde vorhin gesagt, was die Massnahmen sind: Dass der Grosse Gemeinderat auch Vorstandsmitglieder abstellen kann und dass der Grosse Gemeinderat wieder verantwortlich ist für das Weiterführen in vier Jahren ist sichergestellt, womit sichergestellt ist, dass der GGR auch in Zukunft die Kontrolle über diese Beziehung haben kann. Damit treten andere Punkte wie z.B. die, dass die genaue Strategie noch nicht bis ins Detail bekannt ist, etwas in den Hintergrund. Bezüglich Interessensabstimmung zwischen Standortförderung und Tourismusmarketing wird man auf das Controlling verwiesen, auch da wird der Grosse Gemeinderat ein Auge darauf haben müssen, dass das richtig läuft. Ich denke, da wird sicher von jeder Seite

her geschaut, dass niemand zu kurz kommt, die SP hat offensichtlich eine andere Stossrichtung als wir. Es wird weiterhin städtische Mitarbeiter beim Verein geben, die dort einquartiert sind, damit muss man leben. Insgesamt sind die Verbesserungen wesentlich, sie waren nötig und es ist gut, dass sie jetzt drin sind. Wir danken dem Stadtrat und stimmen dem so, in dieser Form, jetzt zu.

**U. Hofer (FDP):** Nach dem politischen Lausbubentrickli in der ersten Behandlung in diesem Rat ist es nun hoffentlich wirklich so weit, dass wir als Partei Farbe bekennen müssen. Ich erkenne nach wie vor nichts in dieser Weisung, was man mittels Anträgen, guter Vorbereitung und zielgerichteter Sitzungsführung nicht bereits in der AK hätte bereinigen können, bevor man diese Extrarunde machte. So viel zu meinem Groll aus der Vergangenheit und zu meinem Votum, dass ich das für Zeitverschwendung halte, wenn man politisch so verfährt. Jetzt aber zur Gegenwart: Heute gibt es hoffentlich nur ein Ja oder Nein und nicht nochmals ein Zurück. Es wäre übertrieben zu sagen, es sei ein Ja oder Nein zu mehr Arbeitsplätzen, aber es ist doch Ja oder Nein zur Frage, ob man gewillt ist, irgendetwas zu tun für diese Sache und dieses Ziel und etwas dafür zu investieren. Zu dieser Frage müssen wir heute Farbe bekennen. Die FDP stand schon letzten Herbst und steht auch heute noch hinter diesem Projekt. Wir machen es nun mit einem Vorbehalt: Die neueingebrachte Forderung nach parteipolitischer Neutralität halten wir schlicht für Unsinn. Was heisst schon «parteipolitisch neutral»? Wenn z.B. 90% der dem «House of Winterthur» angeschlossenen Tourismusinstitute, Unternehmen und Gemeinden gegen die Parkplatzverordnung sind – ist das dann parteipolitisch unneutral, wenn man es kundtut, das das so ist? Und was heisst eigentlich «Einmischen in eine Volksabstimmung»? Informationen auf einer Homepage, die man bereits hochgeladen hat – ist das bereits Einmischung? Er findet das höchst unklar. Zum Vergleich: Es gibt andere Institutionen, die auch Geld von der Stadt Winterthur erhalten, die keine solche Auflagen haben. Sollte man z.B. der Kulturlobby verbieten, sich öffentlich zum Thema Kultur zu äussern? Der Stadtrat äussert sich öffentlich für und gegen Unternehmenssteuerreform III, wie man vorher gehört hat. Dort kann man höchstens kritisieren, dass man einig sein sollte. Aber ich finde es unsinnig, wenn man Maulkörbe verteilt. Die Demokratie funktioniert nun mal so, dass jeder seine Meinung äussern darf und ich traue den Stimmbürgern zu, dass sie die Äusserungen richtig einordnen. Geht es um ein Detail? Meiner Ansicht nach nicht. Man investiert Geld für eine neue Organisation, die schlagkräftig sein und die Ziele verfolgen können soll und verteilt gleichzeitig Maulkörbe. Wir beschränken die Effektivität. Eine Interessenvereinigung schaffen und gleichzeitig sagen, dass sie die Interessen nicht öffentlich kundtun darf, ist absurd. Die GLP stilisiert sich ein bisschen als Retterin dieses Paketes (das habe ich zwar noch nicht gehört, aber ich höre es bestimmt noch, da bin ich ganz sicher). Ich habe ein bisschen die Befürchtung, sie könnte auch die Totengräberin sein, man wird sehen, was die Zukunft bringt. Wir sagen trotz dem Vorbehalt klar Ja und danken für die Aufmerksamkeit.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Grundsätzlich gehe ich einig mit dem, was der Stadtrat bewegt hat. Keine Einmischung mehr in Abstimmungskämpfe, die Leistungsvereinbarung ist befristet (das hatte ich übrigens schon in der ersten Runde als Antrag gestellt), der Tourismus soll gegenüber der Standortförderung nicht benachteiligt werden. Wir sind insgesamt mit dieser zweiten Version relativ zufrieden. Sicherlich bleibt vieles schwammig, Fakten müssen weiterhin gesucht werden – aber das gehört vermutlich auch ein wenig zur Eigenschaft der Standortförderung. Fazit: Wir, die Grünen, werden zustimmen, allerdings haben wir weiterhin eine grundsätzlich kritische Haltung gegenüber der Standortförderung. Das Ziel und Verhalten der Standortförderung ist am Wachstum orientiert und Wachstum ist nicht gratis. Auf dem Niveau, auf dem wir uns bewegen, ist jedes zusätzliche Wachstum sehr teuer. Ich denke da z.B. an alle diese Schulhäuser, die man aufgrund des Bevölkerungswachstums bauen durfte. Wie gesagt, wir stimmen zu, trotz einer grundsätzlich kritischen Haltung. Zum Thema Einmischen in Abstimmungskämpfe muss ich schon darauf hinweisen: Wer im Internet nachschaut, sieht, dass das Thema oft von Bürgerlichen, gerade von der SVP sehr häufig, gebracht wird. Da heisst es dann sehr schnell, die Lokführer hätten sich in einen Abstimmungskampf eingemischt und das gehe nicht usw. So unproblematisch, wie es da dargestellt wird, ist es halt einfach nicht. Mir scheint es, das «House of Winterthur» soll das vermarkten, was da ist. Ich

bin aber bezüglich der zukünftigen Einmischung in Abstimmungskämpfe grundsätzlich ein bisschen positiver eingestellt als in der Vergangenheit, weil ich davon ausgehe, dass Standortförderung und Tourismus ihre Interessen haben und deshalb auch ihre Meinung äussern dürfen sollten.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Zwei Institutionen, die bisher dasselbe Ziel verfolgen, nämlich Winterthur zu verkaufen – das macht eine Fusion und Bündelung der Kräfte vernünftig. Wenn sie vereint Winterthur als Standort für Unternehmen und als Destination für Touristen besser positionieren können und stärker bewerten können, profitieren wir als Stadt, das Gewerbe, die Kulturinstitutionen und auch die Bevölkerung. Im Zusammenhang mit der Fusion von Winterthur Tourismus und der Standortförderung wird uns vieles versprochen. Wir wollen wie bereits erwähnt in den kommenden Jahren aufmerksam verfolgen und beobachten, wie sich z.B. die Anzahl der Arbeitsplätze und die Besucherzahlen in den kulturellen Institutionen in Winterthur entwickeln, auch wenn wir uns bewusst sind, dass das «House of Winterthur» nicht alleine dafür verantwortlich ist, sondern auch andere Institutionen und Rahmenbedingungen. Wir werden ebenfalls mit Interesse verfolgen, welche Märkte das «House of Winterthur» sowohl bei der Ansiedlung von Unternehmen als auch beim Tourismus bearbeiten will. Viele Winterthurer Firmen und Institutionen wie die ZHAW sind bereits international gut vernetzt. Wir legen dem «House of Winterthur» ans Herz, diese Erfahrungen und Kontakte zu nutzen und so noch mehr Synergien zu schaffen. Wir gehen davon aus, dass das «House of Winterthur» in transparenter Weise informiert, welches seine strategischen und operativen Zielsetzungen sind und was jeweils erreicht worden ist. Ich persönlich würde es sehr lässig finden, wenn das «House of Winterthur» es schaffen würde, dass ein Bollywood-Film in Winterthur gedreht würde. Auf meinen verschiedenen Reisen durch Indien habe ich nämlich eines gelernt: In der Reise sehr gerne und vorwiegend an Drehorte von berühmten Filmen, sowohl im Inland wie im Ausland. Dem Votum von U. Hofer bezüglich den politischen Äusserungen kann ich mich nur anschliessen, auch wir bedauern dies. Trotz allem: Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen weiterhin die Fusion. Wir sind überzeugt, dass der Beweis erbracht werden kann, dass die Fusion viel bringt und wir alle davon profitieren.

**M. Gross (SVP):** Die SVP wird der neuen Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem «House of Winterthur» zustimmen. Wir danken den Beteiligten für die rasche Überarbeitung der Fassung. Wir sehen aber nicht, dass sie jetzt viele Vorteile hat gegenüber der alten Fassung. R. Keller hat diese zwar gut aufgelistet, aber wir haben da eine etwas andere Meinung. Trotzdem ist es ein wichtiges Geschäft für Winterthur und wir hoffen, dass jetzt der Verein dann definitiv starten kann. Wir hoffen auch, dass sich durch den Zusammenschluss zusätzliche Effizienz ergibt, so dass nicht Firmen wie SIS Medical mit Getöse wegziehen müssen. Zu der Klausel, die U. Hofer auch schon angesprochen hat: Deswegen wurde das Geschäft von der linken Seite eigentlich zurückgewiesen. Nun hat man diese Klausel drin. Wir finden, dass es eine «Eunuchenklausel» ist, die es gar nicht braucht. Die SVP findet es falsch, wenn sich Sportvereine, Kulturvereine etc. nicht zu politischen Themen äussern dürfen - Stadträte machen das ja auch. Wir fänden es gut, wenn solche Klauseln in Zukunft nicht als Voraussetzung für Vereine gelten würden. Zurück zum Geschäft: Die SVP stimmt zu und wir wünschen allen Beteiligten einen guten Start.

**M. Sorgo (SP):** Heute hat man auch die Möglichkeit, inhaltlich die Weisung zum «House of Winterthur» zu diskutieren, nachdem man an der letzten Sitzung ja mit ziemlich viel Getöse (wie man gehört hat und im Nachgang auch lesen konnte) über den Rückweisungsantrag debattiert hat. Die SP Winterthur, die Fraktion, anerkennt auch, dass der Stadtrat und die Verantwortlichen der Standortförderung ein paar Punkte, die ursprünglich kritisiert wurden, angepasst haben. Eine Mehrheit der Fraktion war aber von Beginn weg kritisch dieser Weisung bzw. dem Zusammenschluss von Standortförderung und Winterthur Tourismus gegenüber und es konnten auch nicht alle kritischen Punkte nachgebessert werden. Eine Mehrheit der Fraktion wird die Weisung ablehnen, ein Teil der Fraktion wird sie aber annehmen, deshalb werden wir unsere Argumente getrennt darlegen. Ich werde für das, das für die Ablehnung spricht, reden – R. Keller für das, was für die Zustimmung spricht.

Die Förderung und Vermarktung vom Standort Winterthur ist aus Sicht der SP der Auftrag vom Service Public, der von der Stadt Winterthur übernommen werden muss. So können auch Synergien mit anderen Diensten der Stadt gewinnbringend genutzt werden. Durch die geplante Zusammenführung der beiden Organisationen Standortförderung Winterthur und Winterthur Tourismus scheint uns die Zusammenarbeit aber noch zu wenig gesichert und der Service Public wird für einmal mehr weiter ausgehöhlt. Zwar werden neu zwei Mitarbeiter von der Stadtentwicklung im «House of Winterthur» ihre Arbeitsplätze haben, aber wie ihre Aufgaben und die Zusammenarbeit aussehen, ist auch mit der Nachbesserung noch nicht klar. Uns erscheint es weiterhin so, dass diese Arbeitsplätze in diesem Zusammenhang v.a. als zusätzliche Hilfe von Seite der Stadt an das «House of Winterthur» gelten – was die Stadt dafür zurückerhält, bleibt für uns noch offen. Durch die angestrebte Zusammenführung von Winterthur Tourismus und Standortförderung Winterthur werden private Organisationen und Einzelpersonen aus der Wirtschaft einen grossen Einfluss erhalten. Während die Stimmen der öffentlichen Hand, also der Gemeinden und der Städte, die beteiligt sind, relativ klar reglementiert und festgelegt sind, können auf Seiten der Privaten unbegrenzt viele Einzelpersonen (z.B. jeder Bed&Breakfast-Besitzer oder -Besitzerin) Einzelmitglied werden, und dadurch besteht aus unserer Sicht die Gefahr, dass das Stimmverhältnis trotz anders lautenden Aussagen zugunsten der Privaten erhöht wird, während die Stadt im Hintergrund sehr viel bezahlt. Wir haben das auch bei den Privaten eingebracht, weil das aber zu den Statuten gehört, konnte es aber in der Weisung nicht geändert werden. Wir haben weiterhin die Befürchtung, dass der Tourismus gegenüber den Wirtschaftsinteressen der Standortförderung ins Hintertreffen geraten wird. Zum Thema der politischen Einflussnahme: Das hat man schon genügend diskutiert. Ich glaube aber, es ist doch ein Unterschied, ob sich eine Organisation in einen politischen Wahlkampf einmischt, die sehr viel Geld von der Stadt erhält, v.a. in Zeiten, die sehr unklar sind und man dafür und dagegen findet, als wenn das eine politische Person im Stadtrat macht. Insgesamt erscheint uns das Projekt «House of Winterthur» als klares Projekt der Wirtschaft, an dem sich die Stadt netterweise auch noch beteiligen darf. Der Einfluss und die Wichtigkeit der Wirtschaft sind sehr gross, das hat sich bei der ersten Debatte deutlich gezeigt: Selten hat ein Geschäft solche Entrüstungstürme ausgelöst wie der Rückweisungsantrag der Weisung vom «House of Winterthur» an den Stadtrat. Gleichzeitig ist es aber sehr spannend, dass diese Weisung danach dann ganz plötzlich schnell bearbeitet werden konnte, dass verschiedene Kritikpunkte, die auch schon in der Diskussion in der AK angesprochen wurden (damals hiess es noch, das könne man nicht anpassen), dann plötzlich sehr schnell überarbeitet werden konnten und teilweise Verbesserungen möglich wurden. Wenn man zu Beginn auf die Kritik der AK eingegangen wäre, hätte diese Schlaufe vielleicht gar nicht stattfinden müssen. Zum Schluss noch eine kleine Anmerkung: Es ist auch spannend, dass man im Grossen Gemeinderat eigentlich nicht fotografieren darf, die Standortförderung jetzt aber zum 2. Mal die Erlaubnis erhält, dass sie Fotos machen darf. Wir sind grundsätzlich ja für Pressefreiheit und es ist uns auch einerlei, wenn man weiss, wer wie stimmt – aber dann sollte man das mit gleichen Ellen messen und immer zulassen.

**Th. Deutsch (EVP/BDP):** Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass viele der Kritikpunkte, die an der letzten Grossen Gemeinderat-Debatte geäussert wurden, aufgenommen wurden. Z.B. hat der Grosse Gemeinderat mehr Möglichkeiten zur Einflussnahme, die Befristung, die Neutralität der neuen Organisation. Wir können deshalb dieser Weisung, so wie sie nun vorliegt, zustimmen. Auch wenn ich den persönlichen Nutzen noch etwas in Frage stelle, M. Gross hat das angetönt mit SIS Medical – ich hoffe, dass solche Sachen mit der neuen Organisation nicht mehr passieren werden.

**A. Steiner (GLP/PP):** M. Wackerlin hat bereits für die GLP/PP die Meinung vertreten. Ich werde deshalb nicht inhaltlich etwas zum Geschäft sagen, sondern zu gewissen Vorwürfen, die gekommen sind. In der ersten Behandlung von diesem «House of Winterthur» im Grossen Gemeinderat hat sich die AK vom Stadtrat einige Vorwürfe gefallen lassen müssen. Dem Grossen Gemeinderat-Protokoll vom 19.9. ist zu entnehmen, dass die Kommission keine Anträge eingereicht habe. Ich möchte an dieser Stelle zu Protokoll geben, dass das nicht stimmt, sondern dass eigentlich alle diese Punkte, auf die der Stadtrat jetzt eingegangen ist,

bei denen Verbesserungen gekommen sind, nach zwei Lesungen bereits auf dem Tisch waren. Wenn man damals bereits Kompromissbereitschaft gezeigt und an Lösungen gearbeitet hätte, gegenseitig, dann wären wir jetzt nicht mehr daran. Letztendlich geht es in einer Kommission darum, dass man den Ball ins Goal bringt. Den Ball bringt man heute ins Tor – man musste einfach in eine Verlängerung. Von dem her gesehen positiv, zum Glück hat man jetzt eine gute Lösung gefunden und in 4-5 Punkten wirklich klare Verbesserungen erreichen können. Ich glaube, so profitieren wir alle, indem wir saubere Kompromisse finden.

**St. Feer (FDP):** Als Vertreter der Gemeinde von der Standortförderung möchte ich auch noch kurz etwas sagen. Zunächst möchte ich meiner Freude über die wohlwollenden Voten zum Geschäft Ausdruck geben. Ich möchte nichts vorwegnehmen, es ist noch nicht im Trockenen, aber wie es aussieht, könnte es doch eine Mehrheit geben. Ich danke den Verantwortlichen von der Standortförderung, Winterthur Tourismus und auch zugewandte Orte, die an dem ganzen Projekt gearbeitet haben und aus meiner Sicht ein sehr professionelles und zukunftsgerichtetes Haus aufgebaut haben, das den Standort Winterthur in die Zukunft führen kann. Wir haben das Privileg, dass wir in der innovativsten Volkswirtschaft der Welt politisieren dürfen. Manchmal habe ich das Gefühl, das wir das vergessen, wenn ich den Grünen zuhöre, die praktisch für Nullwachstum plädieren. Es ist einfach, das in einem solchen Umfeld zu machen, aber ich möchte in Erinnerung rufen: Einfach so sind wir nicht die innovativste Volkswirtschaft und da irgendetwas zu unternehmen, das uns schwächt, wäre gefährlich, nicht zuletzt auch für Winterthur. Die neusten Nachrichten, dass DMG Mori substanziell Arbeitsplätze abbaut – das käme dem Nullwachstum entgegen. Ich weiss nicht, wie Ihr Euch dazu stellen würdet, wenn Ihr Euch dazu stellen müsstet. Vielleicht noch etwas zu den vernetzten Systemen: Wir leisten definitiv einen höheren Beitrag an den Erfolg als wenn ein Einzelner mit dem System tätig ist. Ich denke, man ist auf dem richtigen Weg, unabhängig davon, wie es in der Weltwirtschaft weitergeht, ob es mehr Tourismus gibt oder wie auch immer, aber Winterthur steht im Konkurrenzkampf. Noch etwas zu den Grünen: Der Verein hat nicht die Aufgabe, das zu vermarkten, was da ist. Das schon auch, aber der Verein hat die Aufgabe, in die Zukunft zu schauen und den Standort weiterzubringen. Dass Ihr das nicht wollt, macht Ihr deutlich, indem Ihr das sogenannte Nullwachstum propagiert. Noch etwas zu den politischen Äusserungen: Man sollte alle, die Geld erhalten von der Stadt, gleich behandeln. Wenn ein Quartierverein eine Wahlempfehlung herausgibt für den 12. Februar, gelten für ihn die gleichen Regeln wie für alle anderen, die Geld von der Stadt erhalten. Da müsste man entweder allen einen Maulkorb anziehen oder man lässt es einfach relativ offen und liberal und sagt, das ist dessen eigene Sache.

**R. Keller (SP):** M. Sorgo sagte schon, dass eine Minderheit der SP-Fraktion der Meinung ist, dass wir das Potential, das der Zusammenschluss bringt, höher gewichten als die kritischen Punkte, mit denen wir immer noch nicht ganz glücklich sind. Wir anerkennen deutlich, dass die Verantwortlichen die Chance genutzt haben, die Rückweisung angenommen haben, etwas daraus gemacht haben und Veränderungen vorgenommen haben, die wir positiv bewerten. Das Konstrukt erscheint der Minderheit der SP wesentlich sinnvoller als in der ersten Version. Wir sind der Meinung, dass die Organisation eine Chance verdient hat und wir würden ihr diese Chance geben, indem wir dem Geschäft zustimmen. Wir werden selbstverständlich in den nächsten vier Jahren sehr genau hinschauen, wie die Leistungsvereinbarung oder wie die Leistungen vom «House of Winterthur» sich entwickeln und ob tatsächlich alle Player, die da dabei sind (Wirtschaft, Bildung, Kultur), einen zusätzlichen Nutzen von diesem Zusammenschluss haben. Das ist ja eigentlich der Sinn der ganzen Sache und wir anerkennen, dass wir in vier Jahren ja dann auch wieder die Gelegenheit haben, uns dazu zu äussern.

**D. Berger (Grüne/AL):** Wir begrüßen die Änderungen, die gemacht worden sind. Bei der letzten Besprechung sind wir dagegen gewesen, jetzt ist diese Vorlage besser geworden. Aber schlussendlich bleibt aus unserer Sicht das Grundproblem bestehen, das ist die kritische Haltung gegenüber der Standortförderung. Der Standortwettbewerb, der Steuerwettbewerb, den wir generell kritisieren. Wenn man die beiden Einheiten zusammenlegt, wird die

ganze Kontrolle schwieriger. Es macht wohl keinen Sinn, das an Details auszuführen. Schlussendlich: Wir bleiben bei unserem Nein, nicht mehr mit so viel Wert, die Vorlage hat sich verbessert. Schlussendlich höre ich immer noch auf meinen Bauch und dieser hat immer noch ein schlechtes Gefühl dabei. In den letzten 10 Jahren bin ich nicht so schlecht damit gefahren.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Bedankt sich bei R. Hauser für die Vorstellung der Vorlage und auch der Änderungen, die man eingebracht hat, und ich danke auch den verschiedenen Redner für die grundsätzlich wohlwollende Aufnahme des Geschäftes. Wir freuen uns, wenn das so durchkommt, wie es den Anschein macht nach diesen Diskussionen. Auch die sieben Personen von Standortförderung und Winterthur Tourismus freuen sich, die im Publikum voller Erwartung auf den Beschluss des Grossen Gemeinderates. Sie haben sehr viel und schon sehr lange daran gearbeitet und freuen sich darauf, das anzupacken. Beim integrierten Standortmarketing geht es wirklich um eine Chance für die Stadt, für die ganze Region, dass wir das grosse Potential, das wir haben, nutzen können, dass man am gleichen Strick ziehen kann mit zwei bisherigen Organisationen. Dass man es doch geschafft hat mit diesem Gebäude, auch mit dieser Trägerschaft von Stadt, Gemeinden und Wirtschaft, den Kanton zu überzeugen, den Kanton, der nun bereit ist, Mittel fliessen zu lassen (das hatte man bisher nicht) - zumindest das ist bereits ein Erfolg vom ganzen Projekt, dass wir da vom Kanton Zürich finanzielle Unterstützung erhalten. Sonst hat man als Stadt keinen Rappen mehr ausgegeben, auch beim neuen Projekt nicht, wir legen die Mittel zusammen, die wir bisher bei der Standortförderung und Winterthur Tourismus hatten. So kanalisiert wird das eine bessere Wirkung geben. Erfolg hat viele Väter und Mütter, das ist mir heute Abend ziemlich egal, die Hauptsache ist, dass das Parlament das Projekt auf den Weg schickt, den Stadtrat mit diesem Antrag unterstützt. Zu den Diskussionen um Wachstum und den Bedenken, die noch offen sind bei der SP oder bei den Grünen, kann ich einfach sagen: Es geht nicht um Wachstum per se in dieser Stadt. Ihr wisst, dass der Stadtrat, gerade was Wohnungswachstum betrifft, der Meinung ist, dass das nicht allzu schnell gehen darf, dass die Bevölkerung mitgenommen werden muss – es geht um Wachstum von Arbeitsplätzen und um das Wachstum von Gästen. Gästen, die unsere Kulturinstitutionen besuchen, die unsere Gastronomie und Hotellerie benutzen. Das sind die wesentlichen Treiber, die unsere Arbeit ausmachen. Ich könnte noch viel sagen zu einigen Voten, aber ich möchte nicht in der Geschichte herumstochern, sondern ich möchte nach vorne schauen und danke jetzt schon dem Parlament, dass es uns dieses Vertrauen gibt. Wir werden alles daran setzen, um dieses Vertrauen auch aufzuzeigen, wenn man dann hier drin wieder über eine Verlängerung diskutiert.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Besten Dank. Der Vorschlag ist, dass man über alle drei Ziffern gemeinsam abstimmt. Hat irgendjemand etwas dagegen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich bitte die Stimmzähler zur Auszählung zuhanden der Volksabstimmung. Wer der Vorlage für die befristete Leistungsvereinbarung zustimmen will, möchte das bitte jetzt durch Handerheben bezeugen.

**Damit haben Sie mit 45:11 Stimmen dieser Vorlage zugestimmt.**

### **3. Traktandum**

**GGR-Nr. 2016.114: Kommunale Nutzungsplanung:**

- Festsetzung der Umzonung / Flächenarrondierung Kälin-Areal und Anpassung des Ergänzungsplans Empfindlichkeitsstufen nach LSV;
- Zustimmung zum Privaten Gestaltungsplan «Areal Kälin & Co.» (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)

---

**Ch. Meier (SP):** Ich freue mich, Ihnen das Geschäft 2016.114, den Privaten Gestaltungsplan Kälin-Areal, vorstellen zu dürfen. Das Kälin-Areal befindet sich beim Bahnhof Oberwinterthur, vis-à-vis dem Bahnhofgebäude. Soviel zur Position. Die Weisung besteht aus zwei Teilen.

Der erste Teil der Weisung ist noch nicht der Gestaltungsplan, sondern da geht es um eine Flächenarrondierung. Das Kälin-Areal ist zum grössten Teil in einer W4G-Zone, aber oben ist ein Spickel des Areals in einer I1-Zone. Das ist für die Überbauung dieses Areals nicht sehr günstig. Die Weisung sieht deshalb vor, dass man da eine Flächenarrondierung macht: Im gleichen Umfang wie die Industriezone dort WG4-Zone werden soll, wird ein Teil der WG4-Zone der Industriezone angerechnet. Es wäre flächenidentisch und macht die Überbauung des Areals eher möglich. Das ist der erste Antrag dieser Weisung.

Der zweite Teil der Weisung ist grösser, das ist der Gestaltungsplan. Es ist ein privater Gestaltungsplan. Ganz kurz, was überhaupt für einen Gestaltungsplan spricht in diesem Kälin-Areal: Einerseits ermöglicht es eine Überbauung, mit der ein lebendiges und vielfältiges Quartier gebaut werden kann, keine anonyme Siedlung. Es wird mit dem Gestaltungsplan nicht mehr Ausnützung möglich sein, als in dieser Zone ohnehin möglich wäre mit dem Arealbonus. Es ist vorgesehen, einen Mindestanteil für Gewerbe festzulegen, es soll aber eine Durchmischung von Wohnen und Arbeit geben. Es hat zwei Gebäude, die erhalten bleiben und auch eine gewisse Identität gewährleisten sollen. Einerseits ist das die Z-Halle, die später für eine öffentliche Nutzung bereitsteht, andererseits das Hobelwerk, wo ein 100%iger Gewerbeanteil vorgesehen ist. Standard sind Minergie-P oder vergleichbare Label und ein Mobilitätskonzept ist vorgesehen. Kernelemente des Gestaltungsplanes sind die Baufelder A – G. Auf den Baufeldern A, B und D soll max. 5geschossig gebaut werden (max. 17 m Höhe). Auf Baufeld C soll ein 8stöckiges Gebäude möglich sein (max. 25 m Höhe). Auf Baufeld E ist ein 9stöckiges Gebäude vorgesehen (max. 30 m Höhe). Das ist gerade noch so, dass es noch kein Hochhaus ist, sondern ein höheres Gebäude. Die Baufelder F und G in der Mitte sollen erhalten werden, wie sie im Moment sind.

Was ist bisher passiert: Es gab eine Testplanung im Jahr 2014. Dort war die Stadt beteiligt mit dem Amt für Städtebau. Anschliessend an diese Testplanung wurde der Gestaltungsplan ausgearbeitet. Es gab Einwendungen im Rahmen der öffentlichen Auflage. Sie kommt später auf ein Thema, das bei diesen Einwendungen immer wieder aufgebracht wurde, das ist die Höhe dieses Hauses. Der Kanton beurteilte diesen Gestaltungsplan als zweckmässig und zielführend. Es fanden im Sommer 2016 Gespräche statt mit den Personen, die Einwendungen gemacht hatten. Danach wurde der Gestaltungsplan in einzelnen Punkten nochmals überarbeitet. Das Hochhaus, bzw. das höhere Gebäude, wie man konkret sagen muss, gab zu Diskussionen Anlass. Deshalb einige Argumente, was aus Sicht der EinwenderInnen gegen dieses Gebäude spricht: Der Gewinn aus städtebaulicher Sicht wird in Frage gestellt; der Massstabssprung wird kritisiert (der Höhenunterschied von diesem höheren Gebäude zu den angrenzenden Liegenschaften ausserhalb des Kälin-Areal ist relativ gross); ein besserer Standort hinten entlang der Geleise und nicht vorne gegen das Quartier wäre besser; und es kam immer wieder eine allgemeine Unzufriedenheit gegen Kälin zum Vorschein, weil die Nachbarschaft ihrer Meinung nach zu wenig miteinbezogen wurde in diesen ganzen Prozess. Auf der anderen Seite, was spricht für das höhere Gebäude: Es ist kein Hochhaus im eigentlichen Sinne (wie das Sulzer-Hochhaus oder das Hochhaus im Werk 1 von weitem sichtbar), hat also keine Fernwirkung; es gibt einen grösseren Grenzabstand zu den benachbarten Liegenschaften, wenn man eher höher baut, weil man das Volumen anders verteilen kann; es gibt die Möglichkeit, attraktive Wohnungen zu machen; neu ist vorgesehen, dass im Erdgeschoss öffentliche Nutzung vorgesehen sein soll; der Schattenwurf ist besser als bei einem Riegel (weniger hohes aber dafür breiteres Haus); es gibt einen klar ersichtlichen Abschluss gegenüber dem angrenzenden Gebiet; und die Qualität dieses Hochhauses ist insofern gesichert, dass es ein obligatorisches Konkurrenzverfahren geben wird.

Ich zeige Ansichten aus zwei Perspektiven zum Vergleich. Wenn man ein 6stöckiges Gebäude mit dem gleichen Volumen machen würde, wäre das ein eher breiterer Klotz. Mit einem Hochhaus bzw. einem höheren Haus von 30 m ist das sehr viel schlanker. Es gab verschiedene Modelle, bei denen man Alternativen zu diesem höheren Haus getestet hat. Bei einem längeren Riegel z.B. würde der Grenzabstand deutlich kleiner, auch bei anderen Varianten würde dafür der Grenzabstand kleiner. Zur Veranschaulichung auch noch Bilder vom Schattenwurf, der mit dem Hochhaus eindeutig kleiner ist und v.a. die benachbarten Gebäude weniger betroffen wären als bei einem Riegel.

Ein Punkt ist noch der Mindestanteil von Gewerbe in den verschiedenen Baufeldern. Im Bau-feld A ist ein Mindestanteil von 10% vorgesehen, bei den Baufeldern B, C und D wäre ein Mindestanteil von 5% vorgesehen (da komme ich nachher nochmals darauf zurück), beim Bau-feld G sind 100% Gewerbeanteil vorgesehen und auf Bau-feld E, das ist eben das höhere Haus, soll ebenfalls Gewerbe möglich sein.

Die BBK hat in zwei Lesungen das Geschäft behandelt. Die Beilage Bestimmungen des pri- vaten Gestaltungsplans wurde von der Eigentümerschaft in der Zwischenzeit noch geändert und am 18. Januar 2017 von der Eigentümerschaft unterschrieben. Die drei Änderungen sind gute und sinnvolle Konkretisierungen, welche aber für die gesamte Vorlage von untergeord- neter Bedeutung sind. Die BBK hat dem Gestaltungsplan mit den neuen Bestimmungen 7 zu 2 zugestimmt (ich komme nachher noch auf die Bestimmungen zu sprechen). Der Stadtrat hat ebenfalls zugestimmt.

Somit kann der Grosse Gemeinderat heute über den Antrag inklusive der neuen Bestimmun- gen befinden. Es geht hier um eine Zustimmung und nicht um eine Genehmigung, da es sich um einen privaten Gestaltungsplan handelt. Sollte der Grosse Gemeinderat zustimmen, bleibt letztlich noch die Genehmigung durch die Baudirektion vorbehalten.

Ich komme zu den drei Änderungen, die am 18. Januar noch offiziell erfolgten:

Bestimmungen zum Gestaltungsplan, Art. 3, Ergänzung Abs. 2: Pro Bau-feld dürfen bis zu 3% der zulässigen aGF total für ein anderes Bau-feld freigegeben werden. Transferierte aGF dür- fen kumuliert und der aGF total pro Bau-feld zugerechnet werden, dies im Umfang von maxi- mal 5% der zulässigen aGF total pro Bau-feld.

Die zweite Änderung betrifft das Bau-feld E, das ist das höhere Haus. Bei Art. 10, Abs. 1 stand zuerst der Satz drin, dass dieses höhere Haus ausschliesslich dem Wohnen dient. Dieser Satz soll gestrichen werden, d.h. es ist dort eine Veränderung, z.B. öffentliche Nutzung, mög- lich.

Die dritte Änderung betrifft die Bau-felder B, C und D. Das sind die Bau-felder, die vorwiegend Wohnanteil haben werden. Dort kommt neu bei allen dazu, dass ein Mindestanteil der aGF für Gewerbe genutzt werden soll, bei allen drei Bau-feldern ein Mindestanteil von 5%.

Das wäre meine Erläuterung als Referentin.

Noch kurz die Haltung der SP zu diesem Gestaltungsplan. Wir werden dem Gestaltungsplan in dieser Form zustimmen. Es ist zwar so, dass wir als SP sonst bei Gestaltungsplänen sehr Wert darauf legen, dass auch ein Mindestanteil für genossenschaftliches Wohnen vorgese- hen ist. In diesem Fall haben wir aber einen Gestaltungsplan, der sehr ausgewogen ist, der ein sehr lebendiges, ein vielfältig nutzbares Quartier ermöglichen wird. Wir freuen uns auf diese Entwicklung im Kälin-Areal und empfehlen, den Gestaltungsplan in dieser Form anzu- nehmen.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu, sowohl der Umzonung als auch dem Gestaltungsplan. Die Hauptsache des Geschäftes ist ja der Gestaltungsplan, der Private Gestaltungsplan, der ja wie die Referentin gesagt hat nur gesamthaft angenommen oder ab- gelehnt werden kann, und deshalb auch keine direkten inhaltlichen Änderungen durch uns, durch den Gemeinderat, vorgenommen werden können. Der Gestaltungsplan basiert auf fun- dierten planerischen Vorlagen der Grundeigentümerin in Zusammenarbeit mit der Stadt und ermöglicht aus unserer Sicht eine gute Überbauung an einer sehr zentralen Lage in Oberwin- terthur. Eine Überbauung, die gegliedert ist in Bau-felder, eine Überbauung mit einer gewissen Flexibilität hinsichtlich der konkreten Nutzung. Wir haben vorher gehört, dass es die Möglic- keit gibt von einem beschränkten Nutzungsübertrag von Bau-feld zu Bau-feld. Eine Überbau- ung mit einem vernünftigen Mix zwischen Wohnanteil, Gewerbeanteil und publikumsorientier- ter Nutzung. Das muss man auch sehen, im Hinblick darauf, dass die Regelbauweise eigent- lich auch zulässt, dass man da ausschliesslich Wohnnutzung realisieren könnte. Schliesslich eine Überbauung mit keiner zusätzlichen Ausnutzung im Vergleich zur Regelbauweise unter Berücksichtigung vom Arealüberbauungsbonus und Gewerbezuschlag. Wir haben in der Kommission die Punkte diskutiert, die Kommissionsreferentin hat diese hier erwähnt, und man konnte diese dann auch bereinigen, teilweise auch mit Einfluss auf diesen Gestaltungs- plan, der in den letzten Tagen noch angepasst wurde. Summa summarum, wir denken, das ist ein gutes Geschäft und werden diesem zustimmen.

**P. Rüttsche (SVP):** Die SVP-Fraktion hat zu diesem Geschäft eine Stimmfreigabe beschlossen. Die eine Seite der SVP-Fraktion findet den Gestaltungsplan sehr gut und sie werden ihm auch zustimmen. Dann gibt es noch eine andere Seite, die ich ganz kurz erläutern werde. Es geht um das Thema Hochhaus. Diejenigen, die dagegen stimmen, sind nicht sehr zufrieden, weil man die Nachbarn zu wenig einbezogen hat und man das Hochhaus gut an einen anderen Ort hinstellen hätte können. Das sind die zwei Einwände, die wir haben. Wir danken der Stadt für die Arbeit.

**M. Nater (GLP/PP):** Der Gestaltungsplan auf dem Kälin-Areal ist ziemlich sicher auch mit den neuesten Informationen formell richtig. Aus meiner Sicht ist er auch werterhaltend in der Architekturgestaltung. Auch die technischen Abklärungen bezüglich Schattenwurf und Lärmemissionen sind sauber dargelegt. Positiv sind auch 472 Veloparkplätze, die dort neu eingebettet werden können. Es ist ein Privater Gestaltungsplan und die Stadt hat aus unserer Sicht den Auftrag, Einfluss zu nehmen, dass der motorisierte individuelle Verkehr reduziert wird und die Anzahl Arbeitsplätze in der Stadt Winterthur ansteigt. Wie sieht das bei diesem Gestaltungsplan aus bei den Parkplätzen? Das Areal liegt, wie man auf den Plänen gut gesehen hat, direkt beim Bahnhof Oberwinterthur. Trotzdem ist das Areal in die Verkehrsgüterklasse B eingestuft worden und im Gestaltungsplan sind max. 0.6 Parkplätze pro Wohnung vorgegeben. Winterthur hat ein sehr gutes Excel-Tool, in das man einfach die entsprechenden Werte eingeben kann. In der Güteklasse B hätte man eine Nutzung von 0.55 – 0.68 Parkplätzen, die dort möglich wären, dann wären die 0.6 Parkplätze ideal. Nur, das Objekt ist genau neben dem Bahnhof Oberwinterthur und das wäre normalerweise eigentlich Güteklasse A. Dann wären nur 0.4 Parkplätze möglich. Wie man es geschafft hat, dass ein Objekt direkt neben dem Bahnhof Oberwinterthur nicht Güteklasse A ist, ist sicher eine Leistung, für die ich fast ein wenig Bewunderung zeigen muss. Ein Gebäude, das gewerblich genutzt wird, darf 1/5 mehr Grundvolumen haben. Nach den neuesten Informationen wissen wir, dass man 21% Volumen in das Gewerbe gesteckt hat. Die 21% Volumen heisst aber nur 12-15% bezüglich m<sup>2</sup>. Wie die Stadt Winterthur ihr Ziel erreichen will, das vom Stadtpräsidenten auch schon erwähnt wurde, 10'000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, während die Gewerbezone tief gehalten wird, das muss mir noch jemand beantworten. Wir von der Fraktion haben die Erwartung, dass sich die Stadt in Zukunft noch stärker einbringt und nicht nur die formale Richtigkeit im Gestaltungsplan prüft, damit man zum Ziel weniger Verkehr und mehr Arbeitsplätze für die Stadt Winterthur kommt. Es soll nicht nur eine politische Verwaltung sein, sondern eine politische Gestaltung sollte gesichert sein. Fazit: Wir von der Fraktion werden dem Gestaltungsplan trotzdem zustimmen, da ein privater Bauherr nicht zuständig ist, von sich aus Verschärfungen für mehr Arbeitsplätze und weniger Privatverkehr in der Stadt Winterthur einzubringen.

**M. Bänninger (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion stimmt dem Privaten Gestaltungsplan Kälin-Areal zu. Wir begrüssen es, dass in diesem Gebiet Wohnräume und Gewerbezone gefördert wird, das Gebiet aufgewertet und belebt wird. Die gute verkehrstechnische Anbindung an den Bahnhof Oberwinterthur unterstreicht die Wichtigkeit der Erstellung von genügend Veloabstellplätzen, was gegeben ist. Wichtig ist uns, dass die im kantonalen Richtplan vorgesehene Route für den Langsamverkehr auch nach der Erstellung des Areals als Möglichkeit besteht.

**R. Diener (Grüne/AL):** Auch die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Gestaltungsplan, wie er vorliegt, zu. Es ist nicht ganz so, dass es gleich unmittelbar neben dem Bahnhof Oberwinterthur ist, es hat ein paar hundert Meter Luftlinie und das führt dazu, dass es leider nicht in der A-Kategorie ist, die ich auch gerne hätte. Ich bin einverstanden mit der Äusserung von M. Nater, es ist so, dass wir da ein bisschen über dem Minimum sind von den Parkierungen her. Grundsätzlich positiv an diesem Plan ist aber, dass man nicht über das Grundvolumen hinausgeht, das man auf diesem Areal heute schon bauen dürfte. Es ist auch richtig gesagt worden, das unterstützen wir auch, dass man die höhere Bauweise nutzen kann. Weil man relativ zentral gelegen ist, macht das in diesem Areal Sinn, denn damit kann man Freiräume

schaffen, die mehr Platz geben für Freizeitnutzungen, für die Bevölkerung und auch die Durchwegung besser stattfinden kann. Die stärkere Ausnutzung in die Höhe ermöglicht die Verbesserungen für die Bevölkerung einerseits, andererseits ermöglicht sie auch, einen Raum zu schaffen, in dem man sich begegnen kann – das scheint uns extrem wichtig zu sein. Ich bin doch erstaunt, dass die GLP den Gestaltungsplan annimmt, das tönte in der Kommission noch anders, aber es ist ja gut, dass man auf diese Art nun zu einem gemeinsamen Konsens kommt. Mit Hilfe dieser Festlegungen kann nun auch erreicht werden, dass insgesamt doch eine sehr minimale Anzahl von Parkplätzen geschaffen wird und dass Velos den grösseren Anteil ausmachen sollen von der Erschliessung. Dass man da nicht so weit hinunter gegangen ist wie beim Pappelweg, habe ich auch etwas vermisst, aber deswegen den Gestaltungsplan insgesamt abzulehnen, wäre sicher auch nicht adäquat, denn grundsätzlich bietet er sonst eine gute Durchmischung und einen gewissen Schutz der bestehenden Infrastruktur, die man dort schon hat. Die alten Gebäude, die wertvoll sind, können wir auf diese Art sichern.

**Stadtrat J. Lisibach:** Ich danke Christa Meier für die solide Zusammenfassung des komplexen Planungsgeschäftes. Der BBK danke ich für die effiziente Behandlung, die sachliche Diskussion und die letztlich klare Zustimmung.

Zu Ziffer 1 des Antrages, der Umzonung muss ich nicht viel sagen, das wurde bereits erwähnt. Es ist eine Arrondierung, also ein flächengleicher Abtausch zwischen Industriezone und Wohnzone. Zum privaten Gestaltungsplan: Notwendig wird der private Gestaltungsplan, wie von der Referentin ausgeführt, nur wegen des höheren Gebäudes mit einer maximalen Höhe von 30 Metern sowie eines zusätzlichen Geschosses bei einem weiteren Gebäude. Dieses höhere Gebäude ist aber gewollt, weil es ein städtebaulicher Gewinn ist. Mit dem höheren Gebäude wird mehr Fläche frei, als mit einem massiven 21 Meter hohen Riegelbau. Mich überzeugt diese Argumentation.

Die Referentin hat gesagt, dass die Eigentümerschaft die Bestimmungen noch geändert hat und die BBK diesen Bestimmungen zugestimmt hat. Gerne gebe ich zuhanden des Protokolls bekannt, dass auch der Stadtrat den neuen Bestimmungen zugestimmt hat.

Ich danke R. Diener und M. Nater für das Verteidigen von Parkplätzen. Das sind die Parkplätze, die die heutige Dienstanweisung zulässt. Das hat man in der BBK besprochen und Ihr habt es nachträglich noch erhalten.

Mit diesem privaten Gestaltungsplan kann in nächster Zeit beim Bahnhof Oberwinterthur ein attraktives Kleinquartier für Wohnen und Arbeiten an einem hervorragenden Ort realisiert werden. Ich bitte Sie, diese für Winterthur und das betroffene Quartier sinnvolle städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Stimmen Sie dem privaten Gestaltungsplan zu. Dafür danke ich Ihnen.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Auch da mein Vorschlag, dass wir über alle 3 Ziffern gemeinsam.

**Dem Privaten Gestaltungsplan wird grossmehrheitlich zugestimmt.**

## 4. Traktandum

### **GGR-Nr. 2016.090: Begründung des Postulats A. Steiner (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. Gebührenreduktion dank Effizienzsteigerung**

---

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Für die Begründung des Postulats betreffend Gebührenreduktion dank Effizienzsteigerung bittet sie die Erstunterzeichnerin A. Steiner. Dazu gibt es einen Ablehnungsantrag.

**A. Steiner (GLP/PP):** Man kann dem Postulat bereits entnehmen, um was es gehen soll. In den vergangenen Jahren wurden immer mehr Posten aus dem allgemeinen Steuerhaushalt in den gebührenfinanzierten Bereich überwältzt worden. Damit nimmt die Belastung der Bevölkerung, von den Bürgern und Bürgerinnen, nicht wirklich ab. Auch die KMU-Betriebe müs-

sen in dem Sinne tiefer in die Tasche greifen, einfach nicht über die Steuerabgaben, sondern über die Gebühren. In der Spardebatte ist der Fokus selbstredend immer wieder auf dem steuerfinanzierten Bereich, weil der negative Haushalt vermieden werden wollte. Damit Winterthur attraktiv ist, müssen aber zwingend auch die gebührenfinanzierten Bereiche effizient sein. Entsprechend fordern wir den Stadtrat auf, systematisch Einsparpotential bei den Gebühren zu erfassen und in Form von Projekten sowie Einzelmassnahmen einen Umsetzungsplan zu erstellen. Das Ziel soll sein, die Effizienz im Durchschnitt ca. 10% zu steigern. Die Auswahl an Massnahmen ist vielseitig: Wo können Prozesse optimiert oder standardisiert werden, wo können organisatorische Komplexität oder unnötige Hierarchieebenen und Schnittstellen herausgenommen werden, wo können durch Synergien, z.B. in der IT oder Beschaffung, Kosten eingespart werden usw. Wir danken für die Unterstützung dieses Postulats.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Wir kommen zum Ablehnungsantrag, R. Kappeler bitte.

**R. Kappeler (SP):** Die SP hat grundsätzlich gar nichts gegen tiefere Gebühren. Wir haben z.B. letzte Woche auch protestiert, dass Quartiervereine und Restaurants, Benutzer von öffentlichem Grund, noch höhere Gebühren zahlen sollen und damit belastet werden. Wir haben eigentlich auch nichts gegen das Ziel des Postulats – trotzdem stellen sie den Ablehnungsantrag. Das Postulat geht nämlich, insbesondere wenn man dann die Begründung liest, von zwei Prämissen aus, es suggeriert zwei Tatsachen, bei denen wir uns ziemlich vehement dagegen aussprechen. Es suggeriert erstens, die Gebühren seien generell hoch und zwar über den Selbstkosten (v.a. im ersten Teil der Begründung). Das ist, wenn man unsere Rechnungen und Budgets anschaut, wirklich pauschal überhaupt nicht so. Ich habe im Budgetbuch 2015 Kostendeckungsgrade von einzelnen Produktgruppen durchgesehen, im Wissen darum, dass nicht ganz präzise nur die Gebühren drin sind, aber einfach um ein paar Beispiele zu zeigen. Das beginnt im tiefsten Bereich, z.B. bei Kultur/Bibliotheken 10-11% Kostendeckungsgrad, dann Stadtverwaltung/Einwohnerkontrolle 58% oder Sportanlagen/Geiselweid, Eishalle ca. 30-34%. Das steigt dann, z.B. bei Parkhäusern und Parkgaragen auf 157% oder sogar 181%. Ob dann das die politische Absicht der GLP ist, das zu verbilligen, weiss ich nicht. Es zeigt einfach, dass da wahrscheinlich ein pauschaler Ansatz der falsche Weg ist. Die zweite Prämisse ist, gegen diese wehren wir uns fast noch stärker, dass unerschwinglich der Stadtverwaltung vorgeworfen wird, sie arbeite ineffizient. Wir haben gar nichts gegen Effizienzsteigerungen, wir sind sogar für gezielte Effizienzsteigerungen, aber die Konsequenz, die die GLP daraus zieht in ihrem Postulat, dass der Stadtrat ein Konzept vorlegen sollte, wie man flächendeckend, generell, pauschal und rasenmäherhaft 10% Effizienz steigern und Gebühren senken könne, ist nicht zielführend. Sie erinnert eher an den sozialistischen Fünfjahresplan, beschäftigt den Stadtrat wieder mit Konzeptarbeit statt gezielt den einzelnen Abteilungen in der Verwaltungshierarchie den Auftrag zu geben, da doch nach Möglichkeiten zu suchen. Das heisst: Ziel ja, Weg falsch. Ich glaube, die Tatsache, dass nur gerade GLP-Mitglieder das unterzeichnet haben, liegt v.a. daran, dass die Konzeptarbeit nicht der richtige Weg ist. Deshalb Nein zu diesem Postulat.

**M. Bänninger (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion ist gegen eine Überweisung des Postulats. Wenn man die Erfolgsrechnung betrachtet: Auf der Einnahmenseite weniger eingenommen und die Rechnung soll neutral sein, heisst das nichts anderes, als dass Aufwände reduziert werden sollen. Die GLP ist sich sicher bewusst, dass die grössten Ausgaben die Personalkosten sind. Ich frage mich deshalb, weshalb die GLP nicht gleich fordert, dass Personal abgebaut werden soll. Wir sind der Ansicht, dass die letzten Sparrunden bereits zu Einsparungen beim städtischen Personal geführt haben und wenn weiter in diese Richtung gespart wird, leidet schlussendlich auch die Qualität der städtischen Dienstleistungen. Auch Effizienzsteigerung durch Technologisierung ist nicht immer und überall möglich und trägt sicher nicht per se zu einer attraktiveren Stadt bei.

**F. Albanese (SVP):** Gebühren müssen nach dem Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip erlassen werden. Sollten die Postulate aus der Reihe der GLP/PP sich jemals gegen nach-

gewiesene Verletzungen dieser beiden Prinzipien richten, wird die SVP-Fraktion als Erste die Hand bieten und sie dabei unterstützen. Auch dem immer wieder gern vorgebrachten und fast schon inflationär verwendeten Allerweltsmittel Effizienzsteigerung sind wir grundsätzlich nicht abgeneigt. Aber das vorliegende, etwas selber gestrickt anmutende Postulat hantiert mit kaum praktikablen und schwer quantifizierbaren Richtgrössen. Deswegen wird eine Überweisung dieses Postulats zu nichts anderem als einem ziemlich zahnlosen Papiertiger führen. Vor dem Hintergrund, dass sich die GLP unlängst für die unnötige Steuererhöhung massgeblich mitverantwortlich gezeichnet hat und auch bei der letzten Budgetdebatte für eine entsprechende Beibehaltung gestimmt hat, hinterlässt das unbeholfene Postulätchen den unangenehmen Beigeschmack einer reinen Alibiübung. Wir sprechen uns deshalb gegen eine Überweisung dieses Postulats aus.

**St. Feer (FDP):** Wir unterstützen den Ablehnungsantrag ebenfalls. Eigentlich müsste man vom Titel «Gebührenreduktion dank Effizienzsteigerung» als Vertreter vom liberalen Original denken «Hoppla, da kommt jemand auf den richtigen Weg!». Wenn man aber den Text liest, dann ist der doch sehr unsorgfältig formuliert und dann ist man auch froh, dass er ziemlich kurz gehalten ist. Was ist eine budgetneutrale Gebührenreduktion? Ich konnte das leider nicht herausfinden und wie man auf den Wert von 10% kommt, sehe ich leider auch nicht. Ist das ein Pauschalwert, den man einfach in die Welt setzt? In der Begründung hätte ich massiv mehr erwartet zu diesen Themen (was ist mit den 10%, woher kommen diese 10% etc.). Wenn man schon die Anspruchsgruppe Private Haushaltungen und Unternehmen wirklich weiterbringen möchte, dann müsste man so ein Postulat zirkulieren lassen und damit weibel. Damit käme man vielleicht auch auf eine griffigere Formulierung, bei der sogar weitere Fraktionen unterschreiben würden. Das hat nicht stattgefunden – weshalb nicht, das muss die GLP selber wissen. Wenn man wirklich etwas hätte bewirken wollen für diese beiden Zielgruppen, wäre man politisch anders vorgegangen. Die Kehrtwende ist schon erstaunlich. Wenn man im September 2014 die Abstimmung über die Änderung der Baubewilligungsgebühren anschaut, kann man auf der GLP-Internetseite die damalige Pressemitteilung anschauen, in der die GLP sagt, wie wunderbar das sei, dass diese halbe Million jetzt den steuerfinanzierten Bereich entlastet und man deshalb die Gebühren entsprechend erhöht. Jetzt kann man sagen, dass man so argumentieren kann, dann sollte man das aber auch in der Konsequenz weiterführen. In dieser Pressemitteilung gibt es noch ein Hintertürchen, in dem steht, dass sich das zwar erhöht, aber man selbstverständlich daran interessiert sei, wann immer möglich Kostensenkung und Optimierung auszuweiten. Dann hätte die GLP in den letzten beiden Budgetdebatten oder auch in einem Vorstoss genau dieses Thema der Baubewilligungsgebühren nochmals aufgreifen und fragen können, wie es auf dem entsprechenden Amt mit der Effizienzsteigerung aussieht. Das hat nicht stattgefunden. Ich weiss nicht, was das für eine Politik sein soll: Das eine Mal unterstützt man die Gebührenerhöhung, dann macht man ein Postulat und preist sich da als Interessensvertreter von privaten Haushalten und Unternehmen – für mich ist das nicht glaubwürdig.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Das Paradebeispiel von Effizienzsteigerung ist ja die Informatik. Natürlich ist Informatik gut, aber es gibt gerade bezüglich Effizienz auch ein paar kritische Punkte zur Informatik. So war z.B. früher das Bundesgericht in der Lage, ein Urteil auf drei Seiten zu schreiben, heute sind es meistens 30 Seiten dank copy paste. Auch die Anforderungen bezüglich Inhalt und Gestaltung irgendwelcher Korrespondenz sind aufgrund der Informatik einfach gestiegen. zusätzliche Angebote bereitgestellt werden. Häufig führen neue Möglichkeiten der Informatik auch dazu, dass die Politik von der Verwaltung verlangt, dass neue, notabene zusätzliche Angebote bereitgestellt werden. Genau die GLP/PP-Fraktion will immer wieder solche neuen EDV-Lösungen für die Bürger und fordert (z.B. M. Wäckerlin immer wieder), dass man von jeglichem Papier befreit werden soll. Ich frage mich, ob das richtig ist, wenn man auf der einen Seite Gebührensenkungen verlangt und auf der anderen Seite immer wieder neue Angebote fordert. Ich frage mich auch, wieso die GLP im Ratsbetrieb immer wieder zusätzliche vertiefte Abklärungen zu irgendwelchen Geschäften verlangt, bevor sie sich entscheiden kann. Ich glaube, das Verhalten ist nicht nur immer effizient. Wir unter-

stützen den Ablehnungsantrag. Wir sind froh, wenn die Gebühren trotz diesen zum Teil zusätzlichen Angeboten nicht erhöht werden müssen.

**M. Wäckerlin (GLP/PP):** Es wurde viel gesagt und zum Teil muss ich mich schon etwas wundern, was gesagt wurde. Besonders erstaunt mich, dass auf Seiten SVP, CVP und FDP sich nicht mehr für Gebührensenkungen einsetzen.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Die CVP hat sich nicht geäußert.

**M. Wäckerlin (GLP/PP):** Das tut mir leid, ich hatte noch den ehemaligen Kollegen im Kopf. Gerade bei St. Feer kam die Haltung «wir haben es nicht erfunden» deutlich hervor. Ausser St. Feer ist wohl jedem klar, was budgetneutral heisst. Das heisst selbstverständlich, dass der Kostendeckungsgrad genau gleich bleibt, dass man die Aufwände reduziert und eben nicht nur die Gebühren senkt und das irgendwo anders belastet. Das hat A. Steiner wirklich sehr sauber formuliert, das möchte er festgehalten haben. Die 10% - ja gut, aber man muss ja ein Ziel vorgeben. Danach würde der Stadtrat ja entsprechende Massnahmen vorschlagen und dann kann man das messen. Wenn der Stadtrat in diese Richtung arbeitet und man die 10% nicht erreicht – dann ist auch niemand böse, solange der gute Wille da ist und der Stadtrat macht, was er kann. Wichtig wäre, dass man auch von den Gebühren spricht und nicht nur den Fokus auf die Steuern legt, wie A. Steiner richtig sagte, sondern dass man auch einmal den Fokus auf die Gebühren legt und auch die Gebühren regelmässig überprüft. Das wäre eine Chance gewesen, um das einmal systematisch anzugehen. Ich sage «gewesen», da es angesichts der Voten unwahrscheinlich ist, dass es durchkommt. Ich hoffe, dass Ihr dafür sonst bei einzelnen Punkten, wenn es um Gebühren geht, genauer hinschaut und entsprechend dort konkretere Vorstösse machen werdet, bei denen bei uns sicher auch die Unterstützung da sein wird.

**A. Steiner (GLP/PP):** Ich habe mir im Vorfeld schon ein bisschen ausgemalt, was für Argumente wohl gefunden werden, um dieses Postulat abzuschliessen. Ich bin allerdings schon etwas überrascht, was da alles für Argumente kommen, insbesondere aus den Reihen, die sonst auch immer sehr dafür sind, dass man Gebühren senken müsste. Wenn man es nicht angeht, dann passiert auch nichts. Wenn man sich keine Ziele setzt, dann passiert auch nichts. Ich bin erstaunt, dass ausgerechnet von der FDP-Seite her Zielvorgaben plötzlich des Teufels sind – die Privatwirtschaft arbeitet nun einmal so. Bei Stadtwerk hat man +/- 10% Gewinn, man hat also sehr hohe Gebühren. Ausgerechnet eine SVP wollte aus diesem Gewinn Geld herausnehmen und in den steuerfinanzierten Bereich hineinnehmen. Dann ist das Fordern von Gebührensenkungen schlicht nur Worthülse. Auch sonst kamen viele Worthülsen – wenn einem die sachlichen Argumente ausgehen, dann kommen die halt. Ch. Griesser sagte, wir würden immer Studien etc. fordern – im Bereich der Soziallasten stützen sich die Grünen sehr gerne auf die von uns geforderte Studie ab. Allzu viel gibt es dem nicht mehr beizufügen. Wir bedauern, dass man bei diesem Postulat nicht mehrheitlich mitmacht, und wir werden ganz sicher am Thema dranbleiben, dass man nicht nur von Gebührenreduktion spricht, sondern auch ganz konkret Massnahmen angeht, Projekte angeht, dass das passiert. Die GLP hat immer wieder darauf hingewiesen, bei allen diesen vielen Informatikprojekten, dass irgendwo dann einmal die Kosten sinken sollten, wenn man so viele Informatikprojekte umsetzt. Auch das passiert nicht. Wenn man die Informatikprojekte macht, sollte man die Reduktionen dann nachher auch wirklich spüren in den Budgets. Das passiert nicht, aber das ist, weil man nicht im Voraus klare Zielvorgaben setzt, wenn man diese Informatikprojekte umsetzt.

**St. Feer (FDP):** Zielvorgaben sind nicht des Teufels, nur wenn man sie nicht näher erläutert, dann sind sie Schall und Rauch. Gerade die, die sich so nah an die Wirtschaft hinbewegen, sollten das eigentlich wissen. Wenn man im verbindlichen Text 10% schreibt, dann sollte man irgendwo in der Begründung noch etwas schreiben, wie man auf die 10% kommt. Deshalb sagte ich, dass es unsorgfältig formuliert sei, aber Ihr habt es letztlich ja auch nicht entsprechend zirkulieren lassen wollen, vielleicht wäre dann mehr dabei herausgekommen. M.

Wäckerlin sagte, macht es doch selber. Ich wollte am Schluss eigentlich noch sagen: Ist zwar gut, aber zurück in die Werkstatt, nochmal. Zum Glück habe ich das nicht gesagt. Überlasst doch das Thema uns, wir machen es besser.

**Stadträtin Y. Beutler:** Vielen Dank für die klare Ablehnung dieses Postulats. Es hätte uns wirklich vor eine Herausforderung gestellt. Nicht weil wir nicht wollen, sondern was überhaupt gemeint ist. Was ist mit Gebühren gemeint? Das Wort «Gebühren» in dem Sinne gibt es nicht. Es gibt die Kostenart 42, das sind die Entgelte. Bei Entgelten ist einfach alles drin (Hallenbadeintritt, Schulgelder, Taxen in den Alterszentren, Erträge aus den Parkhäusern etc.). Das nur, damit man ein bisschen eine Vorstellung hat, wo dann von den notabene 520 Mio. Entgelten 10% (also 52 Mio.) herausgeholt werden müssten. Um eine Grössenordnung zu haben: DKD 11 Mio., DFI 13 Mio., Bau 36 Mio., DSU 26 Mio., DSS 30 Mio., DSO 150 Mio., DTB 256 Mio. Es ist auch nicht klar, ob das Entgelte sind, die eigentlich im steuerfinanzierten Haushalt anfallen, oder sind nur Eigenwirtschaftsbetriebe gemeint? Die Betriebe sind gehalten, einen massvollen Gewinn zu machen, weil das die Spezialfinanzierungen äufnet, die sie brauchen, um wirtschaften zu können. Es gibt Fixkosten wie die Abschreibungen, die völlig unabhängig sind davon, wie effizient ein Unternehmen wirtschaftet – das spielt alles da hinein. Ich bin froh, dass man erkennt, dass das nicht der richtige Weg ist, wenn man zu tieferen Gebühren kommen möchte, auch wenn 10% wenigstens einfacher zu rechnen wäre als 0.6631 (das hat fast eine Traumatisierung ausgelöst). Aber es ist eine Illusion, dass die Eigenwirtschaftsbetriebe nicht auch über die Bücher mussten. Das war eigentlich das Konzept von Balance: Die Sparvorgabe galt für alle Abteilungen, auch für die, die gebührenfinanziert sind. Das war auch der Hintergrund, wieso man fand, dass es vertretbar ist, dass man gewisse Gelder vom eigenwirtschaftlichen Unternehmen in den steuerfinanzierten Bereich umschiebt, da auch sie zu diesen Sparmassnahmen beitragen mussten. In der Summe hätte es aber nicht gereicht, dass der Abfallsack nun 5 Rp. günstiger wird, aber beim steuerfinanzierten Haushalt hätte es einiges ausgemacht. Noch eine Bemerkung zur Informatik: Bei der Informatik fühle ich mich immer ein wenig mitbetroffen. Wir haben die Zahlen gezeigt und müssen uns nicht verstecken wegen den Kosten, man ist sehr weit unten. Dass Informatikprojekte auch zu Gebührensenkungen führen können, sieht man ja z.B. bei den Baubewilligungsgebühren, A. Steiner. Die Baubewilligungsgebühren, bei denen man die Baubewilligung nun online einreichen kann, sind niedriger geworden. Das war eines der Projekte, bei denen man das machen konnte, bei anderen ist das nicht möglich. Ich bin froh, dass Sie gewährleisten, dass unsere Verwaltung effizient weiterarbeiten kann und nicht derartige Konzepte ausarbeiten muss.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Wer dem Ablehnungsantrag zustimmen und somit das Postulat nicht überweisen möchte, soll das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. Vielen Dank.

Wer das Postulat trotzdem überweisen möchte: Besten Dank.

**Ihr habt dem Ablehnungsantrag grossmehrheitlich zugestimmt, das Geschäft wird somit abgelehnt.**

## 5. Traktandum (1. Teil)

**GGR-Nr. 2016.038: Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP/PP), R. Diener (Grüne) und B. Konyo (SP) betr. Massnahmenüberprüfung bezüglich Biodiversität in Winterthur**

---

**A. Steiner (GLP/PP):** Zu der Interpellationsantwort des Stadtrates bezüglich dem Stand der Biodiversitätsförderung in der Stadt Winterthur: Grundsätzlich sind wir von der GLP/PP sehr zufrieden mit der Interpellationsantwort, da man merkt, dass es langsam in die richtige Richtung geht und dass Fortschritte erzielt worden sind. Insbesondere im Bereich der Flächenaufwertungen und Unterhaltsarbeiten merkt man, dass man bemüht ist, Verbesserungen anzubringen. Trotzdem ist es noch ein weiter Weg, bis alle Personen bei Stadtgrün über das Know-how verfügen, das man in der Praxis brauchen würde, damit die Artenförderung in der

Alltagsarbeit einfliessen würde. Es nützt z.B. gar nichts, wenn man das Verkehrsgrün mit schönen Blumen ansät, die man dann zu früh abmäht, so dass sie gar nicht mehr versamen können. Solche Zusammenhänge sind noch nicht überall angekommen. Konflikte gibt es grundsätzlich auch im Bereich der Ansprüche Naherholung und Ökologie. Da wünschten wir uns da und dort ein bisschen mehr Kompromisse zugunsten der Artenvielfalt. Bei den Walcheweiheren hätte man z.B. auch einen Weiher mehr als Ruhezone gestalten können, wo die Tiere bevorzugt würden, oder dasselbe an der Töss mit Orten, die weniger begangen sein sollten, oder im Hegifeld, wo man vielleicht die eine Seite des Baches nicht auch noch mit einem Weg versehen hätte müssen – eine Seite hätte bereits gereicht. Die Auswirkungen der bisherigen Massnahmen auf die Biodiversität sind im Moment noch schwierig zu beurteilen. Es braucht enorm viel Zeit, bis überhaupt etwas zu spüren ist. Der Verlust der Arten versucht man so erst einmal zu bremsen, aber vom Ziel, dass wir wieder mehr Arten haben, ist man noch ziemlich weit entfernt.

Zu den einzelnen Fragen: Die Pflege der Grünflächen wurde bereits verbessert und extensiviert. Das fördert die Artenvielfalt in Bezug auf die Masse, noch nicht in Bezug auf die Anzahl Arten. Es geht im Ganzen nicht nur um die Arten, sondern schlussendlich geht es auch um das Wohlbefinden der Menschen. Je reichhaltiger die Natur ist, desto wohler fühlen sich die Menschen auch, wenn sie sich in diesem Naturraum bewegen.

Zu der Frage 2: Auch bei der Gewässerpflege begrüssen wir die Fortschritte, insbesondere das abschnittsweise Mähen im Uferbereich, damit die Arten die Möglichkeit haben, sich auch über den Winter in Grashalmen zu verpuppen oder dort zu überwintern. Wichtig in diesem Bereich scheint uns, dass das sehr oft an Externe vergeben wird. Dort sehen wir noch Verbesserungspotential, dass man dort auch klare Auflagen macht, wenn man es z.B. einem Bauern als Auftrag gibt - dass auch dort klare fachliche Vorgaben gemacht werden, dass auch dort diese wichtigen Zielsetzungen umgesetzt werden.

Zur Frage 3: Wenn man den Weg rund um Winterthur begeht, dann begegnet man extrem schönen Naturräumen (Blumenwiesen, lichte Wälder, Gewässer usw.) und dort ist jetzt zu hoffen, dass diese Flächen sukzessive qualitativ noch mehr zulegen können, dann kommen wirklich auch seltene Arten wieder zurück nach Winterthur.

Zur Frage 4: Der Flächenanteil der Biodiversitätsflächen steigt tatsächlich, insbesondere sind die Flächen da und dort auch qualitativ besser. Das wird vom Bund auch gross belohnt (dort bekommt man mehr Beiträge als Landwirt). Das muss weiterhin vorangetrieben werden. Auch die Umstellung auf Bio wird zum gegebenen Zeitpunkt von der Stadt geprüft. Das finden wir sehr gut. Es ist uns auch klar, dass es nicht möglich ist, dass jeder Hof sofort auf Bio umgestellt werden kann. Trotzdem meine ich, dass man bei jedem neuen Pachtvertrag die klare Auflage machen könnte. Es gibt Flächen in Winterthur gibt, bei denen es wertvoll wäre, wenn man diese aufwerten würde. Wenn das zufällig in einen solchen Pachtvertrieb fällt, sollte man auch dringendst eine entsprechende Auflage machen. Das passiert z.T. auch, z.B. der eine Hof von Stadtwerk bewirtschaftet wesentlich mehr qualitativ hochstehende Naturflächen, weil er nicht Bio ist. Bei der Verlängerung von Pachtverträgen muss diese Thematik deshalb unbedingt aufgegriffen werden. Man kann auch da und dort Hecken oder Hochstammstandorte fördern mit dieser Überlegung. Es ist ausdrücklich zu begrüssen, dass die Absprache zwischen den Immobilien und Stadtgrün verbessert wurde. Aus rein praktischen Gründen fragen wir uns aber trotzdem, ob es in Zukunft nicht sinnvoller wäre, wenn die Landwirtschaft Stadtgrün zugeordnet wäre und nicht den Immobilien. Das fachliche Know-how und die Berührungen in der täglichen Arbeit wären dort sicher wesentlich grösser. Gerade bei den Vorgaben gegenüber Pachtverträgen könnte Stadtgrün wesentlich besser fachlich mitdiskutieren und Inputs legen. Am Schluss danken wir dem Stadtrat für die punktuell sehr gute Zusammenarbeit mit dem Natur- und Vogelschutzverein. Aus meiner Sicht könnte man das noch ein bisschen institutionalisieren, z.B. mit einem jährlichen Treffen, bei dem Neuerungen ausgetauscht und Verbesserungsvorschläge eingebracht werden können. Manchmal sind es kleine Dinge, die schon sehr viel bewirken können. Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort zustimmend zur Kenntnis und wünscht weiterhin Enthusiasmus, damit die Biodiversität in Winterthur schrittweise verbessert werden kann.

**R. Diener (Grüne/AL):** Auch die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für diese Antwort. Sie zeigt erfreulich, dass sich in den letzten Jahren tatsächlich vieles in die gute Richtung bewegt hat. Für die einheimischen Pflanzen und für die Kleinlebewesen konnte man v.a. im Siedlungsraum die Flächen ausdehnen, die jetzt als Biodiversitätsflächen genutzt werden können und diesen Kleinlebewesen und Pflanzen zugutekommen. So wird oft fast alles Strassengrün heute so bewirtschaftet, mit einer möglichst artenreichen Pflanzen- und Blumenwiese und mit einer kleineren Mähfrequenz. Ebenfalls werden auch Ränder von Schul- und Sportanlagen oder Uferbereiche von Gewässern wenn immer möglich heute so bewirtschaftet und schaffen in diesem Sinne auch eine Vernetzung von diesen vielen kleinen Lebensräumen auch im städtischen Bereich. Was übrigens, das muss man auch sehen, das hat A. Steiner auch schon richtig erwähnt, auch für uns, die wir uns in diesen Räumen aufhalten, einen positiven Effekt auf die Lebensqualität bedeutet, d.h. man fühlt sich eigentlich in diesen Regionen viel wohler, wenn es auch ein bisschen Natur hat rundherum. An den verschiedenen kommunalen Bächen konnten Revitalisierungsprojekte und Aufimpfungsprojekte umgesetzt werden, auch das ist ein sehr positiver Punkt. Denken wir v.a. auch an die Gewässer, wo kantonale Stellen zuständig sind, wie Eulach und Töss. Dort wurden von uns, von der Stadt, Inputs eingebracht und auch dort konnte man sicher etwas bewegen, damit diese Projekte umgesetzt werden konnten. Was auch erwähnt wurde: Die Vernetzungsprojekte in den landwirtschaftlichen Flächen konnten deutlich zulegen. Es konnten verschiedene neue Naturflächen ausgeschrieben werden, das Naturschutzinventar konnte erweitert werden, es hat auch da, wie A. Steiner richtig sagte, insbesondere im Raum um die Stadt herum, an den Waldrändern und am Weg, auf dem man heute um die ganze Stadt gehen kann, ganz viele gute Beispiele, wie solche Räume genutzt werden können. Schade ist, dass es bisher nicht gelungen ist, auch ein bisschen grössere Tierarten wieder in diese Räume anzusiedeln, dazu braucht es wahrscheinlich noch ziemlich viel Geduld und wahrscheinlich auch noch weitere Massnahmen. Dass der Anteil von bewirtschafteten Landwirtschaftsbetrieben Richtung Ökologisierung, Richtung Bio-Landwirtschaft, erhöht werden konnte, ist auch positiv. Immerhin sind wir heute, wenn man die bestehenden geplanten Umstellungen auch schon einberechnet, schon bald bei 50%, das ist immerhin schon ein guter Fortschritt. Das Ziel müsste sicher noch mehr sein, das wurde richtigerweise bereits erwähnt. Wenn ein Pächterwechsel ansteht, sollte man probieren, möglichst Leute zu finden, die zu motivieren sind, die biologische Landwirtschaft auch tatsächlich umzusetzen. Das hilft am Schluss der Natur mindestens ebenso viel wie ein grünes Eckchen, wo man ein bisschen Natur installiert. Die Grünen/AL erwarten und hoffen, dass die Zusammenarbeit, die in den letzten Jahren gut gelaufen ist zwischen den Departementen Technische Betriebe und Finanzen, erfolgreich weitergeführt und vielleicht sogar noch ausgebaut werden kann. Ich möchte zum Schluss an dieser Stelle dem Departementsvorsteher M. Gfeller ganz besonders danken, dass er sich in der letzten Amtszeit jetzt und auch vorher immer wieder für diese Anliegen eingesetzt hat und im Rahmen der Möglichkeiten, die gerade auch finanziell immer enger geworden sind, doch einiges erreicht hat. Das möchte ich explizit an dieser Stelle auch erwähnt haben. Wir möchten ihm für diese Verbesserungen, gerade aus der Sicht der Fraktion, ganz herzlich danken.

**B. Konyo (SP):** A. Steiner und R. Diener haben die wichtigsten Punkte natürlich bereits erwähnt, ich fasse mich etwas kürzer. Die SP-Fraktion bedankt sich für die Interpellationsantwort. Für uns sind zwei Fragen nicht konkret beantwortet worden: Erstens die Frage zu den Vernetzungsprojekten, zweitens die Frage zu den städtischen Landwirtschaftsbetrieben. Die Frage zu den Vernetzungsprojekten, Stand der Umsetzung: Bis Jahr 2011 wurden 3 Projekte (Eidberg/Iberg, Reutlingen/Stadel und Dätttau/Taggenberg) ausgeschrieben und projektiert. Diese 3 Projekte laufen im Moment erfolgreich und die Qualitätsbeiträge vom Kanton sind ausbezahlt. Wir sind natürlich sehr zufrieden. In der Antwort wurde geschrieben: «Bis 2018 sollen die Projektperimeter erweitert werden.» Heute habe ich die Karte vom Kanton ausgedruckt (Datenstand 31.12.2016), was die Vernetzungsprojekte angeht. Die 3 erwähnten Projekte sind grün, der Rest ist allerdings weiss. Das bedeutet natürlich für uns, dass wir mit den Vernetzungsprojekten noch nicht besonders weit sind, wir hätten das Potential, noch mehr zu machen und noch besser zu werden. V.a. die Stadt Winterthur als Gartenstadt könnte sich besser profilieren. Zur Frage über die städtischen Landwirtschaftsbetriebe: Wir frag-

ten, wie viele sind Bio? Der Stadtrat erwähnt, noch 3 weitere Betriebe könnten in mittelfristiger Zukunft ebenfalls für eine Umstellung auf Bio überprüft werden. Welche Betriebe das sind, wird leider nicht gesagt, das hätte ich namentlich natürlich gerne gewusst. Ansonsten nimmt die SP-Fraktion aber die Antwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis.

**H.-R. Hofer (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zurückhaltend positiv zur Kenntnis, versehen mit einem grossen «Ja, aber...». Zu Punkt 1: Die Erarbeitung vom Grünflächenmanagement ist sicher positiv und soll weitergeführt werden. Die Extensivierung und Förderung von ökologischen Massnahmen war ein Antrag von mir in der Budgetdebatte 2015, dem die Mehrheit des Parlamentes zugestimmt hat. Es ist schön zu sehen, dass das erste Früchte trägt. Auch die Umgestaltungsmaßnahmen bei Verkehrsgrünflächen werten wir positiv. Zu Punkt 2 «Unterhaltskonzept bei Fliessgewässern» möchte ich festhalten, dass zumindest aus meiner Sicht die Stadt diese Arbeiten sorgfältiger und ökologischer ausführt als das AWEL selber. Zu Punkt 3: Als Bauer im Gebiet Dätttau/Taggenberg freut mich die Tabelle auf p. 3 schon ein bisschen. Dort ist festgehalten, dass das Ziel bereits 2014 übertroffen wurde, wobei ich eigentlich dachte, dass der Anteil von Biodiversitätsförderflächen noch höher sei. Ich bin aber klar dagegen, dass jetzt einfach das Ziel nach oben angepasst wird. Es ist heute auf vielen Landwirtschaftsbetrieben ein Problem, was mit dem anfallenden Öko-Heu gemacht wird, weil der Futterwert schlecht ist und immer mehr Bauern die Tierhaltung für einen Nebenerwerb aufgeben. Noch ein Beispiel einer Erfahrung, die ich selber gemacht habe: Vor bald 30 Jahren hat die Stadt Winterthur, bzw. das Güteramt, wie es damals noch hiess, die Parzelle Hoh-Wülflingen als Trockenstandort ausgeschieden. Das ist ein Hügel zwischen Neuenburg und Dätttau, richtig steil, fast überhängend. Ich habe damals zusammen mit einem Nachbarn die Parzelle gepachtet und nach Vorschrift bewirtschaftet. Nach ca. 15 Jahren Extensivierung bekam ich Probleme mit der Gesundheit meiner Tiere, wenn ich Heu von dort gefüttert habe. In der Folge stieg ich aus diesem Pachtvertrag aus. Mein Nachbar machte weiter bis vor ca. 4 Jahren. Dann hatte er nur noch Probleme. Seine Rinder frassen nicht mehr richtig, waren lethargisch und hatten Durchfall. Eine Futteranalyse ergab, dass die Konzentration von Giftpflanzen viel zu hoch war. Nachdem mein Nachbar den Pachtvertrag auch kündigte, suchten die Immobilien der Stadt wieder einen Pächter. Der Abteilungsleiter rief mich dann einmal an, weil er einfach niemanden fand. Ich wäre zusammen mit drei Berufskollegen bereit gewesen, die Bewirtschaftung wieder zu übernehmen – unter der Bedingung, dass das Erntegut auf Kosten der Stadt entsorgt werden kann, und wir forderten zusätzlich 6 Rp./m<sup>2</sup> Entschädigung, weil wir keinen direkten Nutzen mehr hätten. Der Verantwortliche bei Stadtgrün winkte ab, das sei viel zu teuer. In Winterthur wurde kein Pächter mehr gefunden, die Geschichte hatte sich herumgesprochen. Aktuell wird diese Parzelle nun von einem Bauer aus Dättlikon bewirtschaftet. Er führt das Heu nach Hause und kompostiert es teilweise. Mit diesem Erlebnisbericht möchte ich aufzeigen, dass die Förderung der Biodiversität ja ein hehrer Grundsatz ist, aber nicht in jedem Fall auch wahnsinnig ökologisch (oder zumindest nicht, was ich unter ökologisch verstehe). An die Informationsveranstaltung zum Vernetzungsprojekt Dätttau/Taggenberg kann ich mich noch gut erinnern. Die nachfolgende Diskussion wurde sehr emotional, fast schon gehässig, geführt – aber nicht wegen dem Projekt selber, sondern weil ein Mitarbeiter von diesem Projekt im Vorfeld (ich versuche es vorsichtig zu formulieren) einen sehr flexiblen Umgang mit der Wahrheit und Tatsachen hatte. Vertrauen ist nun mal eine Grundvoraussetzung für einen Vertragsabschluss.

Zu Punkt 4, Pachtverträgen: Aus meiner Sicht ist es richtig, dass die Stadt als Eigentümerin gewisse Forderungen stellt und auch durchsetzt. Dass der BFF-Anteil bei den städtischen Betrieben bei 17% liegt, nehme ich so zur Kenntnis. Die gesetzliche Vorgabe ist 7% - 17% ist also fast das 2,5-fache. Dieser Anteil muss nicht mehr unbedingt quantitativ, sondern v.a. qualitativ gesteigert werden. Auf meinem Betrieb liegt der Anteil bei 17.09%, ich stehe also ökologisch auch nicht völlig neben den Schuhen.

Zu Punkt 5, Städtische Betriebe zum Landwirtschaftskonzept, möchte ich lieber nichts sagen. Für mich ist aber ganz wichtig, dass bei einer Umstellung auf Bio der Betriebsleiter dazu steht und sich damit identifizieren kann. Bio Ja oder Nein ist eine Lebenseinstellung, ja fast eine Weltanschauung. Biologische Betriebsführung ist sehr anspruchsvoll, sowohl aus fachlicher

Sicht wie auch aus Sicht Arbeitserledigung. Ich kenne Bio-Betriebe, die hervorragend laufen. Aber ich kenne auch Bio-Betriebe, wo man vor lauter Unkraut nicht mehr sieht, was eigentlich die angesäte Kultur ist. Als ich meinen Betrieb übernahm vor ca. 50 Jahren habe ich zusammen mit meinem Schwager einen Bio-Kurs besucht. Das war damals noch überhaupt nicht trendig. Ich kam dann zum Schluss, dass für mich und meinen Betrieb Bio nicht das Richtige ist. Mein Schwager, der in Brütten bauert, hat inzwischen auf Bio umgestellt. Das muss jeder selber wissen und das soll nicht befohlen oder verordnet werden. Wegen all diesen verschiedenen Punkten das «aber» im Ja.

Vielleicht noch kurz zu dem, was A. Steiner angesprochen hat. Die Vorgaben werden v.a. vom Bund gemacht. Die Kontrolle in pflanzenbaulicher Sicht wird von Agrocontrol durchgeführt, bei Tierhaltung durch das Veterinäramt. Und es werden sehr strenge Sanktionen gemacht (finanziell), wenn etwas nicht stimmt. Als Beispiel: Im Moment läuft gegen einen städtischen Pächter, von einem städtischen Betrieb, ein Verfahren. Er soll mit 4'200 Fr. gebüsst werden (Direktzahlungsabzug) und zwar weil der Gang in den Milchviehstall 10 cm zu breit war. Diese Kontrollen werden ohne Voranmeldung gemacht. Bei mir zuhause kam einmal einer einfach in eine Box in der Pferdepension, um sie auszumessen. Als ich ihn sah und fragte, was er da mache, sagte er: «Ich darf, ich bin vom Veterinäramt.» Ich antwortete ihm: «Und was, wenn Dich der Hengst erledigt hätte?» Diese Kontrollen sind sehr streng und ich glaube, mittlerweile ist jeder Bauer im eigenen Interesse voll dahinter, dass er sicher alles korrekt macht – wir werden sehr hart kontrolliert.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Ich unterbreche hier die Sitzung und wünsche allen einen guten Appetit.

## Persönliche Erklärung

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Ich möchte gerne weiterfahren. Bevor wir die Einbürgerungen machen, kommen wir zuerst zur Verabschiedung von Matthias Gfeller. Er hat das Wort gewünscht, ich möchte aber zuerst noch etwas zu ihm selber sagen. Er war Mitglied vom Grossen Gemeinderat vom 2. März 1986 bis am 6. Mai 2003. Er gehörte dort diversen Kommissionen an: Er war Mitglied der Rechnungsprüfungskommission vom Mai 1986 – April 1992. Er war Vizepräsident der parlamentarischen Planungskommission vom Mai 1992 – Juni 2002 und er war Mitglied der Sachkommission Hochbau vom September 2002 – September 2003. Daneben war er auch noch Delegierter von der Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) von 1999 - 2003. Nach dem Austritt aus dem Grossen Gemeinderat trat er in die Funktion des Stadtrates, wo er bis zu seinem jetzigen Rücktritt Mitglied war. Vom 1. Mai 2014 – 1. Mai 2016 war er Vizepräsident des Stadtrates. Matthias, wir wünschen Dir für das weitere berufliche und private Leben alle Gute und ich übergebe Dir jetzt das Wort.

**Stadtrat M. Gfeller:** Ich bedanke mich vielmals für diese Worte. 1986 hätte ich nicht geglaubt, dass ich mehr als 30 Jahre später hier drin und schon gar nicht an diesem Platz sprechen würde. Deshalb bitte ich um Nachsicht, wenn es nicht ganz kurz wird. Ich habe mir vor der Pause vorgenommen, zu der Landwirtschaft und zum Naturschutz kurz zu sprechen (das weiss ich jetzt noch nicht genau, wie lange das werden wird). Ich probiere, die 30 Jahre einigermassen kurz zusammenzufassen. Ich mache keinen politischen Lebenslauf daraus, da müsst Ihr keine Angst haben.

Ich möchte aber trotzdem ganz offen sagen, wie es mir zumute ist. Man spricht davon, dass man mit einem lachenden und einem weinenden Auge geht. Im Berndeutschen spricht man von einem heulenden Auge, das ist noch viel schlimmer. Ich habe mir überlegt, ob ich sagen soll, ich gehe mit zwei heulenden Augen. Ja, vielleicht - aber ich gehe mit einem erleichterten Herzen. Das meine ich durchaus ernst. Wieder etwas weniger ernst: Ob ich auch mit einem klareren Kopf gehe, wage ich nicht zu beurteilen, das überlasse ich dann Euch. Ich habe sehr gerne politisiert, und vielleicht suche ich auch noch nach Wegen, wie ich das weiter machen kann. Das ist nicht ganz einfach, aber ich bin ja von Hause aus Raumplaner. Ich habe mich zwar stark mit der Informationstechnologie und technologischen Grundlagen befasst, das ist dann etwas weniger politisch. Wenn es mir gelingt, mich als Raumplaner, wo man sehr viel

mit der Öffentlichkeit zu tun hat, auch wieder öffentlich zu betätigen (wieder ein Büro zu gründen), dann umso besser. Wenn nicht, dann danke ich der Stadt Winterthur schon jetzt für die Übergangsregelung, die auch nach heutigen Kriterien grosszügig ist. Wenn ich schon beim Dank bin, dann möchte ich Euch allen danken für das politische Klima. In über 30 Jahren hat sich gar nicht so viel geändert am politischen Klima. Parteien haben sich geändert, zum Teil Parteinamen, aber es ist das politische Klima, das mich 1985 bewogen hat (obschon ich in Zürich studiert habe und in Zürich wohnhaft war) wieder nach Winterthur zu ziehen, denn ich wollte hier politisieren in den 80er Jahren und nicht in Zürich. Das ist ein Unterschied, denn in Zürich waren die Fronten derart verhärtet, dass mir das nicht gefiel. Vor allem danken möchte ich mich bei mehreren Kommissionspräsidenten (jetzt bin ich bei meiner Stadtratstätigkeit): Jack Heusser, Walter Langhard und Felix Landolt. Das sind die drei BBK-Präsidenten, die ich erleben durfte. Von drei verschiedenen Parteien, aber ich finde, alle haben ihre Arbeit sehr gut gemacht und hatten immer ein offenes Ohr, sowohl für zeitliche als auch materielle/inhaltliche Anliegen. Ebenfalls möchte ich Daniel Oswald herzlich danken. Er hatte (oder hat sie immer noch) die schwierige Aufgabe, die Kommission zur Verselbständigung von Stadtwerk zu präsidieren, zu leiten. Da geht einem natürlich der Gedanke durch den Kopf, ob das nun alles für die Fühse war. Ich wage heute zu behaupten: Nein. Das sind Erkenntnisse, die wir gemeinsam in dieser Kommission erarbeiten konnten, die durchaus ihre Gültigkeit haben, auch in Zukunft: Man kann das so oder anders machen, aber man wird wahrscheinlich auch bei Stadtwerk nicht einfach beim Status quo bleiben können. Es ist vielleicht etwas speziell im Kanton Zürich. Wetzikon hat eine solche Verselbständigung abgelehnt. Winterthur zwar nicht, aber es ist in Winterthur sehr schwierig. Das liegt eventuell gar nicht an Winterthur, vielleicht liegt es am Kanton, denn fast gleichzeitig hat Wettigen mit ca. 20'000 Einwohnern und einem Parlament mit einer Volksabstimmung sehr gut zugestimmt und Flawil hat mit einer Bürgerversammlung (ca. 10'000 Einwohner) auch zugestimmt. Aber Politik kann man nicht machen ohne Kanton. Das hat mir zwar manchmal nicht gepasst, aber ich habe es schlussendlich auch zur Kenntnis genommen, dass es so nicht geht.

Zur Gebrauchsanweisung: Ihr findet eine Art einen grünen Schlusstrich auf dem Pult. Das ist aber nur mein persönlicher Schlusstrich. Es ist ganz klar, dass die grüne Politik weitergeht. Wie es in der Politik ist: Eine gewisse Ausgewogenheit muss sein (das sage ich mit Blick zu der etwas spärlich vertretenen Presse, aber immerhin – Herr Plüss, herzlich willkommen). Ausgewogenheit muss sein, deshalb gibt es helle und dunkle und wenn es richtig gelaufen ist bei unserer lokal bekannten und berühmten Firma Vollenweider (sonst darf man keine Werbung machen, aber für ein Mal und nach 30 Jahren mache ich Werbung), sollte in der dunklen dunkle Schokolade sein und in der hellen helle Schokolade. Selbstverständlich könnt Ihr auch tauschen. Ich hoffe, Ihr kommt zurecht mit dieser Herausforderung. Das wäre also dieser Schlusstrich. Vielleicht ist es aber auch kein Schlusstrich, sondern eine Stabsübergabe. Das ist noch zu diskutieren und wird sich dann erweisen. Bei einer Stafette ist die Stabsübergabe 1:1. Mit Euch allen und dem Stadtrat wäre es dann ca. 1:80, das ist dann doch etwas viel, vielleicht ist es also doch kein Stab. Ich muss noch für einen weiteren möglichen Irrtum vorsorgen, damit das nicht auftaucht: In manchen Dialekten sagt man diesen Schokoladendingern «Prügeli». Jetzt ist die Frage, ob ich Prügel verteile oder ob ich eventuell der Prügelknabe sei. Das ist eine grosse Frage, die wir jetzt aber einfach mal im Raum stehen lassen. Bei den Medien hat es ein paar «Prügeli» miteinander, da könnte man schon denken, es sei eine Tracht Prügel. Bitte nicht falsch interpretieren, es könnten auch einfach ein paar Stängeli sein, ein paar Schog-gistängeli in einem Glas. Ich lege Wert darauf, dass man das nicht falsch interpretiert.

Damit bin ich schon fast am Schluss. Noch ein letzter Gedanke zur Stabsübergabe. Die eigenartige Situation, die ich jetzt vorfinde, ist ja schon die, dass ich als Stadtrat eigentlich drei Stäbe übergebe, nachdem ich 11 Jahre für das Departement Technische Betriebe gerannt bin. Zwei Stäbe kann ich nicht gleich jetzt übergeben, das kommt dann später: Zum einen diesen Stadtbus (*Spielzeugbus zuhanden Stadtrat St. Fritschi*); dann sieht man vor lauter Prügel oder vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr (*Holzknobelwürfel zuhanden Stadtrat J. Lisibach*). Du, Barbara, hattest am längsten zu tun. Dich bitte ich, es erst später auszupacken. Das im Sinne einer Stabsübergabe quasi von 1:3. Damit wünsche ich dem Stadtrat auch in einer leicht reduzierten Besetzung in den kommenden Monaten alles Gute. Über die

Wahlen sage ich selbstverständlich gar nichts, da mische ich mich nicht ein. Das wäre es gewesen, weiterhin alles Gute. Ich werde auch in Zukunft die Politik in Winterthur mit Interesse verfolgen und wie am Anfang gesagt, als Raumplaner ist man ohnehin zu 50% politisch tätig und da werde ich sicher auch einen Weg finden.

*Das Parlament verabschiedet Stadtrat Gfeller mit einem langen Applaus.*

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Vielen herzlichen Dank. Man fährt weiter mit der Sitzung und behandelt zuerst die Einbürgerungen.

Zurück zum Traktandum, bei dem wir vor der Pause unterbrochen haben.

## 5. Traktandum (2. Teil)

### **GGR-Nr. 2016.038: Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP/PP), R. Diener (Grüne) und B. Konyo (SP) betr. Massnahmenüberprüfung bezüglich Biodiversität in Winterthur**

---

**A. Geering (CVP/EDU):** Nach der persönlichen Erklärung zurückzukommen auf das Traktandum Biodiversität zurückzukommen, ist nicht ganz einfach, es gibt einen Kaltstart.

Im Namen der CVP/EDU-Fraktion möchte ich dem Stadtrat danken für die Interpellationsantwort, die man erhalten hat. Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen: Zum einen die Vernetzungsprojekte, bei denen man gesehen hat, dass die Flächenziele, die der Bund festlegt, übertroffen wurden - man macht mehr, als der Bund als Zielvorgabe macht. Diese Biodiversitätsflächen, bei denen der Anteil der städtischen Landwirtschaftsbetriebe mehr als doppelt so hoch ist, als die Agrarpolitik vorsieht. Wir sind also auf einem guten Weg in diesem Bereich. Man könnte fast sagen, vielleicht könnte man etwas Tempo herausnehmen, es ist gut aufgegleist. Ich möchte noch ein Thema herausgreifen, das sind die Landwirtschaftsbetriebe. Es ist für uns nicht so, dass die städtischen Betriebe, die noch nicht auf Bio umgestellt sind, auf Biegen und Brechen auf Bio umgestellt werden müssten. Es kann auch ein Nicht-Bio-Betrieb gut geführt werden in Bezug auf Biodiversität und auch ein Bio-Betrieb kann in Bezug auf Biodiversität «den Mist führen». Ein Nicht-Bio-Betrieb kann Massnahmen machen wie Hecken, Hochstammkulturen etc. und so einen Beitrag zur Biodiversität leisten. Es ist aber bei der ganzen Frage der Umstellung noch die andere Seite anzuschauen, die des Pächters. R. Diener sagte schon, dass es vielleicht falsch wäre, eine Umstellung zu verlangen, während der Pachtvertrag läuft. Beim Votum der SP war man nicht ganz sicher, ob man wirklich die Geduld hat zu warten, bis die Pacht wechselt, oder ob das allenfalls aus diesen Reihen schneller angestrebt würde. Wie es seitens SVP von H.-R. Hofer gesagt wurde: Der Pächter muss selber ein Herz haben für einen Bio-Betrieb, sonst bringt es nicht viel. Eine Pacht ist von der Seite des Pächters ein Lebensprojekt (oder mindestens ein Erwerbslebensprojekt), diese Seite muss man auch ansehen. Man kann nicht mit dem Holzhammer hingehen und eine Umstellung fordern, sondern man muss die Zeit, für die ein Pächter plant (nicht nur für die Zeit des Pachtvertrages, sondern in aller Regel bis er sein Erwerbsleben als Pächter abschliessen möchte), bedenken. Das wäre uns noch wichtig in dieser Diskussion.

**Stadtrat M. Gfeller:** Jetzt war das letzte Votum noch nicht das letzte... Auch hier ist etwas Herzblut dabei, denn das Thema Landwirtschaft, Naturschutz und das Spannungsfeld dazwischen war mein Dissertationsthema. Ich habe das im Bündner Rheintal gemacht und das Thema interessiert mich auch heute noch sehr. Das Interessante ist auch, dass ich praktisch allen Referenten recht geben kann (auf einige Präzisierungen komme ich noch), denn je nachdem, welchen Bauernbetrieb man anschaut oder von welchem Objekt man spricht, ist die Lage anders. Es ist auch nicht jeder Boden gleich gut geeignet, denn wenn z.B. der Boden an sich schon von der topographischen Lage her sehr fett ist, ist es praktisch kaum möglich, dort eine Magerwiese zu machen. Deshalb je nachdem, von welchem Objekt man spricht, haben eigentlich alle weitgehend recht. Die Veranstaltung im Strickhof, die H.-R. Hofer angesprochen hat, hat er noch in guter Erinnerung, aber nicht mehr die Hintergründe, die-

se müssten wir bilateral noch auffrischen. Insgesamt ist bei dieser Interpellationsantwort insbesondere die Seite 3 wichtig. Es sind drei grosse Vernetzungsprojekte, die man gemacht hat (es waren übrigens ursprünglich vier, denn zuerst hatte man Dättnau und Taggenberg separat und fasste dann, auch auf Wunsch des Kantons, zusammen). Man machte danach noch drei weitere kleinere Vernetzungsprojekte (Wolfensberg, Südhang Brühlberg, Südhang Neuburg). Wir werden in der nächsten Zeit versuchen, diese zusammenzufassen. Auf der gezeigten Karte sind nicht alle aufgeführt, Winterthur ist zu Unrecht so weiss. Viele andere Gemeinden haben einfach ein Vernetzungsprojekt für die ganze Gemeinde und dann hat der Kanton die ganze Gemeinde eingefärbt. In einer Gemeinde mit relativ viel Siedlungsgebiet und ausser herum Landwirtschaftsgebiet z.B. hat der Kanton nicht nur das Landwirtschaftsgebiet eingefärbt, sondern das ganze Gemeindegebiet. In Winterthur hat man mehrere Vernetzungsprojekte, diese waren jeweils einzeln flächenabgegrenzt. Deshalb ist der Rest des Gemeindegebietes weiss. Auf dieser Karte ist der ganze Eschenbergwald einfach weiss, das heisst aber nicht, dass dort ökologisch nichts passiert wäre. Es gibt noch Gebiete, die nicht in einem Vernetzungsprojekt sind, Landwirtschaftsgebiete notabene, diese werden erweitert. Vor Weihnachten hatte man noch eine Informationsveranstaltung im Frohsinn in Eidberg, ähnlich wie damals im Strickhof, denn die 3. Auflage vom Vernetzungsprojekt Iberg/Eidberg wird um das ganze Gebiet Paradiesli und Eschenberghof erweitert. Für die Bauern ist das selbstverständlich freiwillig, resp. sie müssen sich für 6 oder 8 Jahre verpflichten. Es gibt eine Verpflichtung über mehrere Jahre, aber es wird niemand gezwungen, mitzumachen. Ich hoffe natürlich, dass meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger das auch so handhaben wird. Das war etwas, das mir sehr wichtig war: Dass man zu den Bauern geht. Man war einmal in der Eintracht in Stadel, im Frohsinn in Eidberg und in Wülflingen könnte man mir noch ein Restaurant nennen, wo man hinkönnte, wenn man nicht in den Strickhof möchte. Die Empfehlung für den Hirschen werde ich mitnehmen, das wäre dann ein Teil der Stabsübergabe.

Ein Punkt ist schon auch noch: Wenn man einen Bauernbetrieb auf Bio umstellen will, dann ist das eine lange Übung. Erstens von den Kriterien her und zwei Jahre lang ist man ohnehin Umstellungsbetrieb, bis man dann anerkannt ist als Bio-Betrieb). Das sind wirklich langwierige Geschichten und sie müssen das Herzblut haben, sonst funktioniert das nicht. Da bin ich ganz bei A. Geering und H.-R. Hofer. Zuerst muss das Herzblut da sein, dann kann man das machen. Man kann das nicht planerisch erzwingen, dass man dort unbedingt müsste, das geht nicht auf diesem Weg. Aber auch da hat sich einiges entwickelt, in den letzten 10 Jahren haben mehrere Bauern auf Bio umgestellt. Es ist etwas, das man nicht über das Knie brechen sollte.

R. Diener sagte etwas von den grösseren Tieren, von denen man gerne mehr hätte. Ich hoffe, er hat nicht von z.B. Wildschweinen gesprochen. Da wäre ich dann wieder voll bei den Bauern. Wildschweine haben wir eigentlich nicht gerne, v.a. nicht zu viele – die sollen in der Nähe der Autobahn bleiben. Andere grössere Tiere, z.B. Rothirsch (der ist jetzt das Tier des Jahres) hatte es schon im Eschenbergwald, aber da ist der Siedlungs- und Naherholungsdruck wohl einfach zu gross, dass wir diese ansiedeln können. Dann noch die delikate Gratwanderung zwischen wie viel Erholung, wie viel Naherholung, wie viel Naturschutz. Winterthur ist eine grüne Stadt, jetzt rein planerisch gesehen, mit viel Landwirtschaftsgebiet und viel Wald. Das ist aber auch eine der Qualitäten, dass wir ein attraktives Naherholungsgebiet haben. Da muss man wohl auch damit leben, dass man nicht zu viel abschottet und nicht zu viel reines, totales Reservatgebiet machen will oder machen kann, denn die Leute, die in die Natur gehen um sich zu erholen, die erleben die Natur auch und lernen sie dadurch schätzen und die werden uns auch mit mehr Herzblut helfen. Sie sind dann vielleicht auch einmal bereit, in einem Naturschutzgebiet Arbeiten zu erledigen (z.B. Goldruten ausrupfen oder sonst ein bisschen aufräumen). Deshalb glaube ich, dass es ganz wichtig ist, welche Funktion das Gebiet rund um die Stadt Winterthur, aber innerhalb der Gemeindegrenze, für die ganze Bevölkerung hat.

Noch zu den stadträtlichen Entscheiden und Tätigkeiten: Der Stadtrat hat vor Kurzem ein neues Reglement erlassen für die Naturschutzkommission. Diese wird neu, genau aus dem geschilderten Grund, Naturschutz- und Freiraumkommission heissen. Wir wollen die Naherholung als Thema besser in diese Kommission einbeziehen. Man hatte kürzlich drei Rücktritte und der langjährige Landwirt Ernst Bachmann ist zurückgetreten, er wird sehr schlecht zu

ersetzen sein. Einen Landwirt mit derart guten, fundierten ökologischen Kenntnissen findet man nicht so leicht. Auch deshalb hat man sich entschieden, dass man für die drei grossen Teilgebiete, wie sie auf Seite 3 aufgeführt sind, je einen Landwirt sucht, der sein Gebiet gut kennt (d.h. je einen oder eine von Iberg/Eidberg, Reutlingen/Stadel und Dätt-  
nau/Taggenberg). Bisher hat man zwei, im Gebiet Reutlingen/Stadel ist man immer noch auf der Suche. Ich werde aber trotzdem morgen beim Stadtrat eine erste Wahl beantragen. Dann werden weiterhin noch zwei Sitze frei sein in dieser Kommission. Dazu will ich mich dann nicht mehr äussern, das ist dann die Aufgabe meines Nachfolgers oder meiner Nachfolgerin, je nachdem die Sitzzahl noch aufzufüllen (jemand mit eher landschafts- und naturschützerischen Kenntnissen und einen dritten Landwirt), damit es wirklich wieder eine ausgewogene Kommission gibt. Das wäre es zu dieser Interpellationsantwort. Herzlichen Dank für die weitestgehend positive Aufnahme. Vielleicht war ich ein bisschen detailkleinlich, als ich auf der Karte noch genau erläutert habe, was wo wieso noch weiss ist. Vieles lässt sich erklären, wichtig ist aber, dass man bei allen diese Diskussionsbeiträgen, die hier angetönt wurden, in dieser Kommission im Detail am einzelnen Objekt, aber nüchtern und möglichst objektiv, diese Sachfragen diskutieren kann. Es sind sehr spannende Sachfragen und ich habe die letzten 11 Jahre ziemlich viel Herzblut investiert, dass diese Kommission gut arbeitet. Sie hat auch mehr gearbeitet als in den früheren Jahren und das hat mich gefreut.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Vielen Dank. Damit hat man dieses Traktandum erledigt.

## 6. Traktandum

### **GGR-Nr. 2014.008: Antrag und Bericht zum Postulat K. Bopp (SP), M. Wäckerlin (PP), Ch. Magnusson (FDP), N. Gugger (EVP) und D. Berger (AL) betr. einfaches Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen**

---

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Zum Antrag und Bericht zum Postulat betr. einfaches Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen, an Stelle von K. Bopp bitte R. Keller.

**R. Keller (SP):** Den Antrag, bzw. die Idee, brachte K. Bopp ein. Es ging darum, dass in der Stadt Winterthur v.a. kleine Veranstaltungen von Non-Profit-Organisationen auf öffentlichem Grund möglichst einfach gestaltet werden können. K. Bopp und auch wir von der SP sind überzeugt, dass gerade solche kleinen Veranstaltungen nicht-kommerzieller Art ganz wichtig sind für das Stadtleben, für eine lebendige Stadt, und dass man durch ein vereinfachtes Verfahren die Eigeninitiative der Leute gut nutzen kann und sie motivieren kann, solche Eigeninitiative auch zu entwickeln. Solche nicht-kommerziellen Anlässe sollte man auf keinen Fall mit Hürden irgendwelcher Art auf Seiten der Verwaltung behindern. Kleinveranstaltungen nicht-kommerzieller Art sind ein wichtiger soziokultureller Teil der Stadt Winterthur, damit die Stadt lebendig ist.

Seit das Postulat 2014 eingereicht wurde, ist einiges passiert. Von Seiten der Verwaltung sind wesentliche Schritte unternommen worden, um dieses Verfahren zu vereinfachen. Man hat z.B. eine Ansprechperson auf Seiten der Stadt ernannt und die Bewilligungen können seit März 2016 online beantragt werden. Ich habe es selber ausprobiert und es ist wirklich sehr einfach, einen solchen Antrag auszufüllen. Von Seiten der Stadt bzw. des zuständigen Departements hat man eine Umfrage gemacht bei Veranstaltern von solchen Anlässen und die meisten, die man befragt hat resp. die meisten, die geantwortet haben, fand, dass solche Veranstaltungen unbürokratisch organisiert werden können, sie werden von der Stadt rasch und unkompliziert beraten und behandelt. Die allermeisten schätzen auch die Zusammenarbeit mit der Abteilung Veranstaltungen von der Stadtpolizei und erleben die Leute, die dort arbeiten, als sehr kompetent. Man hat fast das Gefühl bei diesem Vorstoss, es sei alles erledigt und es sei schwierig, noch etwas zu finden, an dem man mäkeln könnte – und trotzdem bleibt der Teil mit den Kosten. Die allermeisten, die etwas Negatives nannten, führten die Kosten auf, die für nicht-kommerzielle Veranstalter, die nicht viel Geld haben und alles ehrenamtlich machen, beachtlich hoch sind. In der Postulatsantwort wird gesagt, die Kosten

seien nur gerade kostendeckend, d.h. wir machen nicht noch einen satten Gewinn durch die Bewilligungsgebühren von solchen Veranstaltungen. Von daher bleibt dieser Punkt ein bisschen in dieser Postulatsantwort, aber wenn das tatsächlich nur kostendeckend ist, dann kann man im Sinne der Finanzen der Stadtpolitik sagen, dass es nicht geht, dass man Kleinveranstaltungen nicht angerechnet mitsubventioniert. Von daher sind wir zufrieden mit dieser Antwort, wir nehmen sie zustimmend zur Kenntnis, und wir hoffen, dass alle Möglichkeiten auch künftig ausgeschöpft werden, um solche nicht-kommerziellen Kleinveranstaltungen zu unterstützen durch möglichst unkomplizierte Verfahren und eine kompetente Beratung auf Seiten der Stadt.

**M. Wäckerlin (GLP/PP):** Vielen Dank für die sehr gute Darlegung von R. Keller. Es war sehr gut und Du hast praktisch alle Fakten bereits gebracht, deshalb konzentriere ich mich mehr auf das Rundherum in dieser Frage. Es war eine sehr interessante Sache, die eigentlich im Abgang der Tanzdemo entstand damals. Als wir uns überlegten, dass es doch eigentlich möglich sein sollte, eine Veranstaltung zu machen mit Bewilligung und das dann kooperativ verläuft (was ja dort leider nicht gelungen ist). Vielleicht könnte man da ein wenig entgegenkommen und etwas machen und es ist grundsätzlich auch vom Departement sehr wohlwollend aufgenommen worden, das muss man auch sagen. Ich habe dann etwas ausgearbeitet und den Fraktionen verteilt zum Anschauen. Darauf kam K. Bopp und meinte, dazu habe er schon etwas. Wir sassen zusammen, passten unsere Formulierungen so an, dass es für uns beide stimmte, und haben uns bemüht, dass man es so macht, dass man auch andere noch überzeugen kann. So hat man es geschafft, die FDP noch ins Boot zu holen, v.a. weil wir sagten, dass es hauptsächlich um Reduktion des bürokratischen Aufwandes, Reduktion der Auflagen aber auch Reduktion der Gebühren geht. Das ist genau der Punkt, wo man vielleicht noch etwas machen könnte. Es wäre vielleicht gut, liebe Barbara, dass Du das dort auch wieder einmal anschaust, wenn Du wieder Zeit hast. Dort sind tatsächlich noch Beschwerden im Raum. Im Übrigen schliesse ich mich an. Wir sind sehr zufrieden, das Anliegen wurde ernst genommen, man ging auf unsere Wünsche ein. Wir durften auch einmal zur Stadtpolizei und ihnen vortragen, was wir uns vorgestellt haben. Ich denke, mit den Online-Bewilligungen hat man schon einen sehr grossen guten Schritt gemacht. Wenn man noch etwas bei den Gebühren machen könnten, dann wären wir über 100% zufrieden, uns sonst nehmen wir das jetzt wohlwollend und dankend zur Kenntnis. Wir stimmen der Abschreibung zu.

**Ch. Magnusson (FDP):** Ich möchte vorausschicken: Die Tanzdemo war für uns nicht der Grund, dass wir das Postulat miteingereicht haben, sondern vielmehr, dass die FDP natürlich für den Abbau von bürokratischen Hürden steht, und die Eigeninitiative, wie man freundlicherweise von der SP gehört hat, auch fördern möchte. Das sind ja Kernelemente von uns, der FDP. Im ersten Moment, als ich es gelesen hatte, machte es auf mich den Anschein von einmal mehr, dass wir etwas gefordert haben, damit Engagierte Vereinfachungen erhalten, und bei dem einen der Stadtrat wieder erklären möchte, es sei alles schon gut, man müsse nichts machen und das brauche es gar nicht. Ich sah dann aber, dass es doch einige Veränderungen gegeben hatte (Online-Bewilligungen, gewisse Sachen wurden vereinfacht), dadurch relativierte sich dieser Eindruck ein wenig und ich war auch wirklich beeindruckt über den grossen Aufwand, den der Stadtrat gemacht hat, um dieses Postulat zu beantworten. Das Gespräch mit den Postulanten selber zu führen, die individuelle Untersuchung, die vertiefte Überprüfung vom Bewilligungswesen – das sind effektive Massnahmen, die aufgrund dieses Postulats überhaupt erst durchgeführt wurden. Das Prinzip des Ermöglichens, das hier genannt wird, begrüessen wir natürlich sehr, da sind wir sehr erfreut, dass das so gelebt wird und keine Paragraphenreiterei gemacht wird. Ich möchte als Erläuterung aber doch ein kleines Beispiel zeigen, wieso dass mitunter wir von der FDP miteingereicht haben. Bei mir im Quartier gibt es bereits seit Jahren ein kleines Quartierfest, wo man sich auf der Strasse trifft, das ein paar engagierte Nachbarn zusammen organisieren. Da werden an einem bestimmten Datum ein paar Tische auf die Strasse gestellt, Festbänke, die jemand bei sich im Keller unten hat, jeder bringt etwas mit und man hat miteinander einen lustigen Abend. Vielleicht kennen Sie das aus Ihrem Quartier auch. Früher machte man das einfach. Man sass auf der

Strasse zusammen, es gab keine Probleme, denn alle Nachbarn waren eingeladen (also konnte niemand wegen Lärmbelästigung klagen) und die, die nicht gekommen sind, waren so alt, dass sie ohnehin nichts hörten. Es gab keinerlei Probleme, Autos, Fussgänger und Velos konnten locker daran vorbei und wenn jemand anhielt und auch ein Bier wollte, war das kein Problem – man kam zueinander und hat sich gefunden. Eines Jahres hiess es dann, man müsse jetzt neuerdings eine Bewilligung haben. Ab dann musste man diese Bewilligung offiziell beantragen, zwei Tage vorher standen Schilder auf der Strasse, am Samstagabend sei dann die Durchfahrt gesperrt. Weit vorne schon Sackgasse, dann Fahrverbot – natürlich signalisiert. Diese Schilder konnte man dann auch mitten auf die Strasse stellen, so dass man wirklich nicht mehr durchfahren konnte, damit dann ganz sicher niemand dort hinging. Ich habe gehört, die Bewilligungsgebühr sei 300 Fr. gewesen, was ca. 80% des Festbudgets ausmachte (weil ja alle anderen selber etwas mitbrachten). Wenn schliesslich, weil es in Strömen regnete, wie es das bei uns ja ab und zu im Sommer macht, das Ganze abgesagt werden oder bei den Nachbarn unten im Keller stattfinden musste, dann standen halt die Schilder auf der Strasse und die Gebühr war bezahlt. Die Gebühren übernahmen in der Regel die, die das Fest organisiert hatten, denn man will ja dann nicht sagen, Du musst noch etwas bezahlen.

Das ist für mich etwas, das einfach ein bisschen zu weit geht. Ich hätte mir gewünscht, dass als Antwort gekommen wäre: «Ja, wir haben jetzt klare Kriterien, wenn es so oder so oder so ist, dann brauchen wir gar keine Bewilligung. Dann führt die Stadtpolizei ein Register, damit man nicht konkurrenzierende Veranstaltungen hat, weswegen man danach Probleme bekommt, oder wenn ein Nachbar anruft, dass man dann sagen kann, dass man weiss, dass das stattfindet und es ist ok. Wissen Sie, Sie können auch vorbeigehen und wenn es nach 22 Uhr noch zu laut ist, dann kommen wir halt noch schnell.» Ich weiss nicht, ob es noch viel mehr brauchen würde als das. Das als letzter Hinweis, bevor wir das Postulat wirklich abschreiben, da sind wir ja schliesslich auch dafür. Es ist ja gut, es läuft ja vieles in die richtige Richtung, es wird vieles erleichtert. Offensichtlich sind auch ganz viele von denen, die solche Bewilligungen beantragen, zufrieden oder haben Verständnis für den Vorgang und es wird geholfen. Wenn man letzten Endes den Aufwand, um eine Bewilligung zu erhalten, auch auf Seiten der Polizei oder der Stadt reduzieren kann, dann wären wahrscheinlich auch die kostendeckenden Kosten ein wenig kleiner und dann wäre das ganze Prozedere vielleicht nochmals ein bisschen einfacher. In dem Sinne hoffen wir, dass dieses Votum noch ein bisschen auf fruchtbaren Boden stösst. Wir danken für den grossen Aufwand und schreiben das Postulat ab.

**L. Banholzer (EVP/BDP):** Auch unsere Fraktion findet es sinnvoll, kleinere nicht-kommerzielle Anlässe, von Quartiervereinen oder Jugendgruppen, nicht mit grosser Bürokratie und grossen Kosten zu belasten. Anlässe, die der Gemeinschaft und dem Zusammenhalt der Bevölkerung dienen, sollten einfach möglich sein. Deshalb haben wir dieses Postulat auch miteingereicht. Seither ist einiges passiert, das hat man gehört, z.B. der eigene Ansprechpartner für Personen, die Veranstaltungen organisieren wollen und dort Unterstützung bekommen. Mit diesem haben wir auch das Gespräch geführt (ich war auch dabei bei diesem Gespräch), wir konnten dort unsere Anliegen deponieren und wurden ernst genommen. Allerdings ist es schon so lange her, dass ich die konkreten Abmachungen, die man dort traf, nicht mehr genau weiss. Als zusätzliche Vereinfachung gibt es jetzt ja auch das Online-Tool, um Bewilligungen einzuholen und gerade jugendliche Veranstalter werden wenig Mühe haben, damit zurechtzukommen. Der Stadtrat betont auch, dass er die Eigeninitiative von Veranstaltenden in diesem Bereich honorieren und deshalb keine grossen Hürden in den Weg stellen möchte. Er möchte dafür sorgen, dass die nicht-kommerziellen Kleinanlässe einfach und günstig möglich werden. Dazu hat er sich jetzt in dieser Antwort bekannt. Was uns noch wichtig ist, das bisher noch nicht gesagt wurde, ist dass keine willkürlichen Bedingungen herrschen und dass es eine Gleichbehandlung gibt von Anlässen in dieser Kategorie. Es sollte nicht passieren, dass diejenigen, die sich vehementer für ihr Anliegen einsetzen, besser wegkommen als solche, die die Auflagen einfach akzeptieren. Aber auch wir nehmen die Postulatsantwort im zustimmenden Sinne zur Kenntnis.

**D. Berger (Grüne/AL):** Auch wir danken vielmals für die Antwort. Es ist interessant zu sehen, was es alles für Vereinfachungen gibt. Es hatte auch Dinge drin, die mir vorher nicht bewusst waren (z.B. die Sache mit dem Teilerlass). Dort wäre die Frage, wie denn überhaupt auf diese Möglichkeit hingewiesen wird, dass es diese Möglichkeit vom Teilerlass gibt, wie dort der Ablauf ist. Es wurde schon gesagt, dass viele Punkte aufgenommen und vereinfacht wurden, das ist sehr positiv und deshalb kann man das Postulat auch unserer Meinung nach als erledigt abschreiben. Das Beispiel mit dem Quartier hat ihm aus dem Herzen gesprochen. Bei einer Bewilligung ist ja das Einholen das eine, das Geld das zweite und das dritte ist die Spontanität. Ich kann ja eigentlich nur noch geplante Sachen machen. Was ist, wenn ich heute Abend noch meinen Tisch auf die Strasse stellen möchte und dann Ärger bekomme, weil ich keine Bewilligung habe? Das ist die Einschränkung und das ist einfach ein Problem unserer total durchregulierten Gesellschaft. Wenn ich im Ausland bin, ist das eine völlig absurde Vorstellung, für so etwas eine Bewilligung zu haben. Wenn ich dort solche Sachen erzähle, halten sie uns für nicht ganz dicht. Was wirklich der Fall ist, ist eine andere Diskussion. Wir haben alles durchreglementiert und ich glaube, es ist richtig, wenn man weiterhin auch spontan Sachen macht und auf den gesunden Menschenverstand von allen Beteiligten hofft, sei das der Nachbar, die Polizei oder wer auch immer.

**K. Brand (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für diese Abklärungen. Die Fraktion begrüsst es, dass möglichst für alle Veranstaltungen der administrative Aufwand mit den Behörden möglichst gering gehalten wird. Gerade bei der Initiative von Vereinen und Privaten, welche ausschliesslich Freiwilligenarbeit leisten, ist es wichtig, dass Bewilligungsverfahren möglichst einfach und günstig gehalten werden. Gleichzeitig ist die CVP/EDU-Fraktion aber auch der Meinung, dass auch für Klein- und Kleinstveranstaltungen an Bewilligungen festgehalten werden muss. Sicherheit, Jugendschutz, Schutz vor Lärmbelästigungen usw. können nur gewährleistet werden, wenn auch für kleine Veranstaltungen Bewilligungen eingeholt werden müssen. In diesem Sinne unterstützt die CVP/EDU-Fraktion die Stossrichtung, die der Stadtrat aufgezeigt hat. Noch eine kurze Anmerkung zu den Kosten: Wir sind auch der Meinung, dass die Kosten möglichst moderat gehalten werden sollten, denn z.T. sind das, wie Ch. Magnusson schon erwähnt hat, fast kleinere Familienfeste oder kleine Quartierfeste. Ich kann mich erinnern, dass wir am Silvester beim Quartiertreff, das war intern ohne Getränkeverkauf, ein kleines Fest hatten. Ich ging zur Gewerbepolizei und fragte, wie das aussieht, ob ich eine Bewilligung brauchen würde für diesen internen Treff. Ich bekam netterweise die Auskunft, es sei ja schliesslich Silvester und eine solch kleine Sache lasse man laufen, das sei ok so. Ihr seht, eine gewisse Toleranz kann man glaube ich schon einbauen, wenn man ein bisschen Gehör hat dafür oder vielleicht wenn man die Worte findet beim Fragen.

**U. Obrist (SVP):** Die SVP nimmt die Antwort des Stadtrates zu diesem Postulat positiv zur Kenntnis. Auch dem Stadtrat ist es ein erklärtes Anliegen, dass Bewilligungen von Kleinanlässen unkompliziert, unbürokratisch und effizient erteilt werden können. Diese Ziele sind heute aber bereits schon erreicht. Zusammenfassend ist der Stadtrat der Meinung, dass die heute bestehenden organisatorischen Vorkehrungen der Stadtverwaltung genügen, um dem Anliegen der Postulanten genügend Rechnung zu tragen. Deshalb nochmals: Wir lassen es, wie es ist und danken dem Stadtrat für die Antworten.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Es muss einfach einfach sein, das ist wohl unser gemeinsames Motto. Ich halte mich deshalb auch einfach und unkompliziert. Ich habe mitgenommen, dass es zwei Anregungen gibt, wo wir noch besser werden könnten. Das eine ist das mit den Quartierfesten, das nehme ich gerne mit. Selbstverständlich, das verstehe ich, die Kosten dürften noch günstiger sein als sie jetzt schon sind, auch das nehme ich gerne mit. Was mich auch freut an Ihren Voten ist, dass Sie gesehen haben, dass wir Ihr Anliegen ernstgenommen und etwas wie einen Tatbeweis erbracht haben, dass wir Ihr Anliegen ernst genommen haben, indem wir die beiden Verbesserungen (Kultur/Gastro-Match einerseits und andererseits das Online-Tool) neu eingeführt haben. Wir haben Gespräche geführt mit den Postulanten, man hat diese Umfrage gemacht, um wirklich selbstkritisch nochmals hinzuhören, wie es ei-

gentlich ist. Sind wir so gut unterwegs, wie wir denken, oder gibt es noch etwas, das wir verbessern können? Sie haben das richtig wahrgenommen, auch dem Stadtrat ist es ein erklärtes Anliegen, dass wir Engagement unterstützen können. Wir möchte, dass das so einfach wie möglich ist und ich denke wirklich, mit diesen Werten von 70-80% Zustimmung, es sei einfach wie es laufe, man sei zufrieden mit der Dauer des Bewilligungsverfahrens, man fühle sich kompetent beraten, man sei zufrieden mit dem Service: Da kann man wirklich sagen, wir haben ein gutes Teamwork gemacht, bei mir die Verwaltung, der Stadtrat und auch Sie als Team, wie Sie diesen Vorstoss, wie M. Wäckerlin es sagte, als Team miteinander in einen Guss brachten. Ich würde sagen, eine kleine Erfolgsgeschichte, da können wir uns freuen darüber.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Besten Dank. Ich habe keine negativen Wortmeldungen oder Rückweisungsanträge gehört. Damit habt Ihr das Postulat als erledigt abgeschlossen.

## 7. Traktandum

### **GGR-Nr. 2016.092: Begründung des Postulats M. Baumberger (CVP/EDU) und D. Oswald (SVP) betr. massive Beeinträchtigung der Einkaufsattraktivität der Altstadt durch Aktionsstände**

---

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Begründung des Postulats betr. massive Beeinträchtigung der Einkaufsattraktivität der Altstadt durch Aktionsstände. An Stelle von M. Baumberger bitte A. Geering.

**A. Geering (CVP/EDU):** Vielleicht gehören Sie auch zu diesen Menschen, die mit gesenktem Blick durch unsere Marktgasse gehen. Wenn nicht, dann beobachten Sie die Passanten. Viele gehen mit gesenktem Blick in einem Slalom zwischen den Aktionsständen durch, damit sie Spendensammlern und Spendensammlerinnen ausweichen können in unserer guten Einkaufszone. Auf keinen Fall stehen bleiben und auf keinen Fall Blickkontakt zulassen. Die Gefahr, dass Sie in ein Gespräch verwickelt werden, das erst aufhört, wenn Sie die Spendenverfügung unterschrieben haben, ist viel zu gross. Wohlbemerkt: Es geht nicht um die Buben und Mädchen von Pfadi, Cevi oder anderen Jugendorganisationen, die einen Kuchen verkaufen wollen, um ihre Vereinskasse zu alimentieren. In der Marktgasse gibt es aber zu viele professionelle Spendensammler für grosse Hilfswerke, Werber für weltanschauliche oder politische Ideen und Überzeugungen. Bei dieser Dichte von Werberinnen und Werbern, Sammlerinnen und Sammlern oder Brandmailers, wie man auch sagt, ist davon auszugehen, dass die flanierenden Passanten die Marktgasse meiden, anderswo durchgehen und so die Schaufenster eben nicht sehen. Für die ansässigen Geschäfte in der Marktgasse ist das nicht interessant. Für sie bedeutet das, dass die Passanten vor den Schaufenstern nicht stehenbleiben, im besten Fall hervorblinzeln oder daneben durchgehen, durch die Stadthausstrasse oder die Steinberggasse. Somit gehen ihnen Besuche von Kunden verloren, sie machen weniger Umsatz, sie können nicht so prädisponieren wie sie könnten, wenn es ein bisschen mehr Platz und weniger aggressives Sammeln gäbe in der Marktgasse. Das gilt es zu verhindern. Deshalb bitten wir den Stadtrat, ein griffiges Instrumentarium auszuarbeiten, das das ungestörte Flanieren in der Marktgasse und das Betrachten der Schaufenster wieder zulässt, damit auch unsere Geschäfte wieder mehr Kundschaft bekommen.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Mir wurde ein Ablehnungsantrag zugeteilt worden, bitte M. Sorgo.

**M. Sorgo (SP):** Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst. Das ging mir durch den Kopf, als ich das Postulat las, auch wie es rein textlich daherkommt. Es kommt einem entgegen: Endlich hat man die Schuldigen gefunden, die für das zunehmende Aussterben von kleinen Einkaufsläden und für die Umsatzeinbussen der Geschäfte, der kleineren Geschäfte in der Altstadt, verantwortlich sind. Aber seien wir ehrlich, wir wissen alle, dass die Schwierigkeiten für

Einkaufsgeschäfte (das betrifft ja nicht nur Winterthur) wohl kaum durch die Mitarbeitenden oder Campaigner, wie man sie auch nennt, von Corris oder ähnlichen Organisationen, von der Pfadi oder Cevi, von Strassenmusizierenden oder von politischen Organisationen verursacht werden. Wenn Sie sich also wirklich um das Kleingewerbe in Winterthur sorgen, und um die kleineren Läden gerade in der Marktgasse, dann sollten Sie sich doch dafür ein, dass Vermieter und grosse Unternehmen nicht die kleinen Unternehmen aus ihren Geschäften hinausspedieren, wie man das jetzt auch schon erlebt hat, weil sie sich von grösseren Unternehmen mehr Mieteinnahmen erhoffen. Setzen Sie sich doch dafür ein, dass die kleinen Läden in Zukunft wieder Mieten bezahlen können in der Altstadt, so dass sie auch insbesondere gerade in der Marktgasse weiterhin ihr Geschäft geöffnet haben können. Aber zurück zum aktuellen Vorstoss. Die Postulanten verlangen darin, dass die Stadt die Aktivitäten von den Aktionsständen substanziell einschränkt. Es war mir ehrlich gesagt nicht ganz klar beim Lesen und auch nicht beim Artikel im Landboten, den es daraufhin gab, was sie damit alles meinen. Die einen haben etwas über die Campaigner geärgert, die anderen darüber, dass Wahlkämpfe auf der Strasse betrieben werden, dass man von Strassenmusizierenden angefallen werde etc. Aber da frage ich mich schon: Wem gehören die Gassen in der Altstadt? Und wo sollen diese Organisationen, die ja alle im Non-Profit-Bereich arbeiten - ob das jetzt Corris ist, Schulen, Pfadi, politische Organisationen - wo ist es denen heute noch möglich, aufzutreten und ihre Anliegen unter die Leute zu bringen, wenn sie das nicht auf der Gasse machen können. Aus unserer Sicht müssen deshalb möglichst alle Teile der Bevölkerung Zugang zu der Altstadt und zu den verschiedenen Gassen in der Altstadt haben. Das bedingt auch, dass die Gassen für verschiedene Aktivitäten genutzt werden. Das bedeutet aber auch, da sind wir auch dieser Meinung, dass wir zusammen reden. Corris, die ich nun schon einige Male angesprochen habe, hat nun einen Brief verschickt, dass sie Hand anbieten möchte für einen runden Tisch, um mit dem lokalen Gewerbe, mit der Gewerbebehörde und anderen involvierten Organisationen zusammensitzend und die Situation zu besprechen. Nehmen Sie doch dieses Angebot an, bevor Sie alles ganz genau reglementieren wollen. Das ist ja sonst ein Vorwurf, den wir jeweils von Eurer Seite hören. Es ist auch spannend, dass gerade die Parteien, die sonst immer predigen, dass alles genau reglementiert werden soll, plötzlich in diesem Bereich alles so genau reglementieren wollen. Liebe SVP, liebe CVP, wenn alles so genau geregelt wird, wie Ihr uns immer sagt, wieso sind dann die verschiedenen Akteure immer noch auf der Gasse? Es scheint uns, dass es doch immer noch genügend Interessierte gibt, die Freude haben an Strassenmusik, die eine Mitgliedschaft bei einer NGO durchaus auch auf der Strasse abschliessen und einer Schulklasse einen Kuchen abkaufen, damit diese ihre Schulreise oder ihr Klassenlager finanzieren kann. Ich denke, wenn das nicht der Fall wäre, hätten diese Aktivitäten schon ziemlich abgenommen. Und auch wir Politikerinnen und Politiker wissen doch, wie wichtig der Zugang gerade auch in der Marktgasse ist. Es macht wahrscheinlich niemandem von uns Freude, man merkt das gerade aktuell, bei diesen Temperaturen draussen zu stehen und zu frieren und unsere Wahlprospekte unter die Leute zu bringen, aber trotzdem ist es wichtig. Es ist auch ein Teil von unserer gelebten demokratischen Kultur. Und deshalb zum Schluss: Ich kann mir das sehr gut vorstellen, was Du vorhin beschrieben hast, es ist mein täglicher Arbeitsweg vom Bahnhof bis an die Obergasse. Meistens komme ich ziemlich gut dort oben an. Ab und zu werde auch ich von so einem Campaigner angesprochen oder von 2-3 (teilweise gibt es ja relativ viele, da gebe ich Dir auch recht), aber es gibt einen relativ einfachen Trick. Man sagt einfach nett «Nein danke» und geht weiter und damit hat sich das Problem, zumindest bei mir, meistens erledigt. Wenn sie dann weiterreden, dann sprechen sie halt alleine weiter. Weitergehen kann ich ja trotzdem. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass ein Grossteil der Winterthurer Bevölkerung das sehr gut so schafft und deshalb beantragen wir die Ablehnung des Postulats.

**D. Oswald (SVP):** Es ist grundsätzlich so, dass es die Menge ausmacht bei diesem ganzen Thema. Wenn wir die Situation beobachten, ist es halt so, dass gerade nicht-ortsansässige Institutionen, die aktiv sind, die Geld sammeln, die sogar Leute bezahlen, um in der Marktgasse zu stehen und irgendwelche Aktionen durchzuführen, überhandnehmen und es dadurch, wenn man realistisch ist, für die Bevölkerung und die Ladenbesitzer unangenehm geworden ist. Und schlussendlich leiden die ortsansässigen Organisationen darunter, seien

es die politischen Parteien oder seien das andere Organisationen, die auch ein- oder zweimal im Jahr eine Aktion haben, wo sie in der Marktgasse stehen. Das ist eben der Punkt, dass man schlussendlich sagt: Die Marktgasse muss für die Institutionen, die in Winterthur ansässig sind, die Möglichkeit haben, dass man da Veranstaltungen machen kann, dass man Standaktionen machen kann, dass man für seinen Zweck werben kann. Aber wenn es dann um die grossen Organisationen geht, die Leute bezahlen um zu sammeln, dann bin ich der Meinung, dass das ein anderer Level ist als das, was wir mit Standaktionen machen wollen. Von daher ist es sehr sinnvoll, diese Situation einmal zu prüfen. Ich glaube nicht, dass wir als Milizparlamentarier da die notwendige Zeit und die nötigen Instrumentarien haben, um das alles im Detail ausfindig machen zu können, wie man es genau möchte. Für das gibt es bei der Stadtverwaltung professionelle Leute, auch wenn es darum geht, wie es denn Sinn machen würde, wenn man etwas regulieren und eine gewisse Einschränkung machen muss. Deshalb ist es so, wie es jetzt formuliert ist, sehr wohl gut formuliert und wir müssen da nicht weiter gehen. Es geht schlussendlich um die Menge, die man einschränken muss, und es geht auch darum, dass es im Bereich der Marktgasse Teile gibt, wo es sehr eng ist und es auf jeden Stand ankommt, und andere Bereiche, wo man mehr Platz hat und es vielleicht ein bisschen mehr leiden mag, weil man dort auch ausweichen kann. Ich glaube, es ist wirklich so, es lohnt sich, da einmal hinzuschauen und etwas zu machen. Es ist sicher nicht der einzige Grund, wieso unsere Läden zu kämpfen haben in der Marktgasse, es sind auch die hohen Gebühren, die man hat, der hohe Steuerfuss in der Stadt Winterthur, der ihnen zu schaffen macht. Und wenn Du die Mieten usw. ansprichst (übrigens ist es so, dass als die Stadtverwaltung in den Superblock zog, bei den Geschäften die Umsätze massiv zusammengebrochen sind und einige jetzt sogar sagen, sie seien eigentlich froh, wenn sie jetzt ihr Geschäft nicht mehr hätten – das war noch ein weiterer Einfluss), ist das sicher ein wichtiger Punkt für die Attraktivität, aber es gibt noch viele weitere Einflüsse. Wir sind der Meinung, eine Überprüfung ist sehr wohl angebracht und v.a. müssen wir die Möglichkeiten und die Bereitschaften, die bei der Bevölkerung da sind für solche Standaktionen, so konzentrieren können, dass sie für die Institutionen von Winterthur, für die Vereine und politischen Parteien von Winterthur zur Verfügung stehen und nicht für globale Spendenorganisationen, die die Leute bezahlen, damit sie Geld sammeln gehen. Darum geht es und ich danke Euch für die Unterstützung des Postulats.

**L. Banholzer (EVP/BDP):** Das Postulat fordert die Beschränkung von den Aktionsständen in der Marktgasse. Es ist sicher richtig, dass es nicht immer angenehm ist, wenn man dort einkaufen geht, von Leuten angesprochen zu werden, die einen von ihrem Anliegen überzeugen wollen. Bis jetzt habe aber auch ich die Erfahrung gemacht, dass ein freundliches «Nein danke» genügt, um in Ruhe gelassen zu werden. In der Altstadt gibt es 16 Standorte, die für solche Aktionen genutzt werden können. Selten, ausser in Zeiten von Wahlkämpfen, sind diese Orte alle besetzt. Was hingegen öfters vorkommt, ist dass mehr als die in der Bewilligung genannten drei Personen dort vor Ort sind. Das ist etwas davon, was mich am meisten stört, dass es Stände gibt, die mit viel mehr Leuten dort sind. Neben uns war einmal eine Gruppe, die eine Aktion gegen Pornografie machte, die mindestens mit 20 Leuten am Stand war. Diese waren dann natürlich auch vor unserem Stand, sie gingen aggressiv auf die Passanten zu. Während dieser Aktion machte ich dann Fotos und bin auf den Polizeiposten gegangen, um darauf aufmerksam zu machen, dass da eigentlich ein illegaler Zustand besteht und eine Grenze überschritten wurde. Dort hat man mir dann natürlich gesagt, dass die zuständige Gewerbepolizei am Samstag nicht da sei. Ich hätte Anzeige erstatten können, aber ich wusste, dass wir nur 1x dort sind und es nichts nützt. Deshalb fände ich, dass wenn ab und zu eine normale Polizeistreife, die einmal vorbeigeht, wenn sie sonst auch dort vorbeigehen würde, ein bisschen ein Auge auf das hätte, sehr viel entschärfen würde. Abgesehen davon sehen wir es aber als wichtig und richtig an, dass Leute für ihr Anliegen an einem Ort werben dürfen, wo sie auch viele Menschen erreichen können. Nicht zuletzt profitieren auch gemeinnützige Organisationen oder wir als Parteien davon. Aus diesen Gründen sind wir gegen die Überweisung dieses Postulats.

**J. Altwegg (Grüne/AL):** Trotz dem reisserischen Titel (wann wäre ich schon Provenienz?) habe ich mich entschlossen, dieses Postulat zu unterschreiben. Obwohl ich sagen muss: Als «massiv» würde ich diese Beeinträchtigung schon nicht umschreiben, die wir haben in der Marktgasse. Aber bei der bezeichneten Stelle steht da klar zwischen der Kasinostrasse und dem Justitia Brunnen, dort ist es halt wirklich eng und es ist auch eine der Stellen, wo es noch andere Läden als nur Kleiderläden gibt. Die Gewerbler dort brauchen ja unsere Leute. Als Altstadtbesucher ist es zeitweise wirklich nicht so lustig, dort hindurch zu flanieren. Ich verstehe den Unmut dieser Gewerbler schon. Es ist klar, dass das nicht der Grund, wenn es einem Gewerbe dort nicht so gut geht, genauso wenig wegen den Steuern, wie D. Oswald sagte. Ein gutgehendes Geschäft zahlt viel Steuern, weil es viel Gewinn hat. Ein Geschäft, das nicht so viel Gewinn macht, bezahlt logischerweise auch weniger Steuern. Ich glaube nicht, dass das der Grund ist, weshalb die Gewerbler da ein Problem haben in Winterthur. Auch wir Politiker sind froh, wenn wir unsere Standplätze haben, wo wir Werbung machen können - gerade jetzt im Wahlkampf ist das ja wieder so, wo wir alles Mögliche den Leuten verteilen an Geschenken und Zetteln, das sie mitnehmen dürfen. Und trotzdem bin ich der Meinung, dass wir uns da ein wenig für das Altstadtgewerbe einsetzen sollten, ohne dass wir auf alles verzichten müssen. Ich glaube, das ist nicht der Fall, es gibt genügend Stellen in der Marktgasse, wo es geht. Es ist ein Postulat, keine Motion, wo man gleich schon irgendwelche Gesetze festschreiben möchte, und ich könnte mir gut vorstellen, dass der Stadtrat bei der Annahme des Postulats dazu kommt, dass dieser runde Tisch vielleicht eine gute Idee ist, und ich glaube, das könnte auch der richtige Weg sein. Deshalb sind wir von der Grüne/AL-Fraktion dafür, dieses Postulat zu überweisen. Wir glauben daran, dass der Stadtrat eine gute Lösung findet, zusammen mit den Gewerblern, zusammen mit diesen Campaigns.

**St. Feer (FDP):** Ich habe mit grosser Freude unter Traktandum 6 die allgemeine Bereitschaft zur Kenntnis genommen, dass man Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen u.ä. vereinfachen will, es war also ein gewisser Liberalisierungsgeist im Raum, einstimmig. Ich hoffte, dass wir das dann auch ins Traktandum 7 retten könnten und die SVP und CVP dann mit dieser Welle dann ihr eigenes Postulat wieder zurückziehen würden. Das haben sie zwar nicht gemacht, aber wir unterstützen den Ablehnungsantrag der SP, da wir für dieses Postulat keine Notwendigkeit sehen und denken, dass eine Umsetzung dieses Postulats auch eher fragwürdig ist. Die Nutzung des öffentlichen Raumes in der Altstadt ist heute schon durch eine Vielzahl von Reglementarien eingeschränkt und vorgegeben. Versuchen Sie einmal, am falschen Ort zu stehen mit einer politischen Veranstaltung. Wenn das nicht im vorgegebenen Rechteck ist, werden Sie zurechtgewiesen, ziemlich bestimmt, vorzugehen von Platz 12 auf 13 und von 13 auf 12. Wenn auf 13 dann die Weihnachtstafel steht, müssen Sie trotzdem zu 13 gehen, das spielt dann keine Rolle. Da wird strikt durchgegriffen. Wenn jemand sagt, es würde lasch gehandhabt, dann muss man einfach sagen: Es ist nicht so. Die Reglementarien werden wirklich «tüpfelchissersch» umgesetzt. Das muss man einfach mal sagen, vielleicht auch an die Herren, die das Postulat eingereicht haben. Es macht auf mich den Eindruck eines Hüftschuss-Postulats, das man vielleicht auch etwas anders hätte aufgleisen können. Den Einstieg in dieses hochkomplexe Thema hatten wir schon, die Komplexität dieses Themas durfte man sich bereits einmal zu Gemüte führen beim Vorstoss von S. Gygax zu Strassenmusik - Plattform für lokale Künstler. Dort hat die Stadt einmal aufgelistet, was für Reglementarien es gibt, dass jemand überhaupt in Winterthur spielen darf, und ich glaube, wir tun gut daran, dass wir dieses Reglementarium nicht weiter verschärfen. Ich schlage eher vor, man macht einmal eine Auslegeordnung oder Interpellation, vielleicht kann man gewisse Sachen herausstreichen, vereinfachen, und die Vielfalt der Stadt, wie wir sie heute kennen, so stützen können. Das ist vielleicht nicht ganz im Sinne von SVP und CVP, aber die FDP-Fraktion würde das sehr begrüßen. Warum lehnen wir dieses Postulat im Detail ab? Wir als Liberale sind natürlich generell für die Gestaltungsfreiheit und für weniger Reglementierungen. Generell heissen wir solche Reglementarien nicht gut. Für eine vielfältige Stadt, für Leben in der Stadt, sollten auch verschiedene Gruppen das Recht haben, den öffentlichen Raum zu nutzen. Die Frage, was attraktiv ist und was nicht attraktiv ist, ist gar nicht so einfach zu beantworten. Die vielen Strassenmusiker, das wissen wir aus dem Vorstoss von S. Gygax, kommen, weil sie in Winterthur viel verdienen. Deshalb kommen sie – und sie verdie-

nen ja nicht so viel, weil ihnen die Winterthurer das Geld nachwerfen, damit sie endlich aufhören zu spielen. Sondern sie kommen, weil die Winterthurer Freude daran haben, an dieser Musik. Natürlich nicht alle, aber eine Mehrzahl hat Freude daran und es gehört zum kulturellen Leben unserer Stadt, es ist ein fester Bestandteil von diesem Leben. Im Postulatstext zielt man ja auch auf die Strassendarbietung. Da sehen wir von der FDP das Thema etwas anders. Strassendarbietungen sind wichtig, sind auch wertvoll für die Stadt und ich denke, es ist gut, wenn wir die so behalten können und das Reglementarium, das man heute hat, mal so weiterläuft. Wenn es Vereinfachungen gibt, nehmen wir das sehr gerne entgegen, aber wir begrüssen den Ablehnungsantrag und werden diesen unterstützen.

**K. Cometta (GLP/PP):** Auch wir begrüssen den Ablehnungsantrag. Wir haben zwar ein gewisses Verständnis, dass es Leute gibt, die sich in der Marktgasse belästigt fühlen. L. Banholzer sagte richtig, es ist v.a. während dem Wahlkampf, wenn wirklich alle Stände besetzt sind. Sonst sind ja meist nicht alle besetzt. Wir wehren uns in dem Sinn auch nicht dagegen, dass man die Nutzung des öffentlichen Raumes einmal gesamtheitlich betrachtet, eine Auslegeordnung macht und sich überlegt, welche Anreize man setzt und wie es genutzt werden soll. Mit dem vorliegenden Vorstoss geht es aber um etwas Anderes. Gefordert wird nichts anderes als eine substanzielle Einschränkung von Sammelaktionen und Strassendarbietungen. Das kann unserer Meinung nach nicht die Antwort sein. Wie sehr mit diesem Postulat das Kind mit dem Bad ausgeschüttet wird, zeigt sich auch daran, dass die Postulanten explizit die Strassenmusik miteinbeziehen. St. Feer hat es gesagt, für uns ist das schon lange ein Anliegen. Wir sehen Strassenmusik primär als etwas, das die Gassen belebt. Wir sehen es auch als gute Plattform für junge und weniger bekannte Künstler, damit diese sich einmal einem grossen Publikum präsentieren können. Strassenmusik ist ein Teil unserer kulturellen Vielfalt und soll in dem Sinn auch nicht weiter eingeschränkt werden. Man hat dort genug Einschränkungen. Ich komme von Bern und dort hat man ein vielfältigeres Strassenmusik-Angebot. Das liegt u.a. darin begründet, dass Bern nicht solche Polizeivorschriften machen muss. Aber sogar wenn die Postulanten die Strassenmusik ausklammern würden, wir wären immer noch nicht dafür. Das Postulat ist nichts anderes als ein Eingriff in die Werbefreiheit. Wir sollten nicht einfach ausblenden, dass es für viele Non-Profit-Organisationen wichtig ist, dass sie Passanten informieren und so auch Spendengelder sammeln können. Darunter sind natürlich auch viele Organisationen aus dem ökologischen und sozialen Lager (wie man auch in diesem Brief von Corris sieht). Da ist der WWF, Greenpeace, Pro Natura, Amnesty International etc. Das sind ganz viele Organisationen, die Gutes leisten. Wir finden, Eigenverantwortung ist gefragt, es ist wichtig, dass private Leute spenden, sonst steigen die Steuern erst recht. Das mit der politischen Werbung wurde schon oft gesagt. Ich finde, es gibt viele Leute, die sich an dem stören - selber finde ich es legitim, dass wir alle auf die Strassen gehen, informieren und mit den Leuten sprechen. Immerhin sind wir von der Bevölkerung gewählt. Aber das ist natürlich jedem selber überlassen, ob er selber geschäftsschädigend auftreten möchte.

**Y. Gruber (EVP/BDP):** Ich bin zwar gleicher Meinung wie meine Fraktion, ich werde das auch nicht unterstützen, aber einige Voten haben mich angestachelt, um jetzt doch noch die Gelegenheit zu nutzen, etwas zu sagen. Einige der Votanten haben die Altstadt gleich folgend mit Marktgasse gleichgesetzt, gleich folgend mit den Klein- und Kleinstgewerblern gleichgesetzt. Das hat mich massiv gestört. Als selber Kleinstgewerblerin nicht in der Markt-gasse, möchte ich einmal darauf hinweisen, dass die Klein-Kleinstgewerbe nicht in der Auto-bahnstrasse, wie ich sie nenne, stattfinden. Dort sind die Grossen, die es in jeder Stadt überall gibt, zu Tausenden. Sondern die Kleinen sind in den anderen Strassen. Das war mir ein Anliegen, das einfach mal zu betonen. Es wird dann noch Weiteres von mir in diese Richtung zu hören geben. Von daher fand ich beim Votum, wo jemand sagte, dann müssten sie halt auf eine andere Strasse ausweichen, dass es aber gut ist, dass es so viele Stände in der Markt-gasse hat. Dann kommen die Leute vielleicht doch ein bisschen mehr in unsere Seit-engassen. Ich hatte noch ein paar Sachen, die ich eigentlich auch noch ansprechen wollte, aber ich glaube, ich lasse es für den heutigen Abend mal so.

**D. Berger (Grüne/AL):** Wie ich es verstanden habe, geht es nicht um eine Neuregelung, sondern einfach um eine gesamte Reduktion. Es ist keine neue Regelung, sondern man ändert einfach eine Zahl im bestehenden Rahmen. Man macht kein neues Gesetz. Auch wenn ich alleine dastehe, mich regt es auf. Mich regen Corris auf, Ihr regt mich auf, ich rege andere natürlich auch auf. Ich bin davon ausgegangen, dass es da um alle geht, auch um uns. Wenn es weniger gibt, dann gibt nicht einfach nur für die anderen weniger, sondern auch für uns. Dass wir weniger die Möglichkeit haben, die Leute auf der Strasse zu belästigen, das fände ich einfach nur fair. Was ehrlich gesagt ein bisschen ein Lapsus von mir war: Bei Strassendarbietungen dachte ich irgendwie mehr an Clowns als an Strassenmusik. Strassenmusik hat man schon genügend nach unten reglementiert, dort hat man eine Lösung gefunden, dass nicht alle an einem Ort sind, dass sie sich nicht fortbewegen, dass man nicht 1000 Mal hintereinander dasselbe Lied hört, wenn man im Büro arbeitet. Die Strassenmusik ist meiner Meinung nach schon genügend reglementiert. Clowns gibt es nicht viele... Ich fände es auch begrüssenswert, wenn es einfach weniger Stände hätte in der Marktgasse, es wäre viel angenehmer, dort zu leben.

**A. Geering (CVP/EDU):** Wenn man zwar sagt im Votum, dass man eine Gesamtauslegung begrüssen würde, aber im gleichen Atemzug sagt, dass man das Postulat nicht unterstützen kann wegen den Strassenmusikanten, den Strassenkünstlern, weil diese eingeschlossen sind, und dann im gleichen Atemzug auch wieder sagt, man würde es trotzdem nicht unterstützen, auch wenn das nicht drin wäre – dann sagt das in sich schon, dass das Votum gar nicht aufgeht. Das andere, das mir aufgefallen ist: Corris wurde mehrmals genannt, von GLP und von SP. Corris ist ja die Organisation, die mit diesen Campaignern für verschiedene Organisationen sammelt, nicht nur in Winterthur, sondern überhaupt. Es ist natürlich verständlich, dass da eine gewisse Nähe ist zu der linken Ratsseite für eine Organisation, die für weltverbesserliche Dinge geld sammelt in Winterthur. In dem Sinn haben sich die Gegenvoten eigentlich selber überworfen und ich danke für die Unterstützung dieses Postulats.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Ich stehe eigentlich nur auf um zu sagen, dass ich nichts sage. Meine Aufgabe war, Ihnen gut zuzuhören. Sie sind frei, das Postulat zu überweisen oder nicht (es ist ja noch nicht überwiesen). Also handeln Sie, wie Sie wollen – und es ist dann mein Job, entsprechend eine Antwort zu schreiben oder eben nicht.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Wir haben einen Ablehnungsantrag. Wer diesem Ablehnungsantrag zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Besten Dank. Wer diesen Ablehnungsantrag ablehnen möchte, bitte jetzt durch Handerheben bezeugen. Besten Dank. Das ist ganz klar die Minderheit.

**Ihr habt also das Postulat abgelehnt und somit nicht an den Stadtrat überwiesen.**

## 8. Traktandum

**GGR-Nr. 2016.082: Begründung des Postulats D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften**

---

**D. Hofstetter (Grüne/AL):** Die Grundlage für mein Postulat ist eigentlich das Energiekonzept 2050, das das Winterthurer Stimmvolk auf städtischer Ebene im Jahr 2012 angenommen hat. In diesem Energiekonzept geht es darum, dass man einerseits den Energieverbrauch auf 2000 Watt reduzieren soll und andererseits den CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Person und Jahr bis im Jahr 2050 noch maximal 2 Tonnen betragen darf. Wie kann man das erreichen? Deshalb habe ich dieses Postulat eingereicht. Das ist ein kleiner Teil vom Ganzen, aber die Gebäude muss man einerseits als Energieverbraucher betrachten (in der Herstellung und im Unterhalt brauchen diese Energie), und etwa die Hälfte des nationalen Energieverbrauchs geht auf Kosten der Gebäude. 1/3 des nationalen CO<sub>2</sub>-Ausstosses geht auch auf Kosten der Gebäude. Das ist richtig viel. Die Hälfte und ein Drittel. Gebäude sind seit einiger Zeit nicht nur

Energieverbraucher, sondern auch Energieproduzenten. Das blieb wohl niemandem verborgen, wenn man durch die Quartiere, durch Dörfer oder Städte geht. Es macht deshalb durchaus Sinn, die Gebäude als Energieproduzenten anzuschauen und nicht nur als Verbraucher. Mein Postulat bezweckt eigentlich, dass man die Eignung der städtischen Liegenschaften als Energieproduzenten abklärt und auch einen entsprechenden Ausbauplan erstellt. In der Stadt Winterthur gibt es ja seit ca. einem Jahr das sogenannte Solarkataster. Vielleicht haben einige von Euch da auch schon hineingeschaut, in den Stadtplänen findet man das. Mit relativ wenig Aufwand kann man dort herausfinden, wie geeignet ein Gebäude ist für die Produktion von Energie. Ich möchte noch kurz ein bisschen auf die technischen Grundlagen eingehen, denn vielleicht ist nicht allen ganz klar, was der Unterschied ist zwischen Solarstrom und Solarthermie. Ich erkläre das kurz. Für diejenigen, die das kennen, ist das nun ein bisschen langweilig, die müssen nicht zuhören. Photovoltaik (Solarstrom) wandelt die Sonnenstrahlung in elektrische Energie um. Das passiert ohne Abfall, ohne Lärm und ohne Abgase. Die Sonne liefert über das ganze Jahr gesehen auf der Fläche der Schweiz ca. das 200fache der Energie, die wir verbrauchen. Dafür braucht es keinen Brennstoff, der Brennstoff ist eigentlich die Sonnenenergie. Anders ist das bei Kohle, bei Öl, bei Gas und auch bei Holz, da braucht es einen Brennstoff. Bei der Photovoltaik ist der Brennstoff sozusagen die Sonnenenergie. Weil es da keinen Brennstoff braucht, gibt es auch kein CO<sub>2</sub>, das dann klimaschädigend ist, und es gibt auch sonst keine gesundheitsschädigenden Partikel in der Atmosphäre. Das ist der grosse Vorteil der Photovoltaik. Das andere, das auch in diesem Postulat vorkommt (quasi in einem Unterkapitel), ist die Solarthermie, also Sonnenkollektoren für Warmwasser. Diese sieht man oft, sie prägen schon länger das Bild der Gebäudeansichten, man sieht sie oft in Einfamilienhäuser-Quartieren. Dort wandelt der Kollektor die Sonnenenergie in Wärme um, nicht in Strom, sondern in Wärme. Diese Wärme wird dann über einen flüssigen Wärmeträger in Rohrleitungen zu einem Wärmetauscher geführt und auf eine zu erwärmende Flüssigkeit übertragen. Man braucht das für Brauchwarmwasser, das ist die Anwendung, die man in den Einfamilienhäusern hat oder auch in grösseren Häusern oder Siedlungen, Warmwasser für Heizungen (dem sagt man Heizungsunterstützung), dann Prozesswärme industrieller Produktion (bei Schwimmbädern, dort ist es sogar gefordert, dass man das hat, wenn man Aussenbäder hat) und man kann es auch für solare Kühlung brauchen. Sonnenkollektoren verbessern die Energiebilanz eines Gebäudes und sind auch wirtschaftlich zu betreiben. Der Wirkungsgrad von Sonnenkollektoren ist ca. 4x höher als vom Solarstrom und beträgt 80%, ist also sehr hoch. Sehr viel von dieser Wärme kann man umsetzen, behalten. Das heisst auch, dass auf der gleichen Fläche ca. 4x mehr Energie produziert werden kann als beim Solarstrom. Der Hauptnachteil der Wärme ist, dass man sie nicht gut transportieren kann und es eigentlich nur Sinn macht, diese lokal zu verbrauchen. Nochmals zurück zum Solarstrom. Der Bund hat seit Anfang 2015 eine neue Eigenverbrauchsregelung und alle Stromproduzenten, egal wie gross die Anlage ist oder was für eine Produktionstechnologie dahinter ist, dürfen ihre selber produzierte Energie vor Ort ganz oder teilweise verbrauchen und sie dürfen (das ist besonders interessant) den Überschuss ins Netz einspeisen. In der Schweiz, sagt man, ist die Netzqualität für Photovoltaik zumindest in Reichweite, vielleicht ist sie erreicht. Es kommt ein bisschen darauf an, wie man die Berechnungsgrundlage nimmt, wie viel die Kosten der Anlage sind. Und sobald die Netzqualität erreicht ist, ist es ökonomisch interessant, eine solche Anlage zu haben. Wenn man vergleichen möchte, wie teuer der Strom vom Netz und wie teuer der Strom ist, der selber auf dem eigenen Dach produziert wird, dann muss man auf einiges achten. Der Tarif für den Stromverbrauch aus dem Netz ist aus ganz verschiedenen Komponenten zusammengesetzt. Einerseits eine Gebühr für die Netznutzung (Grundpreis für den Anschluss und verbrauchsabhängige Gebühr), dazu eine Gebühr für den bezogenen Strom (das kann variieren je nach Menge des Stroms und je nach Sorte des Stroms). Das kann höher oder tiefer sein als die Gebühr für die Netznutzung. Und dann kommt noch die verbrauchsabhängigen Abgaben für das Gemeinwesen dazu (darüber hat man ja viel diskutiert), und dann hat man noch die KEV mit 1.5 Rp/kWh. Geplant ist ja dann mit der Energiestrategie 2050, dass diese auf 2.3 Rp/kWh erhöht würde. Man sieht, dass die Berechnungen, ob jetzt die Netzqualität erreicht ist, ob es günstiger ist oder nicht, ist eine dynamische Sache. Es kommt sehr darauf an, wo was eingesetzt ist und was wie viel kostet. Die Kosten für den Solarstrom im Gegenzug sind eigentlich die Investitionskosten für die Anlage, Unterhaltskos-

ten (diese sind sehr gering bei Photovoltaik) abzüglich der Fördergelder. Bei den Fördergeldern (das ist eben diese KEV, die der Bund ausbezahlt) muss man sagen, dass es diese in Zukunft nur noch für Kleinanlagen geben wird resp. es gibt nur noch diese Einmalvergütung. Bis jetzt kann man wählen, bis 10kWh-Anlage muss man die Einmalvergütung nehmen, bis 30kWh kann man wählen zwischen kostendeckende Einspeisevergütung oder Einmalvergütung und über 30kWh hatte man bis jetzt einfach die kostendeckende Einspeisevergütung, aber diese wird es so nicht mehr geben. Das sind die Kosten für den Photovoltaikstrom, Investitionskosten abzüglich Fördergelder. Da weiss man jetzt noch nicht so genau, wie das in 10 Jahren aussehen wird mit diesen Fördergeldern. Zusammenfassend möchte ich sagen, dass eigentlich alle Studien, die es zur Energiewende in der Schweiz gibt, sagen, dass die Photovoltaik, die bis jetzt ca. 2% der ganzen Stromproduktion ausmacht, einen sehr wichtigen Stellenwert haben wird in der Schweiz. Ich finde deshalb, es ist wichtig, dass auch die öffentliche Hand da mit gutem Beispiel vorangeht. Wenn man auf den öffentlichen Gebäuden Photovoltaik- und Solaranlagen installiert, ist das ein Beitrag, ein kleiner Beitrag zum Ziel, mehr Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen zu generieren und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu senken. Wer sich noch mehr mit dem Thema Energieproduktion durch Gebäude auseinandersetzen möchte, dem empfehle ich die Website [energieschweiz.ch](http://energieschweiz.ch). Diese wurde unter der Führung des Bundesamtes für Energie aufgesetzt und bietet wirklich jegliche Information, wenn man sich für irgendetwas interessiert. Weil ich es wichtig finde, dass die Stadt Winterthur da mit einem guten Beispiel vorangeht, die erneuerbaren Energien möglichst breit fördert, habe ich das Postulat verfasst und ich danke Ihnen für die Überweisung von diesem Postulat.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Wir haben einen Ablehnungsantrag, bitte F. Albanese.

**F. Albanese (SVP):** Da wir heute so viel von der Effizienzsteigerung gesprochen haben, gleich eine Ablehnung für die nächsten beiden, also für das vorliegende Postulat 2016.082 und auch das folgende 2016.083 stellen. Zum ersten: Die fortlaufende Prüfung der wirtschaftlich selbsttragenden Photovoltaik-Anlagen sollte auch bei den städtischen Liegenschaften selbstverständlich marktkonform, aber ohne äussere Zwangsmassnahmen oder terminliche Bevormundungen stattfinden können. Deshalb braucht es auch in diesem Zusammenhang keine indoktrinierten Pflichten, sondern lediglich die gesetzliche Legitimation, frei nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Solarproduktion zu ermöglichen. Dafür braucht es aber weder ein weiteres grünes Papiertiger-Postulat wie das 2016.082 noch braucht es das nachfolgende Subventions-Postulat 2016.083 aus der Feder der Fraktion der Öko-Lobbyisten, die das Ganze dazu noch auf dem Buckel der Gebührenzahler austragen wollen. Wir beantragen deshalb beide Postulate zur Ablehnung.

**F. Landolt (SP):** Die beiden Vorstösse 082 und 083, das wurde schon angetönt, haben eine innere Logik. Der Vorstoss 082, der eine breite Zustimmung findet, wie man feststellen konnte, will das Potential auf den städtischen Liegenschaften ausnutzen. Der Vorstoss 083 geht dann noch einen Schritt weiter (mit einer minderen Zustimmung) und will insbesondere Förderkonzepte für Kleinst- und Kleinanlagen. Wir sagen zu beiden klar Ja. Ausgangspunkt, das wurde bereits erwähnt, ist der Winterthurer Solarkataster, der im Netz abrufbar ist. Dort sind diejenigen Dachflächen, die sich eignen oder sehr gut eignen für die Aufnahme von Photovoltaik-Anlagen, orange oder rot eingefärbt. Wenn man das so anschaut und vielleicht im Quartier herumsurft, dann ist es interessant: Das Potential, das man erahnen kann, ist reich. Wir sind der Meinung, im Gegensatz zu diesen ablehnenden Worten, durchaus irgendeinen Anstuf, irgendeinen Richtplan, irgendeine Auslegeordnung oder einen Ausbauplan, wo man ganz systematisch die städtischen Liegenschaften abgrast und dort etwas umsetzt, wo sich das auch lohnt. Dieser Ausbauplan ist dann quasi ein Richtplan für PV-Anlagen auf Stadtgebiet und behördenverbindlich. Wir unterstützen diese Vorlage und danken den Grünen, dass sie diese Initiative ergriffen haben. Als Architekt möchte ich noch etwas sagen zur Gestaltung dieser Photovoltaikanlagen. Im Art. 8 der Bau- und Zonenordnung wird gefordert, dass Sonnenkollektoren (da meint man wahrscheinlich auch PV-Anlagen) in Kernzonen sich zurückhaltend in die Dachlandschaft einzufügen haben. Wir sind der Meinung, dass diese Forde-

zung erstens einmal eine Möglichkeit für die Wärmegewinnungsanlagen, also Kollektoren, ist und zweitens für PV-Anlagen ebenso gilt und drittens (und da glaube ich, dass die Stadt als Vorbild vorausgehen muss) dass das insbesondere für die öffentlichen Bauten gilt. Es ist eine leichte Sache, irgendwo über das Land zu fahren und schlecht integrierte PV-Anlagen zu suchen, die schlicht und einfach misslungen sind und visuell massiv stören. Das ist einfach und das ist keine Werbung für diese Technologie, die wie man gehört hat zukunftsweisend ist, die wir brauchen und die wir bald bei ganz grossen Projekten realisieren können wollen. Wir brauchen da bei den PV-Anlagen eine sorgfältige Gestaltung und Integration in die Dachlandschaft.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Einfach eine Information – wir behandeln die beiden Postulate separat.

**M. Bänninger (EVP/BDP):** Wir sprechen uns für eine Überweisung von 082 aus. Es ist wichtig, dass wir als Stadt Winterthur ein gutes Beispiel sein können in Sachen Nutzung von nachhaltigen Energiequellen. Das entlastet nach der Abschreibung der Installationskosten nicht nur unsere eigene Stromrechnung, sondern wird auch ein Vorbild sein für andere. Wir erachten es als wichtig, dass man zumindest prüft, auf welchen städtischen Liegenschaften sich neue Installationen lohnen könnten. Besten Dank für die Unterstützung bei der Überweisung.

**M. Nater (GLP/PP):** Ich bedanke mich bei den Grünen für das Postulat. Ich war ziemlich erstaunt, dass die Stadt da noch nichts hat. Die grossen Immobilienbesitzer haben das Potential von Solarenergienutzung auf ihren Dächern schon vor Jahren abgeklärt. Die wissen genau, ab wann und wann es sich lohnt, eine Solaranlage mit der entsprechenden Förderung gewinnbringend zu bauen. Die Stadt hat grundsätzlich bei der Ökologie eine Vorbildaufgabe. Sie hat den Auftrag, das Energiekonzept 2050 umzusetzen. Bei der Umsetzung sehen wir jedoch einen blinden Fleck, da ökologische, wirtschaftliche Solaranlagen scheinbar nicht weit oben auf der Prioritätenliste der Stadt stehen. Die Produktion von Solarstrom und Solarwärme wird immer preiswerter. Bei Dächern, die gut gelegen sind, ist die Energieproduktion mit Solaranlagen jetzt schon wirtschaftlich. Eine Investition in Solaranlagen garantiert eine sichere Rendite über die nächsten 20 Jahre, da die Sonneneinstrahlung planbar ist und die politische Lage in der Schweiz stabil ist. Das Risiko bei Solarenergie ist gering, da Vorinvestitionen wie bei der Fernwärme nicht notwendig sind, und wenn es einen Schaden oder Überhitzung gibt, dann geht nicht gleich alles in die Luft, sondern es brennen höchstens einige Schalter durch. Von daher ist es höchste Zeit, das Potential abzuklären und v.a. auch aufzuzeigen, bei welchen Dächern es sich schon heute lohnt, Solaranlagen zu bauen. Das ist die Grundlage für eine langfristige Rendite, für lokalen Energiegewinn, um den richtigen Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft zu unterstützen.

**K. Brand (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion ist für Solarstrom auf städtischen Liegenschaften und wir sind ebenfalls dafür, dass der Stadtrat, wie von den Postulanten gewünscht, das Potential für Photovoltaik-Anlagen auf gut geeigneten städtischen Liegenschaften abklärt. Zwei Punkte im Postulat sind aber äusserst kritisch zu beurteilen. Zuerst möchte ich auf den Begriff «kostendeckend» eingehen. Es ist uns wichtig, dass sowohl die Investitions- als auch die Betriebskosten über die gesamte Betriebsdauer der Anlagen zu 100% gedeckt sind. Dann habe ich ein Problem mit der Definition «möglichst rasch zu realisieren». Es gilt, die Investitionen von Photovoltaikanlagen gegen andere nötige Investitionen unserer Stadt abzuwägen. Sinnvoll wäre es ebenfalls, eine langfristige Investitionsplanung zu machen, bei welcher Photovoltaik-Anlagen möglichst im Zusammenhang von Dachsanierungen realisiert werden sollten. Trotz dieser Vorbehalte unterstützt die CVP/EDU-Fraktion die Überweisung dieses Postulats.

**F. Helg (FDP):** Interessanterweise ist das Postulat, das die Grünen formuliert haben, fast eine Kopie (vom Anliegen her) des FDP-Postulats 2009.116. Wir haben damals gefordert: «Der Stadtrat ist deshalb eingeladen, in einem Bericht darzulegen, in welcher Art und Weise

die Dachflächen von städtischen Liegenschaften für die Gewinnung von Sonnenenergie nutzbar gemacht werden können.» Das wurde damals auch überwiesen, es fand damals die Unterstützung von 49 Unterzeichnern. Wir haben für die Begründung 10 Zeilen gebraucht, die Grünen 29 Zeilen. Das Postulat hatte aber damals eine etwas andere Stossrichtung (damit komme ich nochmals auf M. Gfeller zurück). Das Postulat war damals Ausguss aus der Diskussion 2009, um die damalige Investition ins vorgesehene Windkraftwerk Ocean Breeze. Wir haben dann die Idee vertreten, besser vor Ort zu investieren als im fernen Ausland und schlussendlich haben wir da auch recht bekommen. Wir haben damals auf das überwiesene Postulat hin eine gute Auslegeordnung erhalten. Inzwischen haben sich die Verhältnisse natürlich insofern geändert, wie es jetzt auch im Postulatstext ausgeführt wird, dass die Stromgestehungskosten für Photovoltaik massiv gesunken sind und insofern die Ausgangslage anders ist als vor 5 Jahren. In dem Zusammenhang ist aber interessant, dass nun auch die Grüne Partei in der Formulierung ausdrücklich auch das Wort «wirtschaftlich» verwendet. Wir werden aber, da wir das ja auch schon vorgebracht haben, diesem Postulat so zustimmen.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Möchte sich der Stadtrat noch äussern? – Nein.

Wir haben da einen Ablehnungsantrag. Wer diesem Ablehnungsantrag zustimmen möchte, soll das bitte jetzt bezeugen. Besten Dank.

Wer den Ablehnungsantrag ablehnen möchte, soll das bitte jetzt bezeugen. Besten Dank. Das ist eindeutig eine Mehrheit und somit habt Ihr das Postulat dem Stadtrat überwiesen.

## 9. Traktandum

### **GGR-Nr. 2016.083: Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL) und F. Landolt (SP) betr. Förderungsbeiträge für PV-Anlagen**

---

**R. Diener:** Wer A sagt, sollte eigentlich auch B sagen. In diesem Fall: Wer dafür ist, dass man auf den städtischen Dächern Solaranlagen möglichst zu fördern und fordern versucht, der müsste eigentlich dasselbe auch für die privaten Dächer sehen. Denn letztendlich, und das ist eigentlich kurz zusammengefasst nochmals die Begründung, die ich geben möchte für das zweite Postulat, müsste man für die privaten Dächer auch etwas vorsehen. Wir haben in der Schweiz nur gerade ca. 2% Solarstromproduktion, das gilt auch für Winterthur. Das Potential ist aber viel grösser, locker ein Faktor 10 mehr, 20%. Und da haben wir noch nicht einmal alle Dächer mit Solarzellen zugekleistert. Und Solarstrom ist, das wurde eindeutig von allen Fachleuten bestätigt, der Anteil an erneuerbarer Stromproduktion, der das grösste Potential hat in der Schweiz. Wesentlich grösser als Windstrom, wesentlich grösser als die Anlagen mit anderer Nutzung. Von daher gesehen müssten wir da wirklich einen Schritt weiterkommen, denn wir sind in dem Plan, auch im Absenkpfad, den wir uns in der Stadt Winterthur für die Energie bezüglich dieser freien Energien, bezüglich der dreckigen Energien, bezüglich dem Atomstrom, bezüglich der nicht-zurechenbaren Energieformen, gesetzt haben, noch nicht dort, wo wir sein sollten. Das gilt natürlich auch auf die ganze Schweiz betrachtet. Wir haben ganz klar mit dem Solarstrom ein sehr grosses Potential. Das Potential ist, das ist richtig, nicht über das Jahr und den Tag gleich verteilt. Selbstverständlich haben wir am Tag mehr als in der Nacht (dann haben wir gar nichts), man hat im Winter weniger als im Sommer. Beide Unregelmässigkeiten sind ausgleichbar, heute schon. Es existieren Technologien, die jetzt massiv im Aufbau sind, indem man z.B. die Tagesschwankungen ausgleichen kann mit einem lokalen Speicher. Man kann das auch, das wird an anderen Orten gemacht, mit grösseren Batteriespeichern in gesamten Quartieren ausgleichen und man kann die saisonalen Schwankungen des Solarstroms ausgleichen über die grossen Speicher, die wir mit der Wasserkraft in den Bergen haben. Es ist also nicht so, dass wir uns mit Solarstrom ein Problem einhandeln, sondern wir können diese Probleme mit den Technologien, die wir haben, angehen und lösen. Wenn wir eine Produktion von 20% annehmen, haben wir bereits die Hälfte von dem, was heute in den AKW an Strom in der Schweiz produziert wird, ersetzt. Da wir im Moment den Teil nehmen, der tatsächlich am Netz ist, ist es sogar 2/3 der AKW-Produktion. Es ist aber jetzt so, dass wir zwar nah sind bei der Netzparität, d.h. wir sind mit

den Kosten sehr nah an dem, was wir sonst für den Strom, den günstigsten Strom bezahlen müssen, aber wir sind noch nicht ganz dort, dass es eine interessante Investition ist als Hausbesitzer und Hauseigentümer. Man muss sehr lange denken, man muss sehr lange voraus investieren, denn der Payback ergibt sich erst nach vielen, vielen Jahren, über Jahrzehnte hin. Es ist schwierig, die Leute für diese Art zu denken zu motivieren, das zu machen. Denn jetzt im Moment müssen sie investieren, sie müssen Geld ausgeben für eine Anlage, bei der sie nicht wissen, ob sie in 10 Jahren oder in 20 Jahren oder erst in 30 Jahren rentiert. Das sollten wir, davon bin ich überzeugt, mit einem Programm ein bisschen fördern, mit einem Programm ein bisschen anstossen, damit es für den Hausbesitzer und den Hauseigentümer interessanter wird, das umzusetzen. Genauso wie wir es machen im Gebäudeprogramm, wo wir die Sanierungen der Häuser im wärmetechnischen Bereich fördern und die Hauseigentümer und Hausbesitzer ein bisschen motivieren, mit dieser Förderung die entsprechenden Investitionen zu tätigen, damit wir bei den Wärmeverbrauchswerten heruntersinken. Genauso sollten wir die Produktion der erneuerbaren Energien auch etwas fördern, damit wir auf den Pfad kommen vom Umstieg, der Energiewende, wie man sie oft auch bezeichnet. Deshalb haben wir dieses Postulat eingereicht, denn wir finden, gerade jetzt in der Situation, wo wir sehr tiefe Energiepreise haben, wo man auf Bundesebene sinkende Unterstützung hat. Es wurde erwähnt, dass die KEV nur noch Einmalvergütungen ausliefert, es können keine neuen Anlagen mehr angemeldet werden – es stehen bei der KEV 30'000 Projekte auf der Warteliste. Diese 30'000 Projekte sind in etwa das Äquivalent von 5% der Stromproduktion der Schweiz, das muss man sich einmal vorstellen. Die Leute haben diese Projekte angemeldet und sie erhalten keine Unterstützung. Sehr viele, der grösste Teil davon, werden nicht realisiert, weil sie letztendlich als kleinere Anlagen noch nicht in dieser finanziell optimalen Situation sind. Man hat immerhin hier in Winterthur bis Ende letztes Jahr für die Einspeisung von Solarzellen einen guten Preis erhalten. Man bekam 15 Rappen pro kWh. Dieser Tarif wurde um die Hälfte reduziert, man bekommt nur noch 7 Rappen. Das ist also nur noch 1/3 von dem, das ich bezahlen muss, wenn ich Solarstrom beziehe. Das ist nicht mehr attraktiv. Und es ist im allgemeinen Fall nicht möglich oder sehr schwierig, den ganzen Strom selber zu brauchen, wenn man nicht nochmals etwas zusätzlich investiert, z.B. in einen solchen Batteriespeicher. Wenn man das noch dazurechnet, dann ist es eben nicht mehr heute schon selbsttragend. Deshalb regen wir an, mit diesem Postulat eine Unterstützungsmechanik zu prüfen und versuchen auf die Beine zu stellen, die ähnlich wie das Gebäudeprogramm aus dieser Netznutzungsabgabe finanziert sein könnte, wo man noch diese Reserve hätte (und die auch vom Bund für genau das vorgesehen ist). Die Netznutzungsabgabe ist da ganz besonders attraktiv und auch sehr gut verständlich für die Leute, weil man mit diesem Geld dann genau das eigentlich fördert, das mit dem Stromverbrauch finanziert wird, d.h. wer viel Strom braucht, unterstützt ein wenig, damit eben besserer Strom produziert werden kann. Ich bitte Sie deshalb, dieses Postulat zu unterstützen und auch hier die Anregung an den Stadtrat weiterzugeben, ein entsprechendes Programm zu evaluieren und dem Gemeinderat vorzuschlagen.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Auch da ein Ablehnungsantrag, F. Albanese bitte.

**F. Albanese (SVP):** Die Ratspräsidentin hat gewünscht, dass ich meinen Aufruf wiederhole. Das mache ich natürlich gerne. Ich wiederhole aber nicht die wichtigsten Gründe, sondern möchte einfach darauf hinweisen, dass ich voller Hoffnung bin, dass wenigstens (im Gegensatz zu vorhin) die GLP uns diesmal bei unserem Vorhaben unterstützt, dass man hier nicht die Gebührenzahler belastet, nachdem die GLP sich ja zu Beginn der Ratsdebatte für tiefe Gebühren eingesetzt hat. Nochmals: Lehnen Sie bitte das Postulat ab und tragen Sie das nicht auf dem Buckel der Gebührenzahler aus.

**F. Landolt (SP):** Ich fasse mich angesichts der Uhrzeit ganz kurz, denn die beiden Geschäfte sollte man zusammen behandeln und heute Abend abschliessen können. Die Zielgruppe wurde genannt, es sind eigentlich die kleinen Dächer. Das Potential wurde genannt, das sieht man auf dem Solarkataster an den orangen und roten Flächen. Das Entgelt wurde genannt, dass man das Netznutzungsentgelt brauchen und dort ein bisschen aufstocken könnte. Es

wurde bereits gesagt, dass es ein Zustupf ist und keine flächendeckende Subventionierung o.ä., sondern ein Zustupf für diejenigen, die das noch brauchen um das finanzielle Risiko noch einzugehen. Es wurde auch gesagt, dass wir das Potential, damit komme ich wieder auf den Solarkataster, in Winterthur insgesamt brauchen, um irgendwie auf diesem Absenkpfad vorwärtszukommen.

**K. Brand (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion wird der Überweisung des Postulats nicht zustimmen. Begründung: Die privaten Solarenergienutzer sind neuerdings eher geneigt, Solarenergie für die Eigennutzung zu erstellen. Grund dafür sind die Erstellungskosten, die relativ hoch sind, und die Einspeisevergütungen, die immer weniger werden. Auch die Unterhaltskosten werden kaum mehr gedeckt. Auch sind die Preise aus dem Ausland derart in den Keller gefallen, dass die Herstellung von erneuerbarer Energie in der Schweiz kaum mehr ein Renner ist. Kleinere Anlagen können da kaum mehr mithalten. Durch die Ausrichtung von Förderbeiträgen wird die Energieform subventioniert und indirekt vom Konsumenten bezahlt, was auf die Interessen der Verbraucher abfärbt. Die CVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass der Markt das regulieren soll.

**M. Bänninger (EVP/BDP):** Auch wenn wir die Absicht des Postulats grundsätzlich unterstützen könnten, sind wir gegen eine Überweisung. Zusätzliche Gebühren auf den Strompreis zu schlagen, für eine Finanzierung von mehr Förderbeiträgen, finden wir im Moment nicht machbar. In Anbetracht der letztjährigen öffentlichen Diskussion zu der Laternengebühr und von der Entnahme von Gebührengeldern für den städtischen Haushalt käme das bei der Bevölkerung kaum gut an.

**M. Nater (GLP/PP):** Bei diesem Postulat unterstützen wir nicht die SVP, sondern die Fördereffizienz – was aber wirklich in eine ähnliche Richtung geht. Was man dazu noch sagen kann: Die Übergangsförderung für Photovoltaikanlagen ist schon im Rahmen des Förderprogrammes Energie und Gebäude möglich. Dort bekommt man 20 Rp/kWh. Von daher muss man ganz klar sagen, für die Fördereffizienz und Ökologie ist man im Moment bei Wasserkraft besser aufgehoben. Es soll aber auch eine hohe Fördereffizienz sichergestellt werden und das ist bei der Sanierung im Moment bei Gebäudehüllen und Wärmepumpen der Fall. Dort hat man eine Fördereffizienz von 0.5 Rp/kWh, das ist im Moment bei der Förderung von PV-Anlagen noch nicht der Fall. Wenn man PV-Anlagen mit dieser Förderung unterstützen würde, würde das diese Effizienz massiv verschlechtern. Die Privaten und das Gewerbe haben jetzt schon einen grossen Anreiz mit diesen 20 Rappen (Übergangsförderung für diese PV-Anlagen), das wird jedoch noch nicht gross benutzt. Daher möchten wir diese Förderung wie gehabt so belassen und unterstützen damit eine hohe Fördereffizienz und lehnen als Fraktion das Postulat ab.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion wird sich auch dem Ablehnungsantrag anschliessen. Ich denke, man kann die beiden Postulate, das jetzt behandelte und das vorherige, durchaus differenziert betrachten. Da muss man auch festhalten, dass es ja im Energiebereich schon ein Förderprogramm gibt. Wir haben im letzten September den Vierjahresbericht 2012-2015 Förderprogramm Energie Winterthur zustimmend zur Kenntnis genommen, und zwar damals einstimmig. So gibt es doch einen gewissen Grundkonsens und es gibt schon gewisse ökologische Fördermassnahmen. Für das Förderprogramm wird momentan 0.32 Rp/kWh abgeschöpft. Das ist aus unserer Sicht genug. Weil aber die Stossrichtung des Postulats klar auf ein zusätzliches Nutzungsentgelt abzielt, also auf eine zusätzliche Belastung von allen Stromkunden (Private, Gewerbe und Wirtschaft), kann dieser Vorstoss jedenfalls unsere Unterstützung nicht gewinnen.

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Wir haben einen Ablehnungsantrag.

Wer dem Ablehnungsantrag zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Besten Dank.

Wer gegen den Ablehnungsantrag ist, soll das bitte jetzt bezeugen. Besten Dank.  
Enthaltungen? – Gut.

**Ihr habt mit grosser Mehrheit dem Ablehnungsantrag zugestimmt; das Postulat ist damit als erledigt abgeschrieben.**

Es sind immer noch Vorstösse im Umlauf, bitte schaut, dass diese zurückkehren. Damit erkläre ich die Sitzung für geschlossen und wünsche Euch einen schönen Abend und eine schöne Woche.

## **Bürgerrechtsgeschäfte**

1. **B16/093: EKLU Yao Adjewoda, geb. 1972, mit Kind Anita Schela, geb. 2008, togoische Staatsangehörige**
2. **B16/095: KNAUER-POHL geb. KNAUER Eva-Maria, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige**
3. **B16/098: SPROEDT Julia, geb. 1970, deutsche Staatsangehörige**
4. **B16/099: WEIER Cliffin Clive, geb. 1962, simbabwischer Staatsangehöriger**

**Ratspräsidentin Ch. Leupi:** Wir haben „nur“ vier Traktanden. Es sind alles einstimmige Anträge zur Aufnahme. Gibt es Gegenanträge oder Einwände? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Somit haben wir Herrn Yao Adjewoda Eklu mit Kind Anita, Frau Eva-Maria Knauer-Pohl, Frau Julia Sproedt und Herrn Cliffin Clive Weier ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen. Ich wünsche ihnen allen auf dem weiteren Weg zum Schweizer Bürgerrecht alles Gute.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)